

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: 12 Mark jährlich, 1.10 Mark monatlich, 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Maximal Inhalt außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgeheften Kolonialbeilage oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Kleinanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Züchtung von Millionären.

Wollt Ihr aus nichts Millionen machen? So geht zu Dernburg und gründet Kolonialgesellschaften. Allerdings müßt Ihr dazu: 1) auf der Börse eingeführt sein, 2) dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angehören. Genügt Ihr diesen Bedingungen nicht, seid Ihr gar Arbeiter, so werdet Ihr gewiß nicht einmal vorgelesen, und zwar aus gutem Grunde: weil es dann Eure Pflicht ist, die Steuern aufzubringen, und es die größte Vermessenheit wäre, wolltet Ihr den Staatschatz schröpfen. Denn die Millionen aus nichts, das sind doch die Millionen aus dem Steuersäckel des Volkes, — darum fällt Euch die Rolle der geprellten Massen zu! Wer aber jenen Bedingungen genügt und über die nötige Arroganz und Skrupellosigkeit verfügt, was jedoch dann als selbstverständlich vorauszusetzen ist, der besteige sein Automobil und lasse sich zum Kolonialamte fahren: er kommt als reicher Mann heraus.

Auf diese Gedanken wird man gebracht, wenn man den Vertrag über den Bau der Eisenbahn von Aus nach Feldschuhorn liest, der jetzt dem Reichstag zur Bewilligung vorgelegt wird. Die Deutsche Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft in Berlin übernimmt es, diese Eisenbahn für den Staat zu bauen. Die Baufrist ist auf 1 1/2 Jahre berechnet. Ist die Bahn abgeliefert, so hat die Firma mit dem Geschäft nichts mehr zu tun. Sie ist also nur dazu da, um die Bahn zu bauen; ob die Bahn sich rentieren wird, geht sie nichts an; sie trägt kein Risiko, sie macht ein reines Geschäft!

Der Staat liefert der Firma den Grund und Boden, sorgt für Sicherheit, Schutz usw. Der Staat bezahlt die aufgewendeten Selbstkosten bis zur Höhe von 11 Millionen Mark. Sollten diese Kosten überschritten werden, so hat es die Gesellschaft zu tragen. Die Kosten werden aber sicher nicht überschritten werden, denn: 1. sind sie dem Kostenvoranschlag der Gesellschaft selbst entnommen, 2. sind sie alles weniger denn niedrig berechnet — soll doch diese Eisenbahn auf 85 862 M. per Kilometer zu stehen kommen, während die Anfangslinie Lüderichsdorf—Aus nur 56 200 M. per Kilometer gekostet hat, wobei allerdings für diesmal die größeren Schwierigkeiten des Terrains mit zu berücksichtigen sind.

Der Staat bezahlt der Firma noch extra die Verwaltungskosten in Höhe von 597 000 M. Der Staat führt auf eigene Kosten die Oberaufsicht über den Bau. Der Staat bezahlt außerdem der Gesellschaft einen Reingewinn von 950 000 Mark.

Das alles ist, so wie wir es wiedergeben, im Vertrage ausgemacht. Der Staat bezahlt alles und sichert der Gesellschaft für anderthalb Jahre einen Reingewinn von mindestens 950 000 Mark. Was trägt nun die Firma ihrerseits zum Unternehmen bei? Wie groß ist das Kapital, das sie anlegt?

Nach Artikel 19 des Vertrages hat die Gesellschaft „als Pfand für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen“ 600 000 Mark zu hinterlegen. Sie erhält aber andererseits nach Artikel 18 „am Tage nach Abschluß dieses Vertrages vom Staat 1 000 000 Mark! Was der Staat mit der einen Hand von der Firma nimmt, gibt er ihr also sofort, reich vermehrt, mit der anderen Hand zurück; er beleihet das „Pfand“ mit 166 Proz. seines Wertes und gibt vor, auf diese Weise eine Sicherheit erlangt zu haben! Er behauptet, daß er von der Gesellschaft ein Pfand bekommt, währenddem er in Wirklichkeit ihr einen Voranschlag zahlt. Er zahlt aber noch mehr!

Der Staat zahlt an die Gesellschaft, außer der Million beim Abschluß des Vertrages, „bis zum 30. September 1907 am Schlusse eines jeden Monats eine Abschlagszahlung von 1 000 000 M.“

Nachdem so die großen Baukosten der ersten Monate bestritten worden sind, erhält dann die Gesellschaft „neun Monate lang an jedem Monatschlusse eine Abschlagszahlung von 300 000 M.“ Die Schlussrechnung wird binnen drei Monaten bezahlt.

Woraus sich ergibt: Der Staat steckt sämtliche Baukosten vor. Er berechnet dafür keine Zinsen, obwohl er doch selbst für seine Anleihen Zinsen zu bezahlen hat. Rechnet man das kürzer, so kommt, selbstverständlich, die Eisenbahn um so viel teurer zu stehen!

Die Gesellschaft braucht nicht einen Pfennig Anlagkapital. Das Kapital, mit dem sie das Geschäft eröffnet, ist eine negative Größe — — 400 000 M. der Differenz zwischen dem Staatsvorschuß von 1 000 000 M. und der Kaution von 600 000 M. Sie braucht nicht einmal Bankkredit, da Zahlungen innerhalb 30 Tagen als Barzahlungen gelten und die größeren Lieferanten ihr noch ganz andere Zahlungsfristen gewähren werden. Und sie erhält mindestens 950 000 M. Gewinn, ungerechnet die 597 000 M. Verwaltungskosten, die ja auch sicher dazu dienen werden, etliche nette Pfänder zu schaffen.

So wird aus nichts eine Million gemacht! Mit dem Vertrag in der Tasche kann die Gesellschaft diese Million auf der Börse sofort eskompieren. Sie wird es aber selbstverständlich vorziehen, ihre Aktien in die Höhe zu treiben. Das gehört mit zum Schwindel.

Wir fragen: Da der Staat den Grund und Boden liefert, da der Staat das Kapital zum Bau der Eisenbahn liefert, da der Staat sämtliche Baukosten bezahlt, da der Staat die technische Oberaufsicht führt, was ihm ja auch etwas kostet, da der Staat außerdem sämtliche Verwaltungskosten bezahlt: Wofür erhält da noch die Deutsche Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft 950 000 M.?

Wofür? Ja, zu welchem Zweck sonst wird denn Kolonialpolitik getrieben, als um die Kolonialgesellschaften zu bereichern? Wofür hat denn die Börse mobil gemacht bei den letzten Reichstagswahlen? Handelte es sich denn nicht dabei um die heiligsten Interessen des Kapitals? Und sind das nicht die Interessen der Ausbeutung des Volkes?!

Vereichert Euch! Der Ruf zieht durch die besitzenden Klassen des ganzen Landes. Vereichert Euch — an dem Fleischwucher, an dem Brotwucher, an den Arbeitermassen, die Ihr in den Fabriken zusammenpfercht, in die Gruben hineintreibt, an den Milliarden, die für die Armee und die Kolonien verschleudert werden! Schafft Dividenden! Nur nicht zaghaft sein und kleinlich! Amerikanisch ist Trumpf! Nur frisch gewagt, weit ausgeholt und fest zugegriffen! Die Macht des Staates ist hinter Euch und schützt die Beute!

Die Schweinegucht und die Züchtung von Millionären — das sind die Grundlagen, auf denen ein neues deutsches Reich erstehen und zu nie geahnter Herrlichkeit erblühen soll!

Wir aber sagen: Deutschland wird dadurch ausgeplündert!

Krieg oder Frieden im Berliner Baugewerbe?

Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden. Aber die Situation ist eine hochdramatische und jeder Augenblick, jeder kleine Zwischenfall kann die Explosion herbeiführen. Die Massen haben alle die Erwägungen der Führer gegen einen derzeitigen Kampf unberücksichtigt gelassen und mit großer Majorität den Schiedsspruch des Einigungsamtes verworfen.

Der Zentralverband der Maurer hat die entscheidende Abstimmung am Dienstag in den Bezirksversammlungen vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich 6007 Mitglieder. Davon stimmten 4743 gegen, 1195 für Annahme des Schiedsspruches, 69 Stimmen waren ungültig. Das Resultat von drei Vorortbezirken steht noch aus, kann aber an dem Gesamtergebnis nichts ändern.

Der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter hat sich gleichfalls gegen die Annahme des Schiedsspruches entschieden, und zwar mit 3278 gegen 718 Stimmen.

Der Zentralverband der Zimmerer hatte zum Zweck der Abstimmung am Dienstag eine Delegiertenversammlung einberufen. Dieselbe erklärte sich mit einer Mehrheit von ungefähr zwei Dritteln gegen den Schiedsspruch.

Damit ist der Schiedsspruch von allen am bisherigen Vertrage beteiligten Organisationen abgelehnt, da ja auch die Vereinigung der Zimmerer sich gleichfalls für Ablehnung erklärt hat und die Entscheidung der lokalorganisierten Maurer, die gestern in später Nachtstunde vor sich ging und über die wir — wenn sie noch zeitig genug bekannt wird — an anderer Stelle berichten werden, ja nicht zweifelhaft ist.

Die Unternehmer haben nach dem „Lokal-Anzeiger“ im Gegensatz zu den Arbeitern sich für den Schiedsspruch erklärt. Gleichzeitig haben sie nichtsdestoweniger ihre Kriegsvorbereitungen getroffen. An die in Frage kommenden Interessentenkreise ist eine Denkschrift versandt worden, welche die Situation vom Gesichtspunkte des Unternehmertums erörtert und namentlich auch die Behörden um Nachsicht im Falle von Bauverzögerungen ersucht. Auch die Scharfmacher rüsten sich, bei einem etwaigen Kampfe im Baugewerbe auf die Seite der Bauherren zu treten. So wird sich der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller demnächst mit der Frage beschäftigen, welche Stellung er in dem etwa ausbrechenden Kampfe zu nehmen hat.

Nach der am Dienstag von uns veröffentlichten Erklärung der vereinigten Vorstände der Arbeiterorganisationen ist die Ablehnung des Schiedsspruches keineswegs gleichbedeutend mit der Proklamierung eines Streiks. Die genannte Erklärung sagt vielmehr ausdrücklich, daß ein Angriffstreik seitens der Arbeiter nicht beabsichtigt ist. Nach den Abmachungen mit den Unternehmern gilt der alte Tarif solange weiter, bis eine der Parteien die Verhandlungen schriftlich für abgebrochen erklärt. Das ist bisher noch nicht geschehen. Und insofern besteht immer noch die Möglichkeit zu einem Ausgleich, wenn — ja wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse den Krieg ohne „Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ bringen. Soffen wir, daß solche Ereignisse nicht eintreten!

„Unser herrliches Kriegsheer.“

Das war der Rehrim aller Reden der bürgerlichen Sprecher in der Reichstagsitzung am Mittwoch, die der Weiterberatung des Militäretats galt. Alle triefen sie von Begeisterung für unser herrliches Kriegsheer, von Bewunderung für unser herrliches Offizierkorps, für den unergleichlichen preussischen Leutnant, „den uns kein Volk nachmacht“, von Vertrauen und abermals Vertrauen zur Heeresleitung. Sie überboten sich in Bücklingen vor dem Kriegsminister und in patriotischen Wallungen gegen die bösen Feinde, die äußeren und die inneren. Der Militarismus kann sehr zufrieden auf die erste Militäretatsdebatte unter der konservativ-liberalen Paarung blicken. Der Freisinn erweist sich der Ehre, die ihm durch die Erhebung zur „nationalen“ Partei angetan ward, auch auf diesem Gebiete durchaus würdig. Kengilich ist er bedacht, die schöne Harmonie des nationalen Lobliedes aufs herrliche Kriegsheer nicht zu stören und seiner zahmen Kritik an Nebenächlichkeiten, die er der Tradition halber doch noch vorbringen muß, auch die letzten Wadelzähne auszubreden. Er widelt sie ein in soviel Lobeserhebungen und Vertrauensworten und Betonungen, daß er von Ausnahmen rede und daß er um alles in der Welt nicht verallgemeinern wolle, so daß diese Kritik den empfindlichen Saumen des Militarismus nicht mehr wehe tun kann. Wenn den Militärs diese Verhimmelung zu Kopfe steigt, so ist's wahrhaftig kein Wunder, wenn künftig der Bürger noch mehr als bisher über hochmütiges Herabsehen des Militärs auf das Zivil heimlichweise zu klagen hat — öffentlich wagt er's ja nicht als loyaler Staatsbürger — so mag er sich darob bei seinen Parlamentsvertretern bedanken.

Nur eine Partei steht außerhalb dieses allgemeinen chauvinistischen Laumels, der die Reaktion des deutschen Bürgertums auf die erfolgreichsten englischen Vestretungen zur Isolierung Deutschlands darstellt — in gemohnter Kurzsichtigkeit und Feigheit erobert sich dieses Bürgertum nicht gegen die Fiktion des persönlichen Regiments im eigenen Lande, das den englischen Politikern erst die Gelegenheit für das Anbringen ihrer Minen gab, sondern gegen das Ausland, das die Fehler dieser Politik selbstverständlich ausnützt. Nur eine Partei, die Sozialdemokratie. Nebel sprach für sie. Eine gründliche, mit vielem trefflichem Beweismaterial gepanzerte, sich auf das Wesentliche beschränkende Rede. Bei aller Ruhe und Sachlichkeit des Vortrages — nur bei einigen Einwürfen der Gegner und bei der Kennzeichnung der feindlichen Kadelfische des Militarismus loderte das Feuer des Temperaments hell auf — eine die Hauptpunkte unseres Gegenstandes zum Militarismus klar und deutlich heraussetzende Rede. Und zugleich eine überlegene Kennzeichnung der immer wiederkehrenden Verleumdung von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie.

Mit einer Rede im Büchlerstil folgte ihm der Januschauer Oldenburg. Mit seinen unendlich platten Mähdien fand er natürlich den jubelnden Beifall der nationalen Mehrheit, der bei den letzten, in der Art einer mächtig auswendig gelernten Kriegervereinsrede mit voller Lungenkraft hervorgerostenen „patriotischen“ Sätzen zum Gipfel stieg. Unsere Fraktion behandelte ihn mit der gebührenden Nichtachtung. Etwas geschliffener in der Form, aber von gleichem Kaliber war die Rede Liebermann v. Sonnenbergs; Herr Windewald spielte mit komischem Pathos und sittlicher Enttäuschung den wildgewordenen Botans-Berehrer und teutschen Helden. Der Reichslügenverbands-General v. Liebert redete wieder eine Reichsverbandsrede, worin die Sozialdemokratie für alle Fehler des Militarismus verantwortlich gemacht wird. Ernst zu nehmen waren von all den Ausführungen nur die des Kriegsministers und des Freisinnigen Müller-Reinigen. Herr Müller bemühte sich, eine einigermaßen unabhängige Haltung zu den Sünden des Militarismus zu markieren. Es gelang ihm trotz schönen Materials nur halb; man ist eben nicht ungestraft im Bloß. Daß er für „Gebildete“ eine besondere Vorzugsbehandlung verlangt, zeigt am besten, wie wenig der Freisinn sich mit der Arbeiterchaft noch verbunden fühlt.

Der Kriegsminister v. Einem war höflich in der Form und verstand seine Sache nicht ungeschickt zu führen. Ueber unbequeme Dinge glitt er elegant hinweg. Der Beschränktheit des Militarismus sollte er seinen Tribut in einer ernsthaften Verteidigung des hehren Gutes des Kommandos: „Stillgestanden!“ Zum Schluß ward er schärfer, als er zum Angriff auf die Sozialdemokratie überging, aber da bewährte er sich nicht mehr als guter Stratage. Seine Ausführungen über unsere Stellung zum Heerwesen zeigten lediglich seine arge Unwissenheit in diesem Punkte.

Amüsant zu sehen war es, wie unangenehm den Herren der Mehrheit ein Stück positiver Arbeit der Sozialdemokratie ist: ihr Antrag auf Erhöhung des unzureichenden Soldes für die Mannschaften. Was sie alles aufgeboten haben, um diesen Antrag zu diskreditieren! Bei der Fortsetzung der Beratung am Donnerstag wird ihnen darauf wohl noch gebührend gebient werden. —

Der Wahlkampf in Glauchau-Meerane.

Durch die perfide Kampfweise unserer Gegner sind nunmehr die Gemüter glücklich bis zum Siedepunkt erhitzt. Die Gegner verleumdern in einer nie dagewesenen Art. Eine ganze Schar von Rednern, Reichsverbändlern, Christlichsozialen usw., treibt sich im Wahlkreis herum. Unsere Genossen meiden die gegnerischen Versammlungen, denn sie sind dort vor Provokation und anschließender Denunziation nicht sicher. So sprach der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Everling in Lichtenstein in einem fast 8000 Personen fassenden Saal vor 40 Besuchern! Die Wut der Gegner darüber kennt keine Grenzen. Sie besuchten nun unsere Versammlungen, speziell der Kandidat Dr. Claus ging stets dem Genossen Rollenbühse nach. Dabei traten diese Leute in unerhört provozierender Weise auf. Wibel sprach am Sonntag in Glauchau. Diese Versammlung sollte zur Auflösung gebracht werden, zu welchem Zweck sich die Gegner einen angeblichen „Müller aus Dresden“ gebungen hatten, der Wibel in der unsäglichsten Weise persönlich beschimpfte. Mit Mühe und Not konnte die Auflösung vermieden werden. Nun haben die Gegner Sprengsolenen gebildet. Der Versuch, am Montagabend eine Versammlung in Meerane, wo Dr. David sprach, zu sprengen, mißlang. Desto besser glückte es in dem Dorfe Rothbach bei Glauchau, wo Stücken reden sollte. Eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung erschien der angebliche „Redakteur Müller aus Dresden“ in Begleitung eines „Schulrektors“, eines „Gerichtsbeamten“, einiger Lehrer, eines Herrn Pflasterhorn, Teilhhaber der Spinnerei Pflasterhorn u. Co.) sowie noch einiger anderer Personen der gebildet sein wollenden Stände. Kaum hatte der Einberufer das Podium betreten, als auch der Ehrenmann „Müller“ an der Bühne erschien und in barscher Weise erklärte, daß er das Wort verlange. Nach der Kurzauswahl stellte er dasselbe Verlangen in unerhört dreister Weise an den Vorsitzenden. Als Stücken den Wunsch darauf aufmerksam machte, daß er nach seinem Verhalten hier in Glauchau überhaupt nichts zu fordern habe, brüllte er diesem entgegen: „Hasten Sie das Maul! Mit Ihnen rede ich überhaupt nicht.“

Die Empörung der Versammlung wuchs von Minute zu Minute, der Mann provozierte weiter. Vor dem Podium stehend, brüllte er unausgesetzt: „Zur Geschäftsordnung!“ Der überwachende Beamte steht auf und droht mit Auflösung der Versammlung. Der „Müller“ geht zu seinen Begleitern und brüllt dort weiter. Der Versammlung hat sich eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Als Stücken zu sprechen anfing, tobte der Mensch wie besessen, sein Gebrüll muß man auf der Straße gehört haben, fast gewann es den Anschein, daß man es mit einem Wahnsinnigen zu tun habe. Mit großem Gleichmut sahen seine Begleiter dem Treiben zu, bis er nach einigen Minuten seinen Zweck erreicht hatte.

Der Unerwachte löste die Versammlung auf.

Stürmische Rufe der Verwünschung, gegen den „Müller“ gerichtet, erschollen aus Hunderten von Reihen, und was macht er? Er setzt den Hut auf, nimmt den Stock in die Hand, steckt die Zigarre in den Mund und verläßt und verhöhnt die empörte Menge. Die Absicht dieses Menschen war klar, er wollte angegriffen, mißhandelt werden, dann hätte das Pöbelgesinde des Dr. Claus in die Welt hinausposaunt: „Die Sozialdemokraten haben einen nationalgefärbten Mann mißhandelt.“ Stücken erkannte das Gefährdende der Situation, sprang vor und, nachdem einen Moment Ruhe eingetreten war, bat er die Menge eindringlich, kaltes Blut zu bewahren. Das wirkte. Der Gendarm begleitete „Müller“ aus dem Saal hinaus; dann ständalisierte er in der Langstraße so lange, bis ihn der Wirt hinausjagte. Nur langsam legte sich die Empörung der Leute, die gekommen waren, einen Vortrag zu hören und nun durch diesen Krachler um ihre Absicht betrogen waren.

Diese Versammlungsprovokationen sollen weiter fortgesetzt werden, weshalb unsere Genossen eine besondere Versammlungspolizei organisiert haben, die solche Elemente glatt an die frische Luft befördert.

Genosse Wibel hat außer mit einer Versammlung auch noch mit einem Aufruf zugunsten Rollenbühse gewirkt. In diesem Aufruf sagt er:

Hermann Rollenbühse hat sich während seiner Mitgliedschaft im Reichstage sowohl in diesem wie im Bundesrat den Ruf erworben, einer der besten Kenner unserer Arbeiterversicherung- und Sozialgesetzgebung zu sein. Er hat durch seine Sachkunde und die objektive Behandlung der einschlägigen Fragen großen Einfluß auf die Gestaltung der betreffenden Vorlagen in den Kommissionen wie im Plenum des Reichstages ausgeübt und eine Reihe nicht unwesentlicher Verbesserungen durchgesetzt.

Als im Jahre 1892 die Kommission für Arbeiterstatistik ins Leben gerufen wurde, ernannte die sozialdemokratische Fraktion Rollenbühse zu ihrem Vertreter in derselben. Und als diese Kommission vor einigen Jahren in den Beirat für Arbeiterstatistik umgewandelt wurde, blieb er auch Vertreter der Fraktion in diesem und hat hier, wie selbst seine politischen Gegner anerkennen, ebenfalls erfolgreich gewirkt.

Als dann vor drei Jahren von Seiten der Reichsregierung eine Kommission niedergesetzt wurde zur Prüfung des Kartellwesens in der Großindustrie, ernannte die sozialdemokratische Fraktion ihn auch für diese Kommission zu ihrem Vertreter und hat er an deren Arbeiten abemals den fleißigsten und sachkundigsten Anteil genommen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages sah eben in Rollenbühse den Mann, der für die erwähnten Aufgaben sich besonders eignete, und er hat das in ihn gesetzte Vertrauen nie getauscht.

Die Empörung unter den Wählermassen ist eine ungeheure, das Verhalten der Nationalliberalen findet selbst in bürgerlichen Kreisen Berurteilung. Das Mandat Uners wird uns nicht entrißen werden! —

Ministerwechsel in Baden.

Ueber den nicht freiwillig erfolgten Austritt des Ministers Schenkel aus dem badischen Ministerium und seine Ursachen wird uns aus Baden geschrieben:

Der Rücktritt der Erzellenz Schenkel kam, sobald auch bereits über die Sache geschrieben worden ist, doch überraschend. Ueber die Ursachen gehen die Meinungen in der bürgerlichen Presse stark auseinander. Die einen, Zentrum und Konservative, suchen sie in der Parteikonstellation bei den letzten Landtagswahlen, indem sie Herrn Schenkel — ganz gegen die Wahrheit der Tatsachen — als Vater des liberal-sozialistischen Stichwahlkompromisses bezeichnen, und in dem Ausfall der jüngsten Reichstagswahlen, wo er es vermüht habe, die Einigung des Gesamtbürgertums gegen die Sozialdemokraten zu fördern. Andere wieder schieben als Ursachen der Ausschiffung Schenkels aus dem Ministerium v. Durch Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Schiffsfahrtsabgaben und die bekannten Differenzen mit dem Vorstand der Fabrikinspektion Dr. Wittmann in den

Vordergrund. Am meisten Glauben findet wohl die Version, daß bezüglich der Finanzpolitik des badischen Staates die Harmonie der Regierung durch Herrn Schenkel gestört wurde. Er habe — heißt es — im Gegensatz zum derzeitigen Finanzminister Honzell der Deduktion außerordentlicher Staatsausgaben durch Anlehnsmittel das Wort geredet, also die Finanzpolitik der großen Städte auf den Staat zu übertragen versucht, während die herrschende Richtung im Ministerium bei dem alten System der Befriedigung solcher Bedürfnisse aus den laufenden Wirtschaftsmitteln beharren wollte. So sei es auch in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter zu Differenzen gekommen, indem Herr Schenkel für diesen Zweck größere Summen bereitzustellen verlangte, als die „Sparer“ der alten finanzpolitischen Richtung ihm gewähren wollten.

Sichtlich die Bedeutung der Ausschiffung Schenkels für die künftige Richtung der inneren Politik des Landes geht die allgemeine Auffassung der Presse dahin, daß wohl mit einem Beharren im derzeitigen Kurs zu rechnen sei, wenn auch da und dort von einem „Ruck nach rechts“ gesprochen wird. Herr v. Bodmann, der von der Leitung des Wasser- und Straßenbaues weg als Nachfolger Schenkels berufene ehemalige Bundesratsbevollmächtigte Badens, wird als liberaler Politiker bezeichnet, so daß die Partei Wassermanns allen Grund habe, ihm volles Vertrauen entgegen zu bringen. Er werde — meint beispielsweise die „Straßb. Post“ — die Politik seines Vorgängers sicherlich fortsetzen; insbesondere erwartet man von ihm, daß er die Organisation der inneren Verwaltung des Landes, die in vielen Beziehungen nicht mehr den Anforderungen der modernen Zeit entspricht, auf eine neue Grundlage stellt.

Die Mannheimer „Volksstimme“ beurteilt den Ministerwechsel folgendermaßen:

„Wir Sozialisten werden der ‚Keinen Erzellenz‘ keine Träne nachweinen. Denn trotz zeitweiliger in der Form konzilianter Sympathiebezeugungen für die Arbeiterklasse war Schenkel im Innersten seines Herzens — und als treuer Diener seines Herrn war das ja auch seine Pflicht! — ein erbitterter Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die berüchtigten Spitzelerlässe an die Bezirksämter zur politischen Ausschiffung der Rekruten; die scharfe Kriegserklärung an unsere Partei aus Anlaß der Rekruten-Kammerrede im Interesse der Freiburger Polizeimitarbeiter im März v. J., wobei es, wie erinnerlich, zu einer förmlichen Gegenkundgebung der Sozialisten kam; die Prügel, die er in der letzten Zeit dem Vorstand unserer Fabrikinspektion, Dr. Wittmann, zwischen die Weine warf, um ihn den Wünschen der Scharmacher und sozialpolitischen Reaktionen gefügig zu machen; die Hartnäckigkeit im Widerstand gegen die Einführung eines gerechteren Wahlsystems für die Gemeindevertretungen; die schmählische Verleugnung jedes freiheitlichen und vollstümlichen Verwaltungsgedankens anläßlich der internationalen Sozialistenzusammenkunft in Konstanz im August 1906, wie auch anläßlich der Behandlung der Beschwerden gegen die Schäreien bei der Mannheimer Bernerstorfer-Versammlung und den Kundgebungen am ‚roten Sonntag‘ — all das und manches andere dokumentierte die illiberale Politik Schenkels als Minister und seinen Mangel an Verständnis für die politischen und sozialen Bedürfnisse der aufstrebenden Arbeiterklasse.“

Der blamierte Reichskanzler.

Ueber den Ausgang des Prozesses gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ haben wir gestern bereits kurz berichtet. Wir lassen heute den Bericht über die Verhandlung vom Dienstag folgen.

Für die Hauptplage, daß das Flugblatt bereits am Abend vorher gelesen worden sei, wolle der Angeklagte den Beweis der Wahrheit antreten. Als Zeuge hierfür wurde der Schlossermeister Dalquen benommen. Dieser will am Abend vorher im Callusaal in der Rainzer Landstraße ein Paket gesehen haben, auf welchem ein ähnlich aussehendes Flugblatt geklebt war! Die Stichworte wie „Stimmensang“ oder „Stimmenlauf“, und auch die Aufforderung „Wählt Dr. Quard“ habe er sich genau gemerkt. Als dann das Flugblatt verteilt worden sei, habe er seine Wahrnehmungen einem Herrn Wainner mitgeteilt. Dieser habe ihn auf die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ geschickt, und dort habe er erklärt: Das Flugblatt habe ich, wenn ich nicht irre, bereits gestern abend gesehen. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal erklärte der Zeuge: Dem Redakteur Dr. Goldschmidt habe er gesagt: Er wisse nicht genau, ob es „Stimmenlauf“ oder „Stimmensang“ gelesen hätte.

Zeuge Tapezierer Wilhelm Hächer, der dem Parteisekretariat die Mitteilung von dem verjagten Stimmenlauf überbrachte, ist einmal wegen einer Schieberei in der Neujahrsnacht mit einer kleinen Geldstrafe bestraft und nicht, wie die „Frankfurter Zeitung“ behauptete, ein häufig vorbestrafter Mensch. Er hat sich in der Wendergasse mit einem Kollegen über die Wahl unterhalten und erklärt: Er wählte Dr. Quard. Es sei dann ein feingekleideter Herr zu ihm gekommen und habe gesagt:

„Wenn Ihr Defer wählt, gebe ich Euch 10 Mark.“

„Was will der?“ habe sein Kollege ihn gefragt. Der seine Herr sei aber auch schon verschwunden gewesen. „Ich war momentan so verblüfft“, meinte unter großer Heiterkeit der zahlreich anwesenden Zuhörer der Zeuge, „daß ich die 10 M. gar nicht genommen habe!“ Der Zeuge bestätigte auf Befragen Wittmanns, daß er auf dem Parteibureau ganz genau, unter Stellung von Kreuz- und Querfragen, ausgefragt worden ist. Der seine Mann habe ihm 10 M. geboten, wenn er Defer wählen würde.

Der Vorsitzende machte nochmals einen Vergleichsvorschlag: Die Wahl sei doch jetzt vorbei und die Gemüter hätten sich auch wieder beruhigt. Genosse Wittmann betonte, es handle sich für ihn nicht um eine hohe Bestrafung des Redakteurs, sondern nur um die gerichtliche Feststellung, daß das Flugblatt nicht, wie behauptet worden sei, am Tage vorher gedruckt wurde. In der hiesigen Gegend sei die Blawrede vom Reichstagsverband in 400 000 Exemplaren verteilt worden. Der Reichskanzler habe ihn vor dem ganzen Volk beleidigt und trotz einer Nichtigstellung die Beleidigung nicht zurückgenommen.

Es folgte noch die Vernehmung des Arbeiterssekretärs Genossen Heiden als Zeuge: Mit dem Manuskript habe er später Wittmann in der Druderei von Bennos Schmidt getroffen. Das Flugblatt kann erst nach 11 Uhr vormittags gedruckt worden sein. Nach der Vernehmung dieses Zeugen rief der Vorsitzende dem Angeklagten unter allen Umständen zu einem Vergleich. Arbeit Herrliche doch sehr darüber, daß das Flugblatt erst am Stichwahltag gedruckt worden sei.

Der Vergleich scheiterte an der Hartnäckigkeit des Beklagten. Er wolle nur erklären, daß seine Behauptungen nicht erwiesen sind! — Auch dem Reichskanzler will er keine Mitteilung davon machen. —

Es folgten die Plaidoyers:

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal: Mein Mandant würde wohl kaum gestagt haben, wenn ihm der erste Beamte des Reiches, Reichskanzler Fürst v. Bülow, im Reichstage nicht vorgeworfen hätte, daß er eine bewusste Unwahrheit in die Welt gesetzt und schon am Tage vorher geschrieben hätte, was am nächsten Tage passiert sei. Der Vorwurf ist unbegründet. Es ist durch Zeugenvernehmung erwiesen, daß das Flugblatt erst am Stichwahltag, vormittags gegen 10 Uhr, geschrieben und gedruckt wurde. Auf die

Stimmenlaufaffäre will ich nicht weiter eingehen, obwohl die Sache so liegt, daß der Zeuge Hächer — dem ja fälschlicherweise von der Verteidigung vorgeworfen wird, er sei schon im Zuchthause gewesen, während er nur eine einzige Vorstrafe von 20 M. hat — unter Eid ausgesagt hat, daß ihm 10 M. angeboten worden seien, wenn er Defer wähle.

Der Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Herz, führte aus, der Angeklagte habe in gutem Glauben gehandelt und es müsse ihm der § 188 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt werden. Er bitte um Freisprechung.

Nach der Beratung verkündete der Vorsitzende das von uns bereits gekenn laut Telegramm wiedergegebene Urteil:

Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Ferner muß er auf seine Kosten das Urteil im „Reichsanzeiger“ und in der „Frankfurter Zeitung“ publizieren.

In der Begründung heißt es, die im Flugblatt enthaltenen Tatsachen seien als richtig anerkannt worden, obgleich dem Gericht die Möglichkeit nicht gegeben war, die Stimmenlaufgeschichte ganz aufzuklären. Der Kläger Wittmann konnte den Angaben des Zeugen Hächer Glauben schenken. Es habe sich herausgestellt, daß die Angaben des Zeugen Dalquen aus der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ unrichtig sind. Es ist erwiesen, daß das Flugblatt erst am Vormittag des Stichwahltages gedruckt worden sei. Der Angeklagte sei, als er den Artikel geschrieben habe, der Meinung gewesen, daß die Angaben Dalquens richtig seien. Es sei außerdem zu berücksichtigen, daß der Vorgang sich während des Wahlkampfes abgespielt habe. Auch sei es bebaurend, daß die Sache im Reichstage zur Sprache gekommen sei. Die Form des Artikels sei beleidigend; darum war, wie gesehen, zu erkennen.

Wenn Bülow wirklich der „keine Mann“ ist, als den er sich so gern gibt, dann wird er nun doch endlich an der Stelle, wo er unseren Genossen Wittmann so schwer beleidigte, ein Wortlein der Entschuldigung finden.

Klassenjustiz.

In der Montagsitzung des Reichstages hat der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinungen behauptet, Genosse Heine habe über den Nürnberg-Kriminalprozeß völlig einseitig nach dem „Vorwärts“ berichtet. Der „Arbeitswille“ Thiel habe lediglich in Rotweh gehandelt, wie selbst mehrere am Streit beteiligte „Nadelführer“ anerkannt hätten. Zu diesem leichtfertigen Geschwätz des rechtseligen Herrn Müller wird uns aus Nürnberg geschrieben:

Nicht die Darstellung des Genossen Heine war einseitig, sondern die des Abgeordneten Müller-Meinungen; denn der „Vorwärts“, und mit ihm die übrigen sozialdemokratischen Blätter, haben über den Prozeß einen streng sachlichen und ausführlichen Bericht gebracht. Der Bericht enthielt alle Zeugenaussagen, auch diejenigen, die für die Angeklagten ungünstig lauteten. Anders war es um die Berichterstattung der bürgerlichen Presse bestellt. Zu dem Prozeß hatte nur der freisinnige „Frankfurter Kurier“ einen Vertreter entsandt, der zugleich auch die übrigen bürgerlichen Lokalblätter mitversorgte. Auf den Bericht des „Frankfurter Kurier“ hat sich nun Dr. Müller-Meinungen bei seinen Ausführungen im Reichstage gestützt. Dieser Bericht brachte jedoch nur die Behauptungen der Anklageschrift und des Staatsanwaltschaftlichen Plaidoyers, sowie die Aussagen einiger Arbeitswilliger, die die Angeklagten belästigten, während die günstigen Aussagen und das, was die Arbeitswilligen zugunsten der Angeklagten zugeben mußten, unterschlagen wurden.

Das Ergebnis des Prozesses auf Grund beschworener Zeugenaussagen war nun das: „Nadelführer“, von denen Müller-Meinungen spricht, hat es bei dem Fall überhaupt nicht gegeben. Das Gericht verneinte die Frage auf Landfriedensbruch und bejahte nur die auf Körperverletzung. Die ganze Geschichte entpuppte sich als eine Prügelei zwischen Streikbrechern und Streikenden, die in ihrer ersten Entwidlung durch das Auftreten der von dem Direktor Rauter ausgehenden Streikbrecher provoziert war. Es wurde festgestellt, daß schon wochenlang vor dem Zusammenstoß die Arbeitswilligen ohne Anlaß die Streikposten verhöhnt, als Paulsen, Lumpen usw. bezeichnet und bedroht hatten, und daß ferner der Direktor am Tage des unglücklichen Zusammenstoßes in im Fabrikhofe mit den Worten angefeuert hatte: „Geht doch hinaus und haut sie zusammen, die Lumpen, Euch geschieht ja doch nichts“ usw., sowie, daß am Vormittag dieses Tages in der Fabrik Waffen für die Streikbrecher bereitgestellt wurden.

Was nun die Frage anbelangt, ob bei der Erschießung des Streikführers Fleischmann der Streikbrecher Thiel in Rotweh gehandelt habe, so ist von einigen arbeitswilligen Zeugen dies allerdings behauptet worden; die meisten aber zogen es vor, sich über diese Frage überhaupt nicht zu äußern. Andere Zeugen stellen bestimmt das Vorliegen von Rotweh in Abrede. Für das letztere spricht auch die Tatsache, daß die Schüsse aus einer Entfernung von 10 bis 15 Metern abgegeben wurden, und daß der erste tödliche Schuß Fleischmann in die Seite traf; ferner, daß nur sechs oder sieben Streikende anwesend waren, während die Streikbrecher weit über 100 Mann, angeschlossen die Fabrik verließen.

Herr Müller-Meinungen hat es so hingestellt, als ob der Rörder Thiel deshalb wieder aus der Haft entlassen worden sei, weil sich aus den Zeugenaussagen ergebe, daß er in Rotweh gehandelt habe. Thiel wurde sofort nach der Morbidat verhaftet, aber schon am nächsten Morgen wieder freigelassen. Ob Rotweh vorliege, kann bis zu dieser Zeit noch gar nicht festgestellt worden sein. Er mußte eine Adresse angeben, unter der er jederzeit erreichbar sei; benutzte aber die Gelegenheit, um sich „unauffindbar“ zu machen, und das Gericht hat ihn auch bis heute noch nicht gefunden.

Die „Einseitigkeit“ der Darstellung ist also ganz auf der Seite des Herrn Müller-Meinungen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April 1907.

Ende der Staatsberatung.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschloß heute gegen die Stimmen der Freisinnigen: das Urteil, das gegen unsere Parteiführer in Düsseldorf und Erfurt wegen Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses gefällt worden ist, gemäß der ihm gegebenen gerichtlichen Ermächtigung zu publizieren! Die Publikation des Urteils wird den deutschen Arbeitern, die in diesem „Hause der Würde und Ehre“ keine Vertretung haben — wegen des Ausdrucks „Haus der Schmach und Schande“ erfolgte die Verurteilung —, noch einmal ins Gedächtnis rufen, daß von den schweren Vorwürfen, die die unter Anklage gestellten Artikel erhoben, kein einziger widerlegt worden ist, daß die Anklagebehörde sich von der behaupteten „Mitteilung nicht erweislicher wahrer Tatsachen“ zurückgezogen hat in die uneinnehmbare Festung der formalen Beleidigung, und daß es nur mit Hilfe dieses Kunststückchens gelungen ist, ein paar Monate Gefängnis gegen zwei unserer Parteigenossen herauszuschinden, die nichts anderes getan hatten, als das Urteil des Volkes über das Dreiklassenparlament zu reproduzieren.

Das Haus erledigte eine Wahlprüfung: es erklärte die Wahl des konservativen Abgeordneten Rudolf-Minden für ungültig, nachdem er jetzt zu Unrecht 3% Jahre das Mandat ausgeübt hat!

Der Rest der Staatsberatung, der die Sitzung ausfüllte, bot keine wesentlich neuen Gesichtspunkte mehr. Der freisinnige Antrag, den unteren und mittleren Beamten schon in diesem Jahre eine einmalige Teuerungszulage zu geben, fand bei keiner anderen Partei Gegenliebe, obwohl die Regierung befanntlich im Reiche versprochen hat, den Reichsbeamten die gewünschten Zuwendungen zu machen. Vergleichen wiesen die freisinnigen Redner darauf hin, daß die Eisenbahnüberschüsse bedeutend gestiegen seien und daß die Einkommensteuer einen Mehrertrag von ungefähr sechzig Millionen im Jahre bringen werde. Nebenbei bemerkt sind diese vermehrten Steuern hauptsächlich aus den Arbeitermassen herausgepreßt, und zwar mit Hilfe jener famosen Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, die den Arbeitgeber verpflichtet, der Steuerbehörde die Lohnlisten seiner Arbeiter auszuliefern. Aber trotz dieser Mehreinnahme aus Proletariatsgeldern wollte man den Beamtenproletariats nichts zukommen lassen; man diskutierten lieber des langen und breiten über Vorforschung und Stand der Staatsanleihen — Fragen, die die kapitalistischen Parteien des Abgeordnetenhauses natürlich aufs lebhafteste interessieren.

Morgen beginnt die dritte Beratung. —

Die offiziöse Presse über die Raiffeiser.

Der offiziösen Hefepresse, die über den Aufruf des Parteivorstandes gehöhnt, gefällt natürlich auch unser gestriger Artikel über die Raiffeiser nicht. Auch er soll die „Niederlage“ und den „Rückzug“ der Partei nur fadenscheinig maskieren. Es würde uns schlimm zu Mute werden, wenn unser Artikel uns gar das Lob der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ und der „Deutschen Tageszeitung“ eingetragen hätte.

Aber diese braven bilow-offiziösen Organe versuchen es auch mit einer ganz besonderen „Goshheit“. Sie entdecken in unseren Auslassungen eine Spitze gegen den Parteivorstand. Räumlich in der Wendung von der „vielleicht nicht ganz diplomatischen Fassung des Aufrufs des Parteivorstandes“. Das sei eine direkte Desabonierung des Parteivorstandes.

Zunächst eine Vorbemerkung. Die Redaktion des „Vorwärts“ untersteht zwar in prinzipieller Hinsicht der Kontrolle des Parteivorstandes. Es entspricht aber durchaus den bornierten bürokratischen Auffassungen der Scharfmacherpresse, wenn sie sich einbildet, daß deshalb der „Vorwärts“ etwa nach Art des „Reichsanzeigers“ nur das Sprachrohr des Parteivorstandes wäre und auf jede freie Meinungsäußerung der Redaktion zu verzichten hätte. Dazu würde sich niemals eine Redaktion des Zentralorgans hergeben!

Das Groteske ist aber, daß die Bilow-Presse den Sinn unseres Artikels in unbegreiflicher Weise verkannt hat. Die Tendenz unseres ganzen Artikels ist ganz unverkennbar die, daß einzelne Parteiorgane sich ganz unangelegentlich über die mangelnde Diplomatie des Parteivorstandes entäußert hätten, daß aber die Zukunft der Raiffeiser nicht von einer „Ordnung“ oder „Gegenordnung“ des Parteivorstandes abhängt, sondern von den politischen und wirtschaftlichen Umständen und der durch 17 jährige Praxis gegebenen tatsächlichen Schulung der Massen! Gerade wir betonten die Notwendigkeit der „Gewöhnung an die wirklichen Kampfbedingungen“, an die „wahheitsgemäße Darstellung der zu überwindenden Widerstände“!

Also nicht wir legten an diplomatische Feinheiten Gewicht! Daß wir in der Sache den Ansichten des Parteivorstandes zustimmen, sollte die offiziöse Presse doch schon aus unseren früheren Auslassungen eingesehen haben. Daß wir aber auf diplomatische Feinheiten erst recht keinen Wert legen, sollte der offiziösen Presse doch auch nicht verborgen geblieben sein!

Aber warum sollten wir für eine bessere Zensur verlangen wie der Parteivorstand. Mag das offiziöse Pöbelgeschicht höhnern und hegen — uns genügt das Verständnis der Parteigenossen! —

Aus dem Lande der unbegrenzten Polizeigewalt.

Aus Anlaß der Reichstagswahl fand Mitte Januar in Gerresheim bei Düsseldorf eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene Volksversammlung statt. In der Diskussion wurde auch das scharfe Vorgehen der Gerresheimer Polizei gegen den Vereinswirt Strauch erörtert, wobei Genosse Köfeler anführte, zwei Polizisten von Gerresheim hätten von Strauch sich 200 Mark borgen wollen, der Wirt habe abgelehnt und darauf seien die vielen Protokolle, die er seitdem erhalten habe, zurückzuführen. In diesen Worten erblickte die Polizeiverwaltung eine Verleumdung der beiden Polizisten Waues und Zwilling; sie stellte gegen Köfeler Strafantrag, der dann unter Ablehnung aller Beweisanträge vom Schöffengericht in Gerresheim zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Köfeler legte Berufung ein, worauf die Sache vor der Strafkammer in Düsseldorf nochmals zur Verhandlung kam. Der als Zeuge vernommene Wirt Strauch bezeugte: Es ist wahr, daß Waues und Zwilling Geld von mir borgen wollten. Waues ist dieserhalb wohl vier- oder fünfmal bei mir gewesen; er gab an, seine Frau komme bald in die Wochen, und außerdem unterstütze er seine Schwägerin, deshalb gebrauche er nötig das Geld. Ich versuchte Waues erst später zu verdrösten, Zwilling habe ich abgewiesen. Nach dieser Zeit bin ich auffallend viel mit Protokollen bedacht worden und zwar wegen Kleinigkeiten. Ich fügte das auch darauf zurück, daß ich der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mein Lokal zur Verfügung stelle. Deshalb hat man mich auch die Polizeistunde auf 9 Uhr festgesetzt, während alle anderen Lokale in Gerresheim bis 11 Uhr und darüber offen halten dürfen. Von 1901 bis 1906 habe ich nur ein Protokoll bekommen, von da ab hat es für mich Polizeistrafen geregnet.

Die Zeugen Waues und Zwilling werden vom Vorsitzenden einbringlich ermahnt, nur die reine Wahrheit zu sagen. Waues gibt zuerst an, er könne sich der Sache nicht mehr erinnern; nach mehreren weiteren Fragen hält er es für möglich, mit Strauch über das Geldleihen gesprochen zu haben. Zwilling will den Wirt nur gesagt haben, ob er nicht wisse, wo man Geld leihen bekomme. — Der Staatsanwalt beantragt, die Verurteilung zu verwerfen und es bei der erkannten Strafe zu belassen. — Das Urteil lautet auf Freisprechung. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Behauptungen des Angeklagten bezüglich des Geldleihens auf Wahrheit beruhen. In der Bemerkung, daß die vielen Protokolle auf die Ablehnung des Vorgeschriebten zurückzuführen sei, liege eine Verleumdung, aber unter den vorliegenden Umständen konnte der Angeklagte von der Wahrheit seiner Behauptung überzeugt sein. Zudem habe er auch in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt, als er in einer politischen Versammlung kommunale Missstände zur Sprache brachte.

Die Behandlung, die dem Wirt Strauch durch die Gerresheimer Polizei zuteil ward, erhält noch eine besondere Beleuchtung durch die Tatsache, daß bei den vielen Gerichtsverhandlungen, die sich mit Gerresheimer Rohheitsgeschichten befassen, das Lokal von Strauch bläher nicht ein einziges Mal genannt worden ist. Nicht minder interessant ist die vom Verteidiger hervorgehobene Tatsache, daß von den 67 Polizeiprotokollen, mit denen Strauch in der letzten Zeit bedacht worden ist, 65 vom Gericht wieder aufgehoben wurden. Nichts desto weniger wird sein Lokal, während die anderen Wirtschaften bis 11 Uhr und länger offen halten dürfen, um 9 Uhr geschlossen. Die Polizei will es so, und in Preußen hat die Polizei immer recht — auch wenn sie einen solchen Reifall erlebt, wie die Gerresheimer Polizei ihn jetzt erlebt hat. —

Verteid — statt Amtsenthebung.

Wie kürzlich im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, ist der Pfarrer Dr. Vogl in Leisau bei Gumburg vom Oberkirchenrat in Meiningen seines Amtes enthoben worden, weil er sich weigerte, in einem Vortrage nach der Methode des Reichslägerverbandes gegen die Sozialdemokratie vom Leber zu ziehen. Ein ehemaliger Rittergutsbesitzer namens Schlüter hatte ihn dazu aufgefordert und ihn dann beim Oberkirchenrat denunziert, als er mit seinem Amtsinhaber abgeklagt. Vom Oberkirchenrat kam die Sache vor das Oberverwaltungsgericht, das dieser Tage seinen Spruch fällt. Er lautet lediglich auf einen Verweis. Da das Oberverwaltungsgericht die höchste Instanz ist, so dürfte die Angelegenheit, soweit der Rechtsweg in Betracht kommt, erledigt sein.

Aus einer liberal regierten Stadt.

Man berichtet uns aus Halle a. S.: In der letzten Stadtverordnetenversammlung verlangte man aus den Mitteln der Steuerzahler eine „Ehrengarde“ von 5000 M. zur Begründung der Schützengesellschaft zum 23. mitteldeutschen Bundesfesten und 1000 M. zum Empfang eines Festvereins. Unsere Genossen Thiele und Osterburg erklärten sich gegen diese Vergebung der Steuererlöse und wiesen darauf hin, daß die Arbeiterturnvereine jüngst nur zu einem Sonntag, von dem unter Leitung der Stadt stehenden „Vollstahl“-Vereine einen freien Platz zu Turnübungen erbeten hätten, und jener Verein, an dessen Spitze der frühere Oberbürgermeister stand, habe das Gejuch der Arbeiterturner abgelehnt. Das sei eine schreiende Ungerechtigkeit. Dem bürgerlichen Stadtvater Professor Vangeret lief eine Laus über die Leber und er erklärte: Wenn wir alle Sozialdemokraten vom Turnen ausschließen wollten, könnten wir die Bude zumachen. Das Kollegium paarte sich aber bald wieder und bewilligte gegen die Sozialdemokraten die geforderten 6000 M. —

Frankreich.

Clémenceau kriecht zum Kreuz.

Paris, 23. April. (Sig. Ber.) Clémenceau flüchtet von Blamage zu Blamage. Er hat es fertig gebracht, sein Regierungssystem den Merkmalen zum Spott, den Sozialisten zum Abscheu und seinen eigenen Parteigenossen zu einem unaufrichtig sprudelnden Quell von Verlegenheit und Verdruss werden zu lassen. Jetzt hat er auch in der von ihm provozierten Affäre des Festes der Jeanne d'Arc einen lächerlichen Rückzug vollzogen. Ganz offenbar war sein Vorgehen ursprünglich darauf angelegt, eine antikerikale Stimmung für die bevorstehende Kammertagung zu präparieren und das dem Untergang bedrohte Regierungssystem durch die Stürme der sozialpolitischen Debatte zu tragen. Aber Clémenceau hatte diesen Plan um ungeeigneten Orte auszuführen gesucht; jetzt dort, wo er die wirtschaftlichen Interessen des radikalen Speichers in Mitleidenschaft zog. Und so hat er sich zu einer ganz jämmerlichen Wechsellagerung bequemen müssen. „Kein Kreuz im Festzug!“ hatte er ursprünglich beteuert, „Ausschluss des Kreuzes, aber ohne Kreuze“ hieß es bei der ersten Rückzugselappe, und nun gibt der Ministerpräsident ganz klein bei: Der Kreuz darf — wie bisher — mit Kreuzen ausstrahlen, und die Freimaurer werden im Stillen dazu betrogen, auf einen korporativen Aufmarsch zu verzichten!

Der Bischof von Orléans, der sich in der Affäre viel Mühe genommen hat als der Ministerpräsident, ist Sieger geblieben, indem er den Antikerikalen getrost die Wahl zwischen Prinzip und Profit überließ. Clémenceau aber hat die Speichbürger von Orléans durch seine Nachgiebigkeit nicht verdrängt. Denn da er sie in die Situation gebracht hat, die Wägen ihres Antikerikalismus zeigen zu müssen, wird der unaufrichtige Koyenhammer nach dem Festzug des profanistischen Gedankens seine Mißlaune notwendig gegen den ungeschickten Minister legen. —

England.

Die Kolonialkonferenz erkannte in ihrer Beratung am Dienstag in einer Resolution die Schaffung eines Generalstabes als notwendig an, der aus Offizieren der Streitkräfte des ganzen Reiches zusammengesetzt und berufen sein soll, die Verteidigungspläne vorzubereiten und Ratsschlüsse bezüglich der Ausbildung und der Kriegsorganisation der Truppen der Krone in jedem Teile des Reiches zu erteilen.

Bei der Darlegung der Verteidigungspläne der Admiralität betonte Lord Tweedmouth besonders die Notwendigkeit einer einheitlichen Kontrolle der Flotte. Er erklärte weiter, eins der Ziele der Admiralität sei, die Seestreitkräfte auf solcher Höhe zu erhalten, daß sie England die Oberherrschaft zur See in jedem vernünftigen Falle als möglich anzunehmenden Fälle sichern. Er wolle nicht auf weitere Bewilligungen an Mannschaften und Geldmitteln drängen, ein Mitarbeiter der Kolonien in der ihnen selbst angenehmen Form würde aber von ihm herzlich willkommen geheißen werden. — Nach einer allgemeinen Diskussion wurde beschlossen, daß die Frage der Seeverteidigung bis zu einer späteren Sitzung vertagt werden solle und daß die Vertreter der Kolonien inzwischen gesondert mit der Admiralität konferieren könnten.

Die Konferenz bezieht ferner über die militärische Verteidigung des Reiches. Kriegsminister Balfour wies dabei in einer Rede darauf hin, daß der südafrikanische Krieg gezeigt habe, wie durchaus notwendig die Kriegsbereitschaft sei, und er sprach sich eingehend darüber aus, wie wünschenswert die Aufstellung eines großzügigen Planes einer militärischen Organisation des ganzen britischen Reiches sei, der durch den vorgelegten Zentralstab geschaffen werden solle. Die einzelnen Premierminister sprachen sodann der Reihe nach ihre Ansichten über die Organisation der lokalen Streitkräfte in den einzelnen Kolonien aus. —

Dänemark.

Das alles mißglückte.

Der dänische Reichstag hat Ende der vorigen Woche seine Sitzungen geschlossen. Er tritt erst Anfang Oktober wieder zusammen. Wohl ist in der verfloffenen Session der Jahr noch eine große Menge von Beschlüssen zustande gekommen; von großem Wert für die gesamte Arbeiterklasse ist jedoch nur das erdgültig beschlossene Gesetz über Staatsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung. Ferner ist besonders erwähnenswert ein Gesetz zur Einführung des Alterssystems an Stelle der veralteten Rente nach Ehe, Witze und Zöll. Im übrigen sind alle die großen Reformvorlagen der Regierung und ihrer Partei wieder einmal gescheitert, beschnitten oder sonstwie verunglückt. Genosse Bohrjerg zog in einer großen Rede die „Reformbilanz“ der regierenden Linkspartei mit folgenden Worten:

„Das Ehegesetz krepitiert, die Wahlrechtsreform laßiert, die Gerichtsreform halbiert, die Zollreform barbiert, das Eisenbahngesetz fragmentiert, das Ministeramtvermögensgesetz schimpfisiert, die kommunale Wahlrechtsreform laßiert!“

Dramatisch war der Abschluß der Folketings-session: Nach den üblichen Hurras für den König und die Verfassung lief der radikale Parteiführer: „Das allgemeine Wahlrecht soll leben!“ und drei kräftige Hurras der Radikalen und der Sozialdemokraten folgten. Der Radikale sah die Liberalen da. Erst beim dritten Ruf stimmten einzelne von ihnen ein, wohl in dem dunklen Gefühl, daß auch auf ihrem Programm das allgemeine Wahlrecht steht. —

Die russische Revolution.

Die baltischen Hundstunde.

Nur in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe konnten wir die sensationellen Aufklärungen veröffentlichten, die durch den am Dienstag in der Duma vorgetragenen Kommissionsbericht über die Greuel der russischen Folterknechte verbreitet worden sind. Wir geben daher das wesentliche des Berichts heute nochmals wieder:

In dem Kommissionsbericht, der von dem Abgeordneten Pergament verlesen und dessen Wichtigkeit vom Ministerpräsidenten Makarow in allen wesentlichen Punkten anerkannt wurde, heißt es unter anderem:

Mit dem Beginn der Strafexpedition in den baltischen Provinzen begannen auch die Folterungen von Gefangenen, um ihnen Geständnisse zu erpressen, die genügen, um sie erschließen zu lassen.

In Riga wurde zum Zweck der Folterungen eine Kommission gebildet, bestehend aus dem Chef der politischen Polizei, mehreren Polizeikommissaren und Agenten. Diese Kommission war vom Staatsanwalt und der Gendarmerieverwaltung mit besonderen Instruktionen für ihre Tätigkeit versehen und vom Gouverneur mit dem Recht ausgestattet, politische Angelegenheiten ohne gerichtliches Verfahren zu töten. Den Verwaltungsbehörden, dem Staatsanwalt und dem Gendarmerieobersten waren die Kartern und Folterungen, denen Gefangene unterzogen wurden, bekannt. Ein Gefangener wurde von einem Polizeikommissar niedergebunden, worauf der Kommissar auf der Brust des Gefangenen so lange herumspang, bis ihm sämtliche Rippen gebrochen waren und er fürchterlich leidend mehrere Tage lang keine Nahrung zu sich nehmen konnte, bis er dann erschossen wurde. Ein anderer wurde so lange auf die Waden geschlagen, bis alles Fleisch von den Knochen gelöst hatte. Einem dritten wurde das Gesicht, das man von ihm verlangte, buchstabenweise mit Hautschnitten auf den Rücken geschlagen. Diejenigen Gefangenen, die während der Folterungen nicht gefordert waren, deren Wunden aber nicht geheilt werden konnten oder dauernde Spuren hinterließen, wurden nachts in der Nähe des Gefängnisses erschossen. Ein anderer Gefangener wurde von zwei Soldaten an den Händen und Füßen gehalten und mit Gummitüchern so lange geschlagen, bis der Erdboden von Blut triefte. Um Geständnisse zu erzwingen, wurden gefangene Weiber die Nägel von Fingern und Zehen gerissen, die Haare bündelweise ausgerissen, die Knochen an Armen und Beinen gebrochen. Die Kartern und Foltern waren von der Polizeibehörde organisiert und unter ihrer Beteiligung ausgeführt. Ein Lechter wurde gemartert, um das Geständnis zu erzwingen, er habe im Gouvernements Moskwa einen Polizeibeamten ermordet. Als sich herausstellte, daß er unmöglich der Mörder sein konnte, wurde er in das Gefängnis geschafft und nach etwa einem Monat wieder vorgeführt, um zugegesehen, daß er der Mörder des Polizeibeamten bei dem Moskauer Bankraub gewesen sei. Er wurde so lange mit Hautschnitten geschlagen und mit Strangulation bedroht, bis er alles „gestand“. Ein anderer wurde erst mit Hautschnitten, sodann mit Eisenstücken geschlagen, worauf er auf den Boden gelegt und in die Wunden Zucker gestreut wurde. Andere wurden „massiert“, indem man sie blutig schlug und in die Wunden Salz einrieb. Ein anderer wurde auf eine Bank gelegt und auf seine Brust ein Brett, auf dem zwei Polizisten balancierten, bis das Rückgrat gebrochen war, worauf er erschossen wurde.

Die „Ruffische Zeitung“, die sich vor kurzer Zeit zum Sprachrohr der „echt Russischen“ gemacht und das Vorkommen von Folterungen in Riga abgelehnt hatte, sieht sich nun gezwungen, der Wahrheit die Ehre zu geben und die hundsstättischen Bestialitäten der Schergen Nikolaius II. mit an den Pranger zu stellen.

Der Dumapresident beim Jaren.

Am Dienstag wurde Golowin von Nikolaius in Jaroskoje Selo empfangen. Die Audienz währte eine halbe Stunde, und der Kaiser geruhte huldvoll, sich eine Denkschrift über die bisherige Tätigkeit der Duma überreichen zu lassen.

Ob er ein Wort dieser Denkschrift lesen wird? —

Leere Worte.

Petersburg, 24. April. Der Präsident des Ministerrates, Stolypin, hat am 23. April an die Generalgouverneure, Gouverneure und Kreisräte in der den Juden zur Ansiedelung eingeräumten Zone ein Rundschreiben erlassen, in welchem es heißt:

Ich erhalte Meldungen, daß für Opfern Pogrome organisiert wurden; ich bin fest überzeugt, daß die Lokalbehörden alle Maßnahmen ergreifen, um jede Art von Gewalttätigkeit zu verhindern, und ordne an, daß zur Verhinderung der Bevölkerung öffentlich bekämpft werden wird, daß jeder Versuch einer Aufstörung sofort durch polizeiliche und militärische Gewalt unterdrückt werden wird. Ich gestatte in der gegenwärtigen Zeit nicht auch nur den Gedanken an Schwäche der Verwaltung und führe auf ihre Festigkeit die Ruhe, die in den Dörfern wiederkehrt, zurück. Die Bevölkerung muß von der Überzeugung durchdrungen sein, daß die ordentlichen Behörden die Pflicht haben, Unruhen sofort ohne Verzug zu unterdrücken, da die Behörden selbst für die Folgen von Agrarunruhen und Pogromen gegen die Juden nach der vollen Strenge des Gesetzes aufzukommen haben werden.

Biel besser als durch die vielen Worte konnte Stolypin durch die Tat beweisen, daß er's ernst meint mit dem Wunsche, Pogrome zu verhindern. Er brauchte nur von seinen intimen Freunden, den pogromlustigen Schwarzhundlern, abzurufen.

Im übrigen hat Stolypin selbst ein paar nicht gerade judenfreudliche Worte meist nur dann zur Hand, wenn eine Anleihe in Sicht ist. —

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Firma, über die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ die Sperre veröffentlicht wurde, heißt nicht Norddeutsche Eiswerke sondern Norddeutsche Eisenwerke. Wir bitten, dies zu beachten.

Diejenigen Drahtarbeiter, welche zu den neuen tariflichen Bedingungen arbeiten, müssen sich durch eine Berechtigungskarte (grüne) mit unserem Organisationsstempel versehen, legitimieren. Deutscher Metallarbeiter-Bund, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Bauknechte. Die Differenz bei Bauer ist mit Erfolg beendet. Die Ortsverwaltung.

Kommunale Arbeiterfürsorge.

Seit Jahren bereits trachten die Revisor und Standaufnehmer der Revisorinspektion der holländischen Gasterie eine Reform im Doler der Revisions- und Rechnungsstände an. Von der Direktion werden im offenen Gelände 130, im bebauten Gelände 150 Rechnungsstände gefordert, ganz gleich, welche Gegend es ist.

Vom grünen Tisch aus lassen sich die obigen Zahlen sehr leicht festsetzen, in der Praxis spielt es sich wesentlich anders ab. Ausschlaggebend ist für das Beingen der Stände, wie die Gasterie in den einzelnen Stadtbezirken stehen, sowie auch die Lage derselben. Ferner kommen noch eine Reihe von anderen Begleitumständen in Frage. Da nun die Revisorinspektion angetreten ist, darauf zu achten, daß die obige Zahl auch wirklich geholt wird,

Reichstag.

37. Sitzung vom Mittwoch, den 24. April 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem, Frhr. v. Stengel.

Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden über die gegenseitige Anerkennung der Alliengeellschaften und anderer kommerzieller, industrieller und finanzieller Gesellschaften vom 11. Februar 1907 wird in dritter Beratung debattiert angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Hg. Bebel (Soz.):

Der Herr Kriegsminister hat gestern am Schlusse seiner Rede auseinander gesetzt, in welchen Momenten künftiger Entwicklung die Möglichkeit von Einsparnissen beim Militärstat bestche. Er hat hervorgehoben, daß wenn erst die neue Bewaffnung für die Artillerie und Infanterie, der Umbau der Landesbefestigungen und einiges andere durchgeführt sei, dann wohl die Möglichkeit einer Herabsetzung der Kosten für den Militärstat vorhanden sei. Diese Antwort gab er in Rücksicht auf die Erklärung des Reichskanzlers vom 25. Februar 1907, in welcher der Reichskanzler auch eine Herabsetzung der Kosten für die Heeresverwaltung in sein Programm aufgenommen hatte. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Seit dem Westlichen des Reiches und des norddeutschen Bundes haben wir eine Herabsetzung der Kosten für die Heeresverwaltung noch nicht erlebt. Immerhin hat mir die Erklärung des Herrn Kriegsministers bedeutend besser gefallen, als eine vor einigen Tagen gehaltenen Rede des freisinnigen Herrn Müller-Sagan, worin derselbe erklärte, daß angesichts der Gestaltung der auswärtigen Verhältnisse in Europa seine Partei bereit sei, wenn es notwendig sei, auch für Erhöhungen im Militärstat einzutreten. Die „Breslauer Zeitung“ hat gestern erklärt, daß diese Auffassung des Herrn Müller-Sagan diejenige der ganzen Partei sei. Die Herren begrüßen es wohl heute mit Genugtuung, daß nachdem sie in ein verwandtschaftliches Verhältnis zu der rechten Seite dieses Hauses getreten sind, sie aus der ihnen selbst unangenehmen oppositionellen Stellung befreit sind, die sie bisher eingenommen haben. (Heiterkeit.) Wir nehmen also von dieser Erklärung Akt. Ich gehöre augenblicklich nicht zu den Schwarzsehern, denn ich bin der Ansicht, ehe man in Europa zu dem großen Generalmarsch bläst, wird es jeder sich

schonmal überlegen,

mit Rücksicht auf das, was das Ende der Dinge sein kann. Also ich gehöre selbst in diesem Augenblick, wo der politische Himmel nichts weniger als unbewölkt erscheint, noch zu den Optimisten. Aber abgesehen davon, entsteht doch außerdem die Frage, ob es in der Tat unmöglich sein soll, selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auf dem Boden der heutigen Militärorganisation nicht erhebliche Erleichterungen einzutreten zu lassen. Daß die höheren Militärausgaben in hohem Grade die Ausgaben für Kulturausgaben, namentlich in den Einzelstaaten beeinflussen, ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann. Die einzelstaatlichen Minister haben oft genug erklärt: wir bedauern, wir haben kein Geld, das Reich nimmt zu sehr unsere Mittel in Anspruch.

Der einzige Punkt, wo gegenwärtig erheblich gespart werden könnte, würde der sein, ob nicht eine

erhebliche weitere Herabsetzung der Dienstzeit

möglich ist. Ich weiß ja, daß bei den Herren der Militärverwaltung sehr wenig Entgegenkommen ist, aber unsere Aufgabe ist es denn doch, die Angelegenheit auf das allerernstlichste zu prüfen. Die Sachautoritäten haben schon sehr oft auf den verschiedensten Gebieten Dinge für unmöglich erklärt, die hintenher, wenn die Not sie zwingt, sich als ausführbar erwiesen haben. Ich erinnere nur daran, was für einen außerordentlich lebhaften Kampf die Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre bei den höchsten Epochen in der Armee gelost hat. Nun sieht in einem Werke, betitelt: „Kaiser Wilhelm I. und der Kriegsminister Roon“, herausgegeben von General v. Blume, das die Geschichte der Armeeorganisationsfragen des vorigen Jahrhunderts behandelt, daß unter anderem im Laufe der Jahrzehnte von Seiten hoher Generale Vorschläge gemacht worden seien, die Militärdienstzeit auf 18, ja sogar auf 12 Monate herabzusetzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere war es der Kriegsminister v. Roon, der diese Auffassung in der nachdrücklichsten Weise vertrat. Ihr gegenüber stand die Auffassung des späteren Kaisers Wilhelm I., der diese Vorschläge auf das allerheftigste bekämpfte, und dessen Einfluß auch wesentlich zu ver danken ist, daß damals die Dienstzeit in der Armee nicht herabgesetzt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Unzweifelhaft wird eine weitere Herabsetzung der Dienstzeit in der Armee Erleichterungen nach den verschiedensten Seiten bringen, nicht allein finanzieller Art, sondern insbesondere auch von dem Standpunkte aus, daß das Opfer an militärischer Dienstzeit für die Betroffenen bedeutend ermäßigt werden kann. Außerdem läßt sich dadurch die Arbeitsintensität einschränken, so daß die Industrie und Landwirtschaft nicht mehr in dem heutigen Maße gezwungen sein werden, auf ausländische Arbeitskräfte, die keineswegs immer die besten sind, zurückzugreifen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nun habe ich weiter gefunden, daß die militärische Dienstzeit, die ich hier im Auge habe, bereits seit einer ganzen Reihe von Jahren bei der schwebischen Armee eingeführt ist. Die Dienstzeit für die Kavallerie, Feldartillerie, Ingenieure und Feldtelegraphentruppe beträgt dort ein Jahr und für die übrigen Truppenteile, speziell für die Infanterie, den Hauptteil der Armee acht Monate. Ich habe einen langen Artikel im „Deutschen Offiziersblatt“ vom 14. April gelesen, in welchem Kritik an dieser Organisation und ihren Wirkungen geübt und ausgeführt wird, daß bei einer derartigen kurzen Dienstzeit die schwebische Armee in ihrer Gesamtheit ein Bild darbiete, von dem man wohl sagen könne, daß es

im Ernstfalle jeder Aufgabe gewachsen sei.

Ich bin der Ansicht, was die Schweden leisten, können wir Deutschen auch leisten, wenn man sich nur bei der Militärverwaltung zu der Höhe erhebt, daß man auf eine ganze Reihe von Dingen, die nach meiner Ueberzeugung mit der eigentlichen kriegsmäßigen Ausbildung der Armee nichts oder so gut wie nichts zu tun haben, verzichtet. (Sehr richtig! links.) Wir haben ja in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiete allerlei Erfahrungen gesammelt, so mit der nur 20 Wochen dauernden Ausbildung der Ersatzreservisten, die nach dem Urteil der zuständigen Offiziere sich von den Linientruppen kaum unterscheiden. Wenn wir außerdem bedenken, daß im Falle eines Krieges immerhin ein erheblicher Teil der Armee die jetzige gefühlte Dienstzeit noch nicht hinter sich hat, dann geht doch daraus hervor, daß eine Verringerung sehr wohl möglich ist. Für diese Möglichkeit spricht auch der Zustand in der Schweiz, dessen Militärarmee nach dem Urteil militärischer Autoritäten für den Kriegsfall durchaus kriegsmäßig ausgebildet ist und zu leisten vermag, was man von ihr beanspruchen kann. Nach den bisher bestehenden Bestimmungen — neuerdings soll freilich die Wehrdienstzeit verlängert werden — hat der Schweizer Infanterist als Rekrut 47 Tage Ausbildung durchzumachen und dann alle 2 Jahre 10 Tage zu über. Die Ausbildungsdauer ist auf Grund des neuen Gesetzes, die in diesem Jahre in Kraft tritt, 65 Tage. Das Gemeindefeld hat eine Ausbildungszeit von 52 Tagen, die Artillerie 57, die Kavallerie 82, die Verwaltungs- und Sanitätsstruppe 40—45 Tage. Im weiteren wird allerdings in der Schweiz verlangt, ähnlich wie in Schweden, daß der Infanterist

im Laufe des Jahres 30 scharfe Patronen auf dem Schießstand zu verschießen hat, wofür genaue Kontrolle geführt wird. Eine solche Einrichtung haben wir in Deutschland allerdings nicht. Jedenfalls sieht fest, daß das Schießen in der Schweizer Armee mit einer Virtuosität geübt wird, die jedenfalls — ich will mich milde ausdrücken — von der deutschen Armee in keiner Weise übertroffen wird. Es ist eine weitere Tatsache, daß auch die Schweizer Artillerie vollkommen auf der Höhe steht. Daß die Schweizer Armee jedenfalls etwas ganz Ueberraschendes für die kurze Ausbildungszeit der Leute leistet, beweist unter anderem ein Artikel des „Berliner Tageblattes“, worin ein ausländischer Offizier, der die Schweizer Armee bei den Herbstübungen gesehen hat, mitteilt, daß unter anderem eine Wp von 1521 Meter Höhe mit bewundernswerter Leichtigkeit, Raschheit und Gewandtheit erstiegen worden sei und sein Urteil zusammenfaßt in die Worte:

„Diese Marschleistung war eine infanteristische Ueberschreitung, die der Schweizer Armee kaum eine andere Armee nachmachen dürfte.“

Auch bei dem Abstieg, der unter Umständen noch viel gefährlicher ist als der Aufstieg, wurden seine Erwartungen in jeder Beziehung übertroffen. Ebenfalls findet er Worte des höchsten Lobes über die Herabsetzung der schweizerischen Armee. Die Uebung habe durchaus den Eindruck erweckt, als ob Offiziere und Unteroffiziere dauernd unter den Waffen ständen. Auch in den Bivouacs war alles durchaus kriegsmäßig. Bei ungeheurer Hitze und Staub legten die Truppen an einem Tage 38 Kilometer zurück. Es sei auch völlig falsch, die eidgenössische Kavallerie als militärisch minderwertig anzusehen. Die Behandlung der Pferde sei z. B. besser als in der deutschen Armee. Nach Beendigung seiner kurzen Dienstzeit nimmt der Schweizer Kavallerist sein Pferd mit nach Hause und hat es das ganze Jahr über in Pflege. So vermachern Roh und Reiter förmlich miteinander. — Von der schweizerischen Disziplin habe er eine schlechte Meinung gehabt. Er habe geglaubt, daß es in einer von demokratischen Geistes durchweichten Rittig mit der Disziplin böss seken müsse. Er habe sich aber getäuscht. Seine Beobachtungen faßt er dahin zusammen: „Ich habe in den geringsten Kleinigkeiten des inneren Dienstes kaum einen Verstoß bemerkt. Endresultat:

Die Disziplin ist ganz vorzüglich.“

Hier haben Sie eine volle Anerkennung der schweizerischen Armee aus militärischem Runde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In ähnlichem Sinne hat sich der französische General Langloz ausgesprochen. Langloz erklärt, daß nach seinen Wahrnehmungen die schweizerische Armee durchaus in der Lage sei, die Aufgabe zu erfüllen, die man an sie stelle, nämlich ihr Land ausgiebig gegen einen militärisch bessergerüsteten Feind zu verteidigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere seien die Uebungen der schweizerischen Armee in dem Gebirge noch jeder Hinsicht überraschend. Die Schützenausbildung lasse nichts zu wünschen übrig. Die Kavalleristen sähen gut zu Pferde. Die Offiziere seien durchweg gut beritten usw.

Wenn wir nun die inländischen und ausländischen Sachverständigen über die Leistungen unserer deutschen Armee vernahmen, so klangen diese Urteile keineswegs ebensovollständig. — Ein österreichischer Offizier, der den letzten großen Manöver in Schlefien beobachtete, erklärte, die große Armeeparade habe ihm im ersten Augenblick kolossal imponiert. Allgemach würde die Sache aber etwas trübe und man beginne es ganz eigentümlich zu finden, wenn diese ungeheure Masse in geraden Linien einherstompt. Es frage sich, ob man da nicht zuviel Mühe, zuviel Millionen Arbeitsstunden auf einen derartigen Paradezug und derartige Wehrgriffe verwende und ob es nicht besser sein würde, die auf den Paradezug verwendete Zeit kriegsmäßigen Uebungen zuzuwenden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist notorisch, daß eben diese Ansicht heute auch von deutschen Offizieren nicht gerade selten vertreten wird.

Ueber die Armeeleistung äußert sich der österreichische Offizier dahin: den beiden Parteikommandanten zugefallenen Aufgaben waren enger umgrenzt als in Oesterreich und stellten an ihre Entscheidungsfähigkeit keine hohen Ansprüche. Die Anlage und Durchführung der Uebung seitens der Manöverleitung und die Gefechtsarbeit der Truppen erschien und nicht immer ganz kriegsmäßig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine sehr scharfe Beurteilung findet die bekannte Kavallerieatade. Der österreichische Offizier erklärt: Die Sucht der deutschen Kavallerie, bei jeder Gelegenheit auch intakte Infanterie zu attackieren, dürfte selbst bei unseren extremsten Kavalleristen keine Zustimmung finden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im gleichen Sinne haben sich inländische Offiziere ausgesprochen. Oberst Gaedte bezeichnete in einem Artikel des „Berl. Tageblattes“ die Atade als einen der unfähigsten Reiterangriffe.

die er je gesehen habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und faßt sein Endurteil dahin zusammen: „Würde man eine derartige Kavallerieatade im Kriege geleistet haben, dann wäre es zweifellos, daß das ganze Reitergeschwader vernichtet worden wäre.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Werkwürdigerweise stimmt mit diesem Urteil die Berliner „Post“, ein konservatives Organ, durchaus überein, ebenso die „Neue militärische Korrespondenz“, also ein zweifellos von Sachverständigen geleitetes Organ, das sein Urteil zusammenfaßt. Mit erschütternder Offenheit und beneidenswerter Uebersichtlichkeit werden im Heere und in der Presse die tatsächlichen Leistungen der Kavallerie und ihre Führung im Kaisermanöver als nicht zureichend und fast verbesserungsbedürftig bezeichnet. Dann wird weiter ausgeführt, daß im Ernstfalle derartige Manöverangriffe von den allerbedenklichsten Folgen begleitet sein würden. Trotz aller derartigen scharfen Kritiken haben in den Kaisermanövern immer wieder derartige Uebungen statt. Es ist gerade, als wenn man dieser sachverständigen Kritik zum Trotz an dem einmal eingelebten, an dem, was man aus persönlichem Geschnack für notwendig hält, festhalten wolle. Wenn man die Manöver, die bekanntlich dem deutschen Volke ungeheuer viel Geld kosten, für notwendig erachtet, — ich halte sie meinerseits für notwendig — dann sollten sie auch annähernd dem Ernstfalle entsprechen. Wir haben als Abgeordnete das allerdingendste Interesse daran, daß in dieser Beziehung Veränderungen herbeigeführt werden.

Mit der von mir befürworteten Verkürzung der Dienstzeit muß die

militärische Jugendausbildung

Hand in Hand gehen, wie sie schon Scharnhorst vor hundert Jahren verlangt hat. Zum ersten Male ist der Gedanke 1876 wieder aufgenommen worden und zwar durch den damaligen Oberst v. d. Golz, der in seinem Werke „Leon Gambetta und sein Volk“ darauf hinweist, welche ungeheure Leistungsfähigkeit das nach Sedan niedergeworfene Frankreich noch gezeigt habe. Dieser Gedanke ist bis heute, wenn wir von kleinen Spielereien absehen, die bemittelte Privatleute vorgenommen haben, nicht zur Ausführung gekommen. Auch Feldmarschall Graf Hälzler soll in letzter Zeit ähnliche Gedanken ausgesprochen haben. Auch er ist der Ansicht, daß damit die Dienstzeit abgekürzt werden könne. In der Schweiz hat man leider von einer Einführung der obligatorischen Wehrfähigkeit der Jugend abgesehen. Aber im vorigen Jahre war in einem Artikel der „Leipziger „Neuesten Nachrichten“, also eines Blattes, das wahrhaftig nicht in dem Verdachte steht, sozialdemokratische Gesinnungen zu hegen, zu lesen, daß die angeborenen kriegerischen Tugenden der Japaner durch eine ausgezeichnete körperliche Ausbildung der Jugend vom frühesten Kindesalter an gekübelt würden, die dem Gegner zu Leibe rüde mit einem Feuer-eifer, daß jeder Europäer dieser gymnastischen Ausbildung der zukünftigen Vaterlandverteidiger seine volle Anerkennung gößen muß. Nun, ich meine, da ist Deutschland, das lange Zeit an der Spitze der militärischen Ausbildung stand, längst überholt.

Ich möchte dann auf ein anderes Kapitel eingehen. Ich habe wiederholt ausgeführt, daß nach meiner Auffassung bei der Ueberhebung der Mannschaften von militärischer Seite etwas zu leichtsinnig vorgegangen wird. Daß bei einem derartigen raschen Verfahren, wobei große Massen in Frage kommen, von einer gründlichen Unteruchung gar keine Rede sein kann, ist selbstverständlich. Auf den geistigen Zustand der Rekruten kann bei einer derartigen Unteruchung überhaupt keine Rücksicht genommen werden, und doch spielt das für die spätere Ausbildung in der Armee eine ganz gewaltige Rolle. Ich habe oft Beispiele angeführt, daß einzelne Leute die fürchtbarsten

Mißhandlungen

beim Militär haben erdulden müssen, bis man nach langer Zeit entdeckte, daß sie geistig vollständig minderwertig seien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre interessant, einmal festzustellen, wie viele von den mißhandelten Soldaten infolge geistigen Defektes außerstande waren, das aufzufassen, was ihnen beigebracht werden sollte. Auf diesem Gebiete hat nun ein Hamburger Lehrer Caarier das Verdienst, daß er die Hamburger Ober-Schulbehörde veranlaßte, sich mit dem Generalkommando des 9. Armeekorps über ein Abkommen zu verständigen über die Beschäftigung der Einstellung geistig Minderwertiger in die Armee, wonach die Schule künftig Zeugnisse ausstellen solle, um nachzuweisen, inwiefern auch geistig der junge Mann in der Lage ist, den an ihn gestellten Anforderungen zu genügen. Die Petitionskommission des vorigen Reichstages hat ja eine Anzahl von Punkten vorgebracht, die künftig bei der Aushebung der Mannschaften Berücksichtigung werden sollten. Es wird darin verlangt, daß Schul- und Militärbehörden Hand in Hand arbeiten. Wie ich weiter lese hat auch das preussische Ministerium der Medizinalangelegenheiten sich veranlaßt gesehen, in ähnlicher Weise Instruktionen an die preussischen Behörden zu erlassen. Wir dürfen also annehmen, daß künftig auf diesem Gebiete in höherem Maße als es bisher der Fall war, die nötigen Beobachtungen gemacht und mitgeteilt werden. In wie hohem Maße das notwendig ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1901/2 nicht weniger als 377 Geistesranke, 429 Fallsüchtige, 329 Neurastheniker und 242 Hysterische als Rekruten eingestellt worden sind, deren Zustand erst nach langer Zeit erkannt wurde. Auch bei den in diesem Zeitraum vorgekommenen

319 Selbstmorden und Selbstmordversuchen

wird mancher Soldat in Betracht kommen, der als geistig Schwacher infolge von Mißhandlungen Hand an sich gelegt hat.

Ich gehe dann mit einigen kurzen Ausführungen zu den Mißhandlungen über. Gegen die gestrige Unterstellung des Grafen v. Oriola, ich wolle dadurch die Armee nach Möglichkeit disziplinieren, (Widerpruch h. d. Natl.) muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren. (Abg. Graf v. Oriola: Ich habe kein Wort davon gesagt.) Dann bitte ich um Entschuldigung, dann habe ich Sie mißverstanden. Jedenfalls bringe ich diese Fälle mit rückhaltloser Kritik nur vor, damit Besserung eintrete. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und wir können ohne Uebertreibung sagen, daß die fortgesetzten Kritiken auch eine große Wirkung gehabt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich für uns dabei, wenn wir einmal so egoistisch sein wollen, auch um eigene Söhne und Brüder, um Angehörige einer Partei, die bis heute doch zu Ihrem Leidwesen die stärkste Partei Deutschlands ist. Aber diese kommen hier nicht in Frage, denn die Sozialdemokraten werden am wenigsten von den Mißhandlungen betroffen. Das hat selbst der Reichskanzler v. Caprivi anerkannt. Auch andere Leute sagten, die Sozialdemokraten sind viel zu klug, als daß sie es auf Konflikte in der Armee antommen lassen und durchgängig gehören sie auch zu den intelligenteren Elementen. (Große Heiterkeit.) Das hat sogar Fürst Bismarck schon in den siebziger Jahren anerkannt, der den Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen in den bürgerlichen Bezirken Schleswig-Holsteins damit erklärte, daß gerade die intelligenteren, strebsameren Elemente sich zur Erreichung einer selbständigen Existenz der Sozialdemokratie anschließen. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, trotz aller Ihren Lachens ist das wahr. — Ich will sehr gern aussprechen, daß der Kriegsminister alles aufgeboten hat, um den Mißhandlungen entgegenzutreten, aber leider ist es ihm nur in mäßigem Umfange gelungen, und namentlich im Herbst und Winter lesen wir Woche für Woche von ganz barbarischen und rohen Mißhandlungen. Ich stimme mit dem Grafen Oriola überein, daß die Armeeverwaltung das Interesse hat, speziell den Unteroffizieren den Dienst zu erleichtern, aber es ist eine ebenso feststehende Tatsache, daß die Ansprüche an die Unteroffiziere bezüglich der Ausbildung der Rekruten immer größer geworden sind. Graf Oriola hat selbst beklagt, und wenn er von seinem Parteistandpunkte aus einer derartigen Rüge Ausdruck gibt, so muß das Uebel sehr stark vorhanden sein, daß sehr häufig die Defensivität der Militärgerichte bei den Militärmißhandlungen ausgeschlossen wird. In dieser Beziehung wird den Bestimmungen der Militärstrafprozessordnung von vielen Seiten eine Auslegung gegeben, die damals der Reichstag und vielleicht auch die Militärbehörden nicht gewünscht haben; es gibt Armeeteile, wo bei fast sämtlichen Verhandlungen die Defensivität ausgeschlossen wird. Auch der Reichskanzler hat es vor einigen Jahren als einen Vorteil erklärt, daß die Defensivität bei derartigen Verhandlungen vorhanden sei, und es ist ja auch kein Zweifel, daß, wenn derartige Dinge in die Defensivität kommen, auch die Personen in der Armee daraus lernen und sich in acht nehmen, in ähnlichen Fällen ähnlich zu verfahren. Es kommt eine ganze Reihe von Urteilen vor, wo man sich beim Lesen der Verhandlungen sagt: Ja, ist das eine Strafe, die für eine solche Schandtat ausgeprochen wird? So hat der Unteroffizier Johann Krüger von der 6. Kompanie des 95. Infanterieregiments in Hildburghausen an dem Russeiter Reubert unangesezt die argsten Mißhandlungen ausgeführt, ihm u. a. befohlen, aus dem an der Erde stehenden Schnaps zu freßen wie ein Schwein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht eine maßlose Rohheit? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich begreife ein Schimpfwort, ich kann mir sogar ein paar Ohrfeigen erklären, aber solche barbarische Rohheit, solche ganz

unfassbare Gemeinheit

lamm ich nicht verstehen. (Zuruf: Das ist eben die Bestie im Menschen!) Geißel, aber es ist schlimm, daß wir so viele Bestien haben. (Heiterkeit.) Das Ende war, daß der Unteroffizier für alle seine Rohheiten 4 Monate Gefängnis bekam, allerdings auch degradiert wurde. (Zuruf rechts: Na also!) Ja, das war allerdings die empfindlichste Strafe. Aber die Gefängnisstrafe für solche Barbareien war doch viel zu gering. Geißel, man soll nicht barbarisch strafen, aber vergleichen wir doch einmal diese Strafe mit einer anderen. In Grimma wurde ein Dular Monate hindurch auf das schärfste mißhandelt, und das Ende vom Liede war, daß der Unteroffizier zu vier Monaten Gefängnis, aber ohne Degradation verurteilt wurde. In Wiesbaden im Winter 1904/5 die Rekruten einer Batterie nach dem Rekrutplatz geschickt; dort mußten sie auf Befehl des Sergeanten die Eisbeden der zugefrorenen Woffersgräben aufbrechen und dann mit der Hand das Wasser ausschöpfen und nach den Schleusen tragen. Hierbei hat sich einer der Leute die Hände erfroren. Die Strafe fiel hier etwas schärfer aus. Der Sergeant bekam 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und wurde degradiert. Wie aber urteilen die Kriegsgerichte, wenn es sich um Vergehen eines Gemeinen gegen Vorgesetzte handelt? Ein Berliner Reservemann erkrankt vorbrunken in einer Kontrollübermittlung. Er weigerte sich, die Zigarre fortzuliegen, läuft aus dem Glie und macht allerlei läppische Bemerkungen. Vom Major zur Rede gestellt, antwortet er mit sinnlosen Reden. Kurz, der Mann war vollständig betrunken, was er selbstverständlich nicht sein durfte. Er wurde vom Oberkriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung

und Widerfähigkeit zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine ganz kassierte Strafe!

Man denke dabei an das milde Urteil gegen Cräselwig. Ein noch schlimmerer Fall hat sich vor dem Breslauer Kriegsgericht jüngst abgespielt, der wahrscheinlich noch die höhere Instanz beschäftigen wird. Es handelt sich um einen Reiter aus der Schütztruppe, den Gefreiten August Kühnel in Reichenbach, der allerdings schon wegen Geistesabwahnung in Südwestafrika bestraft worden ist. Er hatte einen Streit mit einem seiner Unteroffiziere, den er vor die Brust und ins Gesicht schlug. Er war auch stinklos betrunken. Das Kriegsgericht hat ihn zu nicht weniger als 10 Jahren und einen Tag Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist geradezu fürchterlich, wenn man derartige Lese. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Mißhandlungen würden einen ganz anderen Charakter annehmen und jedenfalls viel seltener vorkommen, wenn dem Soldaten das Recht eingeräumt würde, wenn er ungerechtfertigterweise körperlich gemißhandelt wird, die Selbstverteidigung auszuüben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Wenn er das aber tut, wird er bei uns erst recht bestraft. Selbst in der französischen Fremdenlegion, wo die Zustände übrigens so traurig sind, daß wir unsere Landolente nur dringend warnen können, in sie einzutreten (Sehr richtig!), hat der mißhandelte Rekrut das Recht, eine Mißhandlung, wenn dieselbe in einem Schläge, in einem Tritte besteht, an dem Vorgesetzten sogleich mit gleicher Wut zurückzugeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wird den Rekruten schon in der ersten Instruktionssunde gesagt. Es ist merkwürdig, Gründe zur Erklärung habe ich nicht, daß namentlich in der sächsischen Armee die Zahl der Mißhandlungen unverhältnismäßig hoch ist. In dieser Armee sind im letzten Jahre auch zwei Offiziere wegen Mißhandlungen bestraft worden; der Major v. Reichwig vom Bezirkskommando Freiberg mit 65 Tagen Festung und der Hauptmann Franz Schulze vom Infanterie-Regiment Nr. 136 mit 31 Tagen Stubenarrest.

Ich möchte weiter die Aufmerksamkeit des Kriegsministers darauf lenken, daß in einer geräumten Reihe von Jahren die Zahl der Militärstrafen in erheblicher Abnahme begriffen ist. Ich trete mich wohl nicht, wenn ich annehme, daß die zunehmende Industrialisierung Deutschlands im wesentlichen dazu beiträgt, das Zusammenrücken großer Massen in die Städte und Industriebezirke bei ungenügenden Lebens-, Arbeits- und namentlich schlechten Wohnungsverhältnissen. Schon aus diesem Gesichtspunkte wäre es wünschenswert, wenn der Kriegsminister den Städten bei der Ausfüllung von Festungsterrain möglichst entgegenkäme, damit es diesen möglich ist, Luft und Licht zu bekommen und die neuen Stadtteile menschenwürdig zu bebauen. Unzweifelhaft verschlechtert sich in dem Maße, wie das Land entvölkert und die Städte und Industriebezirke überfüllt werden, der körperliche Zustand der Bevölkerung; damit vermindert sich die Zahl der militärtauglichen Leute. (Sehr richtig! rechts.) Ja, das geben wir unbedingt zu, ändern können Sie aber an dieser Entwicklung nichts, und wenn sie nichts daran ändern können, dann ist es um so notwendiger, daß Reichstag und Regierung energisch für eine

ausgedehnte Arbeitererziehungsgesetzgebung wirken (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), für eine Verkürzung der Arbeitszeit, für eine strenge Hebertwagung der Arbeitsräume, für bessere Wohnungsverhältnisse, kurz für alle Einrichtungen, die notwendig sind, um ein körperlich starkes Geschlecht heranzuziehen. Gerade in Rücksicht auf die Landesverteidigung hat der Kriegsminister in erster Linie ein Interesse daran, daß auf diesem Gebiete andere und bessere Zustände Platzgreifen.

Unser Antrag auf

Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere für 1908 hat die Zustimmung des Grafen Oriola und des Herrn Erzberger gefunden. Graf Oriola hat sich nur gewundert, daß wir gerade diesen Antrag gestellt haben. (Heiterkeit.) Nun, darin muß es sich schon finden. (Weiterkeit.) Jemand welche Hintergedanken haben wir bei dem Antrag nicht gehabt, der unseren Anträgen aus dem Jahre 1884 zugunsten der Reservisten und unserem Verhalten bei der Frage der Invalidenpensionen durchaus entspricht. Es ist durchaus kein perfider Antrag, um mit den Worten des Reichslanzlers zu reden, wir stellen ihn im wohlverstandenen Interesse derjenigen, die in die Armee eintreten müssen. Graf Oriola meinte, wir hätten es leicht, solche Anträge zu stellen, wir stimmten nachher gegen das ganze Budget. Gewiß, das bestreiten wir nicht. Man versucht ja bei jedem Gesetzentwurf ein Gesetz nach Möglichkeit zu verbessern, um es annehmbar zu machen. Selbige ist nicht, so stimmt man gegen das Gesetz, und so halten wir es beim Etat. Uebrigens haben ja auch die Nationalliberalen von 1882—86 dem Ministerium Bismarck das Budget verweigert. Wenn man uns sagt, wenn wir die Mehrheit hätten, käme kein Budget zustande, so erwidern wir, ja, wenn wir die Mehrheit hätten, würden wir das Budget nach unseren Anschauungen einrichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und für ein solches Budget würden wir selbstverständlich stimmen. Graf Oriola meinte, der Antrag sei nicht in unserem Garten gewachsen. Das ist ganz falsch. In einer der ersten Sitzungen meiner Fraktion ist der Antrag von mir gestellt und angenommen worden. Genau so sind wir ja auch vor 11—12 Jahren für das warme Abendbrot der Soldaten eingetreten. Das Los der Soldaten nach Möglichkeit zu verbessern, entspricht ganz unserem Standpunkte. Die ungenühere Mehrheit der Leute, auch der Unteroffiziere, sind Proletarier, die nichts übrig haben, und die mit den knappen Pfennigen, die ihnen der Staat jetzt zahlt, unmöglich ankommen können, zumal die Ansprüche an ihre Leistungsfähigkeit bedeutend gestiegen sind. Der gemeine Soldat ist bei seinen 22 Pf. täglichen Sold auf die Unterstützung seiner Eltern und Verwandten angewiesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Teil des Widerwillens, der unter den jüngeren Leuten herrscht, wenn sie in die Kaserne müssen, wird durch den Hinblick auf die elende Bezahlung verursacht. Eine Erhöhung der Löhne würden nicht nur die Soldaten, sondern auch zahlreiche Eltern mit lebhaftem Dank begrüßen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben einen bestimmten Satz, um den die Besoldung erhöht werden möchte, in unserem Antrage nicht genannt, aber um Pfennige darf es sich dabei nicht handeln. Das Minimum der Soldaterrhöhung für den gemeinen Mann sollte 10 Pf. täglich betragen, was im ganzen 18 1/2 Millionen Mark kosten würde. Der Sold der Unteroffiziere sollte um 8 Mark monatlich, also etwa 100 Mark jährlich erhöht werden. Das würde bei 84 000 Unteroffizieren rund 8 Millionen Mark machen. Die Uebernahme der Ausgaben für die notwendigen Anschaffungen beim Eintritt in die Armee auf das Reich — ich begreife übrigens gar nicht, wie man das Anschaffen von Puzzeug, das Einrüben der Namen in die Uniform usw. bis jetzt noch von den Soldaten bezahlen läßt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) — alles das mag dann noch insgesamt eine Million Mark ausmachen. In Summa gibt das 27 Millionen Mark, ohne Frage eine beträchtliche Mehrausgabe, aber eine absolut notwendige, so notwendig wie die Erhöhung der Zivilgehälter. Die 22 Pf. sind 1867 aus der preussischen Armee herübergenommen. Sie genügen bei den total veränderten Lebensverhältnissen nicht im entferntesten mehr. Wenn die verbündeten Regierungen und

direkte Reichsteuern zur Beschaffung der zur Besserstellung der Soldaten und Unteroffiziere notwendigen Mittel in Vorschlag bringen, sind wir gern bereit, zuzustimmen. In anderen Armeen ist die Verpflegung wie die Entlohnung eine bedeutend bessere. In der Schweiz erhält der Rekrut für die Ueberzeit pro Tag 40 Pf., der ausgebildete Soldat 64 Pf., der Unteroffizier 1 R. bis 1,80 R. nach unserem Gelde. Für seine Verpflegung hat der Schweizerische Soldat keinen Pfennig auszugeben. Die Verpflegung ist eine vorzügliche: morgens Milchsuppe oder Schokolade nach Wahl, mittags Suppe, Gemüse und Fleisch, abends eine nahrhafte Suppe. Die Tagesration beträgt 1 1/2 Pfund Brot und 1/2 Pfund Fleisch, wozu an Wandertagen noch eine Zugabe von Röhre und 1/2 Liter Wein tritt. (Ruf des Hrn. Grafen Oriola.)

Herr Graf Oriola, wenn Sie meine Angaben bezweifeln, so erlaubigen Sie sich doch an Ort und Stelle. — Zweifellos sind also die Schweizerischen Militärsoldaten besser gestellt als unsere Soldaten. Um so wünschenswerter ist es, daß der von uns gestellte Antrag auf Erhöhung der Löhne zur Annahme gelangt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu einem schon in der Budgetkommission erörterten Punkt: zu der leidigen

Saalhaftigkeit.

Verschiedene Militärverwaltungen — freilich nicht alle — leisten recht Bedeutendes auf diesem Gebiet. Daß auch Bayern und Württemberg ebenso vorgehen, habe ich noch nicht vernommen. (Ruf bei den Sozialdemokraten.) Also doch! Dann haben sie es von Preußen übernommen, denn von Preußen kommt alles Schlechte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Während der Wahllampagne hat der Reichslanzler gegenüber einem freisinnigen mündlich oder schriftlich das Saalabtreiben, gegen welche Partei es sich auch wenden möge, als eine ganz gebührende Maßregel bezeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen gar nicht, wie ich schon in der Budgetkommission ausgeführt habe, daß man den Soldaten erlauben soll, in den Restaurationen zu verkehren, in denen für gewöhnlich Arbeiter verkehren. Wir wissen, daß die Militärverwaltung aus Angst vor der Verführung der Soldaten mit Arbeitern diese Verlangen niemals erfüllen würde. Was wir verlangen, ist lediglich, daß man nicht die Saalinhaber boykottiert, die ihre Säle für Volls- und Wahlveranstaltungen hergeben. Die Versammlungsfreiheit wird zur Karce, wenn nicht die Saalfreiheit damit verbunden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was muß das beste Vereins- und Versammlungsrecht, wenn die Säle fehlen? Die Militärbehörden scheinen aber zu befürchten, daß in einem Saale, wo sozialdemokratische Volksversammlungen abgehalten werden, der sozialdemokratische Pöbel aus den Wänden, an den Wänden, wozumöglich in der Luft hängt und sich den Soldaten mittelst. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine solche ungeheure Kleinlichkeit und Gehässigkeit ist wahrhaftig einer hohen Staatsbehörde unwürdig. Man sollte sich schämen, mit solchen Maßnahmen gegen Sozialdemokraten vorzugehen. Wir Sozialdemokraten müssen doch auch Steuern zahlen und Soldaten werden — mit Recht; dann können wir aber auch verlangen, daß wir unsere politischen Rechte in derselben Weise betätigen dürfen wie andere politische Parteien. — Das Vorgehen der Militärbehörde wird bisweilen direkt zur Absurdität. Als ich 1903 in Worms, der Residenz des Herrn v. Seyl (Heiterkeit) eine Wahlversammlung abhielt, durften die Soldaten der dortigen Garnison von nachmittags 3 Uhr an nicht die Straße betreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Armee soll unpolitisch sein; hier aber sehen wir, wie die Militärbehörden

direkt politische Agitation

betreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das sahen wir auch wieder bei dem letzten Wahlkampfe. An diesem beteiligten sich in ganz hervorragender Weise auch die Militärvereine. Ihre Leiter gaben die bekannte Parole gegen Zentrum, Polen und Sozialdemokraten aus. Wie die Einmischung des Flottenvereins in die Wahlagitation zum Austritt einer erheblichen Anzahl Mitglieder und zum Protest des bayerischen Verbandes führte, so hat die Einmischung der Militärvereine in die Wahlagitation bei ihnen ganz ähnliche Folgen gezeitigt. Nach einem Bericht der „Germania“ aus Saarbrücken haben die dortigen Kriegervereine in der gehässigsten Weise gegen das Zentrum Partei ergriffen, obwohl viele Zentrumleute Mitglieder dieser Vereine sind. Das führte dazu, daß eine Anzahl Zentrumleute aus den Vereinen austraten, in denen sie in der Mehrheit waren, und daß die Vereine, in denen sie in der Mehrheit waren, gegen das ganze Verfahren protestierten. Das Bezirkskommando in St. Johann beantwortete die Beschwerden mit der Aufforderung, an 67 bisher noch keinem Kriegerverein angehörende Reserveoffiziere, sich schließend dem Kriegerverein als einer staatsverhaltenden Einrichtung anzuschließen. Gegen diese ungesetzliche politische Tätigkeit der Kriegervereine legen wir auf das entschiedenste Protest ein. Die Tausende von Staatsanwälten, höheren Beamten, Richtern usw. in den Kriegervereinen müßten es wissen, daß die Kriegervereine durch ihre politische Betätigung gegen das Gesetz verstoßen. Aber auch hier wieder das Wesen mit zweierlei Maß. Ein Reichstreuer kann das Gesetz verletzen, wie er will; gegen ihn wird nicht vorgegangen. (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Für Flotten- und Kriegervereine besteht das Gesetz nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn andere „nichtpolitische“ Vereine derart an der Wahlagitation teilgenommen hätten, so wäre sofort gegen sie auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes vorgegangen. Wir verlangen, daß mit diesem Ausnahmerecht gebrochen wird und das gleiche Recht für alle ohne Unterschied der Personen gilt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. v. Oldenburg (L.):

Wir bilden mit vollem Vertrauen auf das deutsche Offizierkorps, auf die deutsche Armee und auf die Verwaltung der Armee. (Wabro! rechts.) Was den 13. Hauptmann anlangt, so begrüßen wir es, daß der Herr Kriegsminister selbst Abstellung der Mißstände, die in dieser Beziehung bestehen, zugesagt hat. Wir hoffen, daß der Herr Kriegsminister fortfahren wird mit dem System der kleinen Garnisonen schon im Interesse der Beseitigung der Leuten auf dem Lande. (Wabro! rechts.) — Die Resolution Ablas lehnen wir ab. Wenn wir auch selbstverständlich die Soldatenmißhandlungen aufs schärfste verurteilen, so geht doch auch aus den Beispielen des Herrn Bebel hervor, daß wenigstens die wochenlangen systematischen Quälereien einzelner unglücklicher Soldaten aufgehört haben, und wir haben das Vertrauen zum Herrn Kriegsminister, daß er auch weiterhin gegen die Mißhandlungen mit großer Strenge vorgehen wird. — Was die Resolution der Sozialdemokraten anlangt auf Erhöhung der Besoldungen für Soldaten und Mannschaften, so werden wir dagegen stimmen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß sie lediglich agitatorische Zwecke verfolgt. Das geht auch aus dem bekannten Buche Ihres Parteigenossen Dr. Karl Liebknecht hervor. Im übrigen haben wir das Vertrauen zu dem Herrn Kriegsminister, daß er selbst mit Anträgen auf eine solche Erhöhung der Besoldungen kommen wird. — Wie es in der Schweiz und der schwedischen Armee zugeht, geht uns erstens nichts an und zweitens bräuchten diese Länder eigentlich überhaupt keine Armee, denn in einem Kriege mit einer europäischen Großmacht würden sie doch über den Haufen gerammt werden, und wenn sie noch so schön eingerichtete Armeen hätten. (Heiterkeit rechts.) — Herr Bebel hat wieder über den Paradebrauch abfällig geurteilt. Wenn er selbst gedient hätte und wenn ihm selbst ein gediegener langjähriger Schritt in den Leib gepunkt worden wäre (Große Heiterkeit rechts), so würde er mehr Wert auf den Paradebrauch legen. Ganz abgesehen von der Disziplin ist es auch notwendig, daß das deutsche Heer sich anständig präsentiert. Die Aushebungen sollen nicht sorgfältig genug vorgenommen werden. Ist denn noch niemand von Ihnen weisiger gewesen bei einem solchen Rantou? Dann sagen Ihnen was an Ihrer Bildung! (Große Heiterkeit.) Wenn Sie sagen, daß die Sozialdemokraten der intelligenteste Teil der Armee ist, so ist Gott sei Dank die Sozialdemokratie in das Offizierkorps noch nicht eingedrungen und außerdem habe ich die Ueberzeugung, daß die ganze Sozialdemokratie eine Spekulation auf die Dummheit der Massen ist. (Heiterkeit rechts.) Mit den Vorkostenmaßnahmen des Herrn Kriegsministers sind wir vollkommen einverstanden. — Die deutsche Armee und Marine sind für uns das erste Vorkostenmaßnahme. Wir wünschen, daß der Herr Kriegsminister als Vertreter Deutschlands zur Friedenskonferenz nach dem Haag geschickt werde und würden ihn darum bitten, folgende Zahlen zu verlesen. Deutschland verwendet für Armee und Marine auf den Kopf der Bevölkerung 13,40 M., Frankreich 23,21 M. und England 30,68 M. (Hört! hört! rechts.) Mögen die anderen Mächte erst mal auf den Stand Deutschlands zurückgehen, dann werden wir weiter mit uns reden lassen. (Wabro! rechts.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Freiherr v. Salza berichtet, daß in Sachsen die meisten Militärmißhandlungen vorkommen.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Namens der freisinnigen Partei erkläre ich, daß unser Standpunkt zu den Militärfragen genau derselbe ist wie bisher: die Interessen der Nation stellen wir über die der Partei und werden jede Forderung genau prüfen. Allerdings ist uns das Urteil von Sachverständigen wertvoller als das des Herrn Bebel. Bezüglich der alten Liebe des Herrn Bebel zur Schweizer Miliz bemerke ich, daß dort die Sozialdemokraten von dieser Miliz als von einer kapitalistischen Soldatentruppe sprechen.

Der Aggregiertenfonds ist eine budgetäre Ineffektivität; nachdem aber die Sanierung für 1909 in Aussicht gestellt ist, werden wir die Forderung nicht ablehnen.

Dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Besoldung und Uebernahme der Ausrüstungsgegenstände stimmen wir zu, ebenso dem Zentrumsantrag auf postfreie Sendungen seitens der Soldaten in die Heimat, und dem Antrage des Herrn v. Liebermann bezüglich der Jahrsätze.

Bezüglich der Saalabtreibungen hat Herr Bebel vollkommen recht; mit solchen Maßnahmen schadet man der Sozialdemokratie nicht, sondern agitiert für sie.

Ich wende mich nun zu unserem Antrag gegen die Verwahrung der Offiziere. Es handelt sich darum, gegen dieses Eingekerkert energisch vorzugehen. Die Militärverwaltung muß alles tun, um dem Schuldenmachen entgegenzutreten. Ich wende mich zu dem ersten Absatz unseres Antrages, der die Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen fordert. Herr Oldenburg hat sich theoretisch auch gegen die Soldatenmißhandlungen ausgesprochen, um so bebauerlicher ist es, daß die Konventionen gegen unsere Resolution stimmen wollen. Ich bedaure auch das von Herrn Oldenburg leichtsinig gebrauchte Wort: „Moiestien lassen sich nicht vermeiden“. Der Erlaß des Kriegsministers über die Einstellung von geistig minderwertigen in die Armee ist zu begrüßen, aber das ist bei weitem nicht genügend. Bei einem Pionier wurde beschlagnahmt als andauernder Ungehorsam bestraft, und zwar mit der Begründung, daß die Ansicht des Kompanieführers maßgebend sei. (Hört! hört! links.) Bei einem in Darmstadt zur Bestrafung gekommenen Felle (Jahrelang fortgesetzter Mißhandlungen muß man vor allem fragen, wie solche Fälle jahrelang den Vorgesetzten entgehen können. (Sehr richtig! links.) — Auch die Dummheit des Gerichtsverfahrens ist vielen Offizieren noch ein Greuel; mit einer gewissen Massnade (Heiterkeit) wird vielfach zu verhindern gesucht, daß die Presse überhaupt erfährt, wann eine Verhandlung stattfindet. Das ist unwürdig der Offiziere und der Presse. (Sehr richtig! links.) Zum Schluß noch eine Beschwerde und einen Wunsch. Bei den Kontrollversammlungen wird zu viel Politik getrieben; in Dresden ist ein Mann zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt worden, weil er am Abend der Kontrollversammlung eine Gewerkschaftsversammlung besuchte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch Schaffung solcher Märtyrer agitiert man für die Sozialdemokratie. Der tollste Fall, der mir vorgekommen ist, ist der des Rechtsanwalts Schmidt in Magdeburg. Der Mann hatte am Tage der Kontrollversammlung Schmuppen und mußte niesen; dafür erhielt er 24 Stunden Mittelarrest. Weil er sich darüber schriftlich beschwerte, erhielt er 48 Stunden Mittelarrest; dabei war dem Manne, der nie Soldat gewesen, auf den Kontrollversammlungen nie gesagt, daß eine Beschwerde nur mündlich, nicht schriftlich vorgebracht werden dürfe. Weiter erhielt er zehn Tage Gefängnis wegen angeblicher Mätungserklärung in seiner schriftlichen Beschwerde. Die Offiziere müssen Rücksicht und Achtung für den bürgerlichen Beruf der Männer haben, die sich zu Kontrollversammlungen einfinden. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Auf den guten Geist in der Armee kommt es vor allem an; er wird gefördert durch Gerechtigkeit. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Hg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bg.) spricht sich gegen das Institut der Einjährig-Freiwilligen aus. Dem Antrage der Sozialdemokraten werde er zustimmen, doch sollten die Sozialdemokraten auch die Konsequenz ziehen und den Gesamtetat nicht ablehnen. Redner begründet dann die von ihm beantragte Resolution, um die Jahrsätze in der Armee zu fördern. Man ist bestrebt, Deutschland zu isolieren; wir betrauen aber auf Gott und unsere gute Armee. Sie mögen kommen. (Wabro! rechts.)

Kriegsminister v. Ginen:

Bezüglich der Mißhandlungen sind Sie wohl alle, auch Herr Bebel, überzeugt, daß ich sie für einen Krebsknoten der Armee halte, und alle höheren Stellen in der Armee haben dieselbe Meinung. Sie hat auch Früchte getragen. Die Zahl der Verurteilungen wegen Mißhandlung Unteroffiziere ist von 508 im Jahre 1904 auf 808 im Jahre 1906 heruntergegangen, die Zahl der Mißhandlungen von 1673 auf 780. Diese Zahlen reden eine deutliche und für uns angenehme Sprache. — Ueber die Urteile der Kriegsgerichte kann ich Herrn Müller-Meinungen nur sagen, daß uns manches Urteil gewiß nicht gefällt, aber das kommt auch bei den Zivilgerichten vor. (Ruf rechts.) Der Sozialdemokrat Dr. Liebknecht freilich schreibt: „Uns bietet die Form der disziplinarer Gewalttäuschung gerade wegen der im System begründeten Notwendigkeit ein ausgezeichnetes Mittel, den Militarismus grundsätzlich und höchst erfolgreich zu bekämpfen (Hört! hört! rechts), immer breitere Massen gegen ihn aufzutragen und das Klassenbewußtsein in solche Kreise hineinzutragen, die uns sonst schwer zu erreichen sind.“ Wenn das richtig ist, müßte man annehmen, daß die Herren ihre Klagen nur vorbringen, um Agitation zu treiben. (Ruf des Hrn. Bebel.) Wenn es Ihnen mit der Beseitigung der Mißstände ernst ist, so bekämpfen Sie solche Väter. (Hg. Bebel: Das habe ich auf dem Parteitage getan.) Den von Herrn Müller-Meinungen vorgebrachten Fall stellen meine Akten etwas anders dar. Sicher ist jedenfalls, daß der Herr sich bei der Kontrollversammlung nicht so betragen hat, wie man es von ihm erwarten muß. Bei uns weiß jeder, mag er gedient haben oder nicht, daß, wenn einmal silbergegründet kommandiert ist, kein Mensch ein Glied rührt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn jeder, der an seinem Körper ein unangenehmes Gefühl verspürt, sich krabbeln konnte (Schallende Heiterkeit), dann gäbe es überhaupt kein Stillschanden mehr. Herr Müller-Meinungen hat dann eine für den Offiziersstand sehr peinliche Sache berührt; er hat erwähnt, daß eine große Organisation von Ungehorsam über ganz Deutschland verbreitet ist, welche nach den jungen Offizieren ihre Arme ausstreckt. Gegen diese Organisation vorzugehen, ist sehr schwer. Warnungen erreichen zuweilen das Gegenteil, was sie sollen. Allerdings muß ich zugeben, daß die jungen Offiziere manchmal mit einem grenzenlosen Selbstsinn und einer unglaublichen Raubität diesen Leuten im Gern geben. Wir haben Fälle gehabt, — ich will sie nicht erzählen, sie sind zu dumm. (Große Heiterkeit.)

Weiter führte Herr Bebel an unter Berufung auf Zahlen in der Presse, daß die Zahl der Diensttauglichen seit einigen Jahren dauernd gefallen sei. Hierbei sind die Zahlen derjenigen Tauglichen außer Betracht gelassen, die abgezählt waren und deshalb der Ersatzreserve und der Marineersatzreserve überwiesen wurden. Berücksichtigt man diese, so ergibt sich, daß die Prozentzahl der Tauglichen gestiegen ist. Weiter hat Herr Bebel über die Einstellung der geistig minderwertigen eine Anfrage an mich gerichtet. Herr Müller-Meinungen hat auf eine Verfrage des Kriegsministeriums hierüber hingewiesen. Auch wir sind der Meinung, daß das noch nicht genug ist; es werden aber auch die Eingestellten von Anfang an stärker als früher in ärztliche Behandlung genommen und untersucht. Herr Bebel wünschte ferner eine Verkürzung der Dienstzeit. Ein höherer Schweizerischer Offizier sagte zu mir in einem Gespräche, daß die Tendenz zur Verkürzung der Dienstzeit sich durchsetzen werde, und daß sie möglich sei, weil überall die Notwendigkeit eines starken Heeres sich zeige und deshalb jeder, der in das Heer eintritt, auch untermehr überzeugt sei, daß er sich der Disziplin unterwerfen müsse. Sie aber (zu den Sozialdemokraten) leugnen die Notwendigkeit des Heeres. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Reil!) Dann müssen

Sie doch nicht immer schreiben: Der Zukunftsstaat ist der Friedensstaat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie leugnen also die Notwendigkeit des Heeres und machen es den Eingezogenen schwer, sich willig der Disziplin zu fügen. Sie wollen ihnen die Dienstzeit vereiteln. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ausdrücklich beschlossen, bei den Eingezogenen Abscheu vor dem Dienst zu erwecken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist nicht richtig.) Es steht schwarz auf weiß in diesem Buch, Herr Bebel sagte ja auch: der Antrag auf höhere Röhnung sei gestellt, um in dem Maße das widerwärtige Gefühl vor dem Eintritt in die Kaserne etwas zu mäßigen. (Abg. Bebel: Ich habe etwas ganz anderes gesagt.) Mir ist es angenehm, wenn Sie meinen, daß der Soldat nicht mit Widerwillen Soldat werden soll. Er braucht den besten Willen von der Welt. Gute Behandlung hat er bei uns. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Von allen seinen Vorgefekten erfährt er Sorge, jeder, der gebietet hat, muß das ehlich anerkennen. In unserer Armee herrscht eine Sorge für das leibliche Wohl der Soldaten, die unübertroffen dasteht. (Sehr richtig!) recht, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie nicht wollen, daß der Soldat mit Widerwillen in die Kaserne geht, so sagen Sie ihm nicht, du bist dort ein Sklave, sondern du gehst in die Kaserne, um deine höchste Pflicht zu erfüllen, dein Vaterland zu verteidigen. (Rebhastler Weisfall recht, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Liebert (Rp.) bringt eine Reihe von Wünschen der Militärämter vor. — Bei den Verhöfen einzelner Offiziere darf man nicht gleich verallgemeinern, insbesondere sind die Klagen über Verschwendung in Offizierskreisen und der Vorwurf Erbsüßigkeit, die bayerischen Offiziere seien besser als die preussischen, unberechtigt. Meine Freunde werden für die Erhöhung der Bezüge der Unteroffiziere stimmen, dagegen müssen wir die Erhöhung des Mannschaftselbes ablehnen, solange nicht die erforderlichen Mittel zur Deckung vorhanden sind. Da die Sozialdemokraten niemals etwas für die nationale Macht bewilligt haben, halten wir den Antrag Albrecht lediglich für einen Agitationsantrag.

Bayerischer Generalmajor Weisfahl: Nach meiner Uebersetzung hat Abg. Erzberger nicht einen Gegensatz zwischen preussischen und bayerischen Offizieren konstatiert wollen, darum hatte ich auch keinen Anlaß, gegen eine solche Ansicht zu protestieren. Abg. Windewald (Anti.): Daß wir unsere Armeen auf der Höhe halten müssen, ist besonders jetzt wichtig, wo Freund Eubard herumreißt, um Freundschaften zu erneuern. (Abg. Ledebour (Soz.): Das liegt in der Familie.)

Kriegsminister v. Einem: Die Wünsche nach Schaffung kleiner Garnisonen sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. (Dravol recht.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Bebel (Soz.): Der Herr Kriegsminister hat vorhin Bezug genommen auf die Notize, die uns veranlaßten, die Militärministerialhandlungen hier zur Sprache zu bringen. Ich halte diese Notize bereits in meinen Ausführungen betont und erkläre jetzt noch ausdrücklich, daß für uns das, was dritte Personen außerhalb des Hauses in bezug hierauf gesagt haben oder noch sagen werden, in keiner Weise maßgebend sein kann. (Rebhastler Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.
(Sitzung vom 24. April.)

Am den Postetat für das Plenum verhandlungsfähig zu machen, wird vor der Weiterberatung des Kolonialetat's eine große Anzahl Petitionen zum Postetat behandelt. Postunterbeamte, insbesondere Postillons, bitten um Heraushebung ihrer Tagelöhner von 1,50 und 2,50 Mark auf 2 und 3 Mark. Referent beantragt Uebersetzung als Material, aber Singer beantragt Uebersetzung zur Veranschaulichung und behält sich vor, die Petition im Plenum zu behandeln. Schließlich wird der Antrag Singer angenommen. Eine Petition um außerordentliche Beihilfen (Teuerungszulagen) liegt vor, der 33 Bogen Unterschriften (Teuerungszulagen) liegt vor, die die Teuerungszulagenfrage in einem Nachtragsetat geregelt werden soll, für erledigt erklärt. Singer macht aber den jedenfalls sehr berechtigten Vorschlag, Sorge zu treffen, daß die Unterschriften nicht zur Kenntnis der Regierung kommen. — Die Beratung des Kolonialetat's wird fortgesetzt mit dem

Etat für Ostafrika.

Die Zivilverwaltung erfordert rund 5 Millionen, die Militärverwaltung 3 083 000 M., sonstige fortdauernde Ausgaben ziele 2 Millionen. Hierzu einmalige Ausgaben und Reservefonds 1 410 000 M., so daß die gesamten Ausgaben für Ostafrika 11 819 774 M. betragen — gegen das Vorjahr mehr 603 800 M. Da die eigenen Einnahmen 5 458 980 M. betragen, ist ein Reichszuschuß von 5 860 644 M. erforderlich.

Bei den Ausgaben für die Schule in Dar-es-Salam entspinnt sich eine Debatte über die Frage: simultane Regierungsschule oder Konfessionsschule? Es scheint, daß die Schule der katholischen Mission die Kinder aus der Regierungsschule herauszieht. Die Mehrheit der Kommission will, daß die Regierungsschule unter allen Umständen erhalten wird.

Die angeforderten 308 000 M. Münzprägungskosten geben Arendt Veranlassung, die Währungsfrage anzuschneiden. Er verlangt Ausprägung größerer Summen kleinerer Münzen. Außerdem spielt die Frage der Kolonialwährung selbst eine Rolle. Es ist dort minderwertiges Geld im Umlauf; deswegen ist eine sogenannte Goldreserve hinterlegt. Wegen dieser Einrichtung wendet sich Arendt: sie sei das Kräftigste, was ihm je vorgekommen. Unterstaatssekretär Zelle antwortet sehr scharf und verweist auf Indien, das auch solche Goldreserve habe. Im allgemeinen spricht man sich dafür aus, daß die deutsche Währungsform in den Kolonien zur Einführung kommt.

Die Beratung der Ausgaben für die Militärverwaltung wird von Oberstleutnant Quade eingeleitet mit einer umfangreichen Darstellung der militärischen Besetzung von Ostafrika. Er erklärt es für absolut notwendig, 15 farbige Kompagnien a 150 Mann dauernd dort zu halten. Arendt will eventuell noch mehr bewilligen, er verlangt, daß die Zahl der Weissen in den farbigen Kompagnien vermehrt werde, vor allen Dingen dürfe das Maschinengewehr nicht in die Hände der Schwarzen kommen; mit dem Maschinengewehr müsse man den Schwarzen imponieren. Um „moralischen“ Eindruck zu machen, empfiehlt Arendt, die Kanonen aus Deutschland in die Kolonien zu schaffen und dort aufzustellen. Quade ist damit einverstanden, aber man müsse sich hüten, daß nicht einmal eine alte Kanone in die Hände der Schwarzen fällt, sonst schlägt die Wirkung in ihr Gegenteil um! Dr. Arning spricht für Vermehrung der Soldaten, um jedem Aufstand gewachsen zu sein. Erzberger verlangt, daß man die Verwaltung nicht über Weirte ausdehnt, die man nicht zu halten imstande ist, und spricht gegen den zu spitzigen Ausbau der Verwaltung. Von Regierungsfseite wird die Erweiterung der Verwaltung mit der Entwicklung der Kolonien begründet.

Beide Redenten haben Bedenken gegen die Entwicklung, deren Anfänge hier zeigen. Und, wie es scheint, wird nicht mit Unrecht. Wenn nämlich bei der Neuorganisation der hiesigen Kolonialverwaltung entschieden abgelehnt wurde, daß eine Kolonialarmee kommen soll, so deutet die Verschärfung des Spezialetat's der Kolonien doch auch darauf hin, daß ganz stillschweigend die Grundlagen für diese Armee geschaffen werden sollen. Und wenn es nur eine selbständige Intendantur mit einem leitenden Beamten und zwei Sekretären ist — es ist doch ein kleiner Schritt jenem abgelehnten Ziele entgegen.

Die Ausgabenpetitionen wurden alle unverändert genehmigt.

Ist der Streik eine öffentliche Angelegenheit?

Beim Wirt Wüstenhof in Annen fand im vorigen Jahre eine von 29 Personen besuchte Versammlung der Arbeiter der Rottschmiedfabrik statt, um die Mißstände in dieser Fabrik zu besprechen. Eingeladen waren auch die örtlichen Vorstehenden des Fabrikarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes, um von einem aussichtslosen Streik abzuraten. Es wurde im Anschluß an die Besprechung der Mißstände in der genannten Fabrik der Anschlag an eine Organisation empfohlen, damit man eine Stärkung erlange. Die Versammlung war nicht bei der Polizei angemeldet worden. Ihr Leiter, Genosse Kadou, sollte das auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes mit einer Geldstrafe büßen. Die Anklage sah die Versammlung als eine solche zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten an, die nach § 1 angemeldet werden müsse. Das Landgericht Bochum als Berufungsinstanz nahm jedoch an, daß es sich hier nur um eine Besprechung der Privatangelegenheiten der Arbeiter jener einzelnen Fabrik handele und sprach den Angeklagten frei.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. In Gegenwart des als Zuhörer anwesenden General-Staatsanwalts Dr. Wächler begründete der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft die Revision namentlich damit, daß eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten schon deshalb anzunehmen sei, weil ein Streik in Frage gestanden habe. Ein Streik, auch der in einer einzelnen Fabrik, sei bei den heutigen Verhältnissen immer eine öffentliche Angelegenheit. Heutzutage dehne er sich leicht aus auf andere Fabriken, ja auf andere Branchen und Berufe. Sei es infolge des außerordentlich entwickelten solidarischen Zusammenstehens der Arbeiter, sei es, weil sich die Unternehmer ihrer Haut wehrten. Auch in dem Rat, sich einer Organisation anzuschließen, liege ein öffentliches Interesse.

Das Kammergericht verwarf jedoch die staatsanwaltschaftliche Revision mit folgender Begründung: Hier handele es sich um eine Versammlung der Arbeiter einer bestimmten Fabrik, wo deren Mißstände besprochen werden sollten und besprochen wurden. Dabei sei auch von der Möglichkeit des Eintritts in eine Organisation gesprochen worden. Die Empfehlung an bestimmte Personen, einer Organisation beizutreten, sei nun zweifellos keine öffentliche Angelegenheit. Ein einziger Punkt sei in der Vorentscheidung, der zu Zweifeln Anlaß geben könnte. Es sei nämlich gesagt, daß den Versammelten der Rat gegeben sei, einer Organisation beizutreten, um dadurch „dem Unternehmer gegenüber“ im wirtschaftlichen Kampfe eine gefestigtere Stellung zu erhalten. Wenn mit „dem Unternehmer gegenüber“ nicht gemeint wäre der einzelne bestimmte Unternehmer, sondern der abstrakte Unternehmer (alle Unternehmer), d. h. wenn die allgemeine politische Frage aufgeworfen worden wäre, wie man den Unternehmern überhaupt entgegenzutreten könne, dann wäre allerdings eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten erfolgt. Das sei aber hier nicht gemeint worden, sondern nur der eine Unternehmer. Das sei nicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Nun die Frage des Streiks! Zweifellos könne ein Streik weiter wirken. Indessen der einzelne Streik sei niemals eine öffentliche Angelegenheit, sondern eine private Angelegenheit der betreffenden Arbeiter, die ihre Arbeitsbedingungen verbessern wollten. Nach alledem sei die Freisprechung gerechtfertigt.

Ist „Hurra“-Rufen grober Unfug?

Am Dienstag verhandelte das Schöffengericht in Lübeck gegen zwei streikende Holzarbeiter und zwei andere Arbeiter wegen groben Unfugs. Es sollte dieses Verbrechen darin liegen, daß die vier Hebestäter Hurra gerufen haben. Die Sache lag so: Am 22. Februar kamen auf dem Lübecker Bahnhofe eine Anzahl arbeitswilliger Holzarbeiter an, die sogleich durch eine Anzahl Meister und Schulleute in mehreren bereitstehenden Droschken weiter befördert werden sollten. Als die Droschken abfuhr, schwenkten die auf dem Hof stehenden Meister die Hüte und riefen „Hurra!“ Die Folge war, daß auch das anwesende Publikum, unter dem sich Meister und streikende Holzarbeiter befanden, „Hurra“ rief. Das paßte jedoch der heiligen Germandad nicht, und so wurden vier der Hurrarufer — Arbeitgeber hatte man natürlich nicht gefaßt — mit einem Strafmandat, lautend auf drei Tage Haft, bedacht, und zwar wegen groben Unfugs. Hiergegen legten die Betroffenen selbstverständlich Berufung ein. Am Dienstag hatte sich nunmehr das Schöffengericht mit der Sache zu beschäftigen, und alle vier Hebestäter wurden wegen groben Unfugs zu acht Tagen Haft verurteilt. In der Begründung des Urteils heißt es: „Das Polizeiamt habe das richtige Strafmaß (drei Tage Haft) angewandt. Weil aber die Angeklagten Berufung eingelegt hätten, sei auf eine Woche Haft zu erkennen.“

So von „Recht“ wegen.“

Schreien Reitervereiner, Ballonmühendormarschierer bei Fahnenabholungen, dunkle Ergüssen „Hurra“ — dann ist es eine läbliche, patriotische Tat. Rufen Arbeiter „Hurra“ — dann ist's in Lübeck grober Unfug, und erwarren Arbeiter gar Gerechtigkeit von einem bürgerlichen Gericht, so ist's noch größerer Unfug, der mit 5 Tagen Zuhufe zu bestrafen ist. Eine solche Rechtsprechung kritisiert sich scharf, als die kräftigste Darlegung des Waltens einer Klassenjustiz sie kritisieren könnte. Denn sie stellt unbewußt als Rechtsgrundfaß auf:

Arbeiter, die einen Rest von Vertrauen zu gerechter Rechtsprechung haben, werden mit 5 Tagen Haft extra bestraft.

Aus der Partei.

Zum Rastfeler-Aufruf des Parteivorstandes äußerten sich die „Rühener Post“ und das „Dissenbacher Abendblatt“ in zustimmender Weise, das letztere speziell in Zurückweisung der pessimistischen Auffassung des Darburger „Volksblattes“.

Die „Rheinische Zeitung“ erklärt, mit dem Urteil über den Aufruf des Parteivorstandes bis nach der Rastfeler zurückhalten zu wollen. — Mit den Ausführungen der „Frankfurter Tagespost“ erklärt sich die „R. Ztg.“ insofern einverstanden, als die Partei bei der Rastfeler, deren Aufhebung sie unter keinen Umständen wünsche, wieder zu festen Regeln kommen müsse.

Die Frankfurter „Volksstimme“ erklärt, einem großen Teil des in der „Frankf. Tagespost“ Gesagten zustimmen zu müssen:

Die hier niedergelegten Bedenken entsprechen, wie wir für unseren Teil hinzufügen möchten, zahlreichem Aeußerungen in den Kreisen der Genossen, die seit gestern den Aufruf mit Kopfschütteln gelesen haben. Weil wir eine weitere Störung unserer einzigen großen proletarischen Rundgebung im Jahre vermeiden wollten, verzichteten wir bisher darauf, diesem Kopfschütteln Ausdruck zu geben. Nachdem jedoch die Diskussion eröffnet ist, stimmen wir einem großen Teile des von der „Frankfurter Tagespost“ Gesagten zu. Nur handelt es sich vielleicht in der Tat mehr um die ungeschickte Form, als um Differenzen in der Sache. Auch wir freuen uns, wenn sich Partei und Gewerkschaften verständigen, und haben diese Verständigung als dauernde Einrichtung oft genug gewünscht. Dennoch darf diese Verständigung nicht dazu führen, daß der auch von den Gewerkschaften anerkannte und in der Internationalität unserer Bewegung begründete Kern der

Rastfeler durch eine unkluge Flammfächerlei beinahe tödlich getroffen wird.“

Auch wir werden erst nach der Rastfeler auf diesen Reinigungs-austausch zurückkommen.

Dem Zentralwahlverein Westprignitz liegt der Jahresbericht vor. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 31. März 1907. Zu Beginn des Jahres 1906 waren, außer in Wittenberge, Organisationen nicht anzutreffen. Die Zahl der in Wittenberge organisierten Genossen betrug etwa 120.

Wie in anderen Kreisen, so wirkte auch hier der Lokalmangel ungemein hemmend. In Städten wie Perleberg, Havelberg, Wilsnack, Lenzen war es unmöglich, einen Wirt zur Herberge seines Lokals zu bewegen. In Perleberg ging die Herberge sogar so weit, die Erteilung der Konzession an die Wirte davon abhängig zu machen, daß sie das bändige Verprechen gaben, ihre Lokalitäten den Arbeitern zu Versammlungen nicht zu überlassen. Eine Versammlung, welche am 18. März 1906 unter freiem Himmel stattfinden sollte, fand nicht die Genehmigung der Polizei. Die eingelagerte Beschwerte wurde von allen Instanzen zurückgewiesen. Trotzdem gelang es, die dortigen Genossen zur Gründung eines Wahlvereins zu bewegen, dessen Mitgliederzahl augenblicklich über 20 betrug.

Am 20. Mai wurde der Zentralwahlverein für den Wahlkreis gegründet. In Havelberg wurden die Veruche zur Gründung eines Vereins dadurch vereitelt, daß der Vertrauensmann gemahrgelagt wurde und den Ort verlassen mußte. Erst im Oktober gelang es durch eifrige Agitation, mehrere Genossen zu gewinnen, die zur Gründung eines Wahlvereins die Hand boten. Es fiel den Genossen ein Geheimvertrag der Havelberger Gastwirte in die Hände, worin dieselben unter Androhung einer Strafe von 300 M. verpflichtet worden, ihre Räume den Arbeitern zu Versammlungen nicht herzugeben.

Infolge der Veröffentlichung und scharfen Kritik dieser rigorosen Abmachung gab einer der Wirte sein Lokal frei, und die Genossen konnten am 2. Januar 1907 einen Wahlverein mit 60 Mitgliedern anmelden, deren Zahl während der Wahlbewegung auf über 100 stieg. Auch in Wilsnack konnte, nachdem ein Lokal erlangt war, ein Wahlverein mit etwa 20 Mitgliedern gebildet werden.

Es existieren also nunmehr in vier Orten Wahlvereine mit etwa 350 Mitgliedern.

Neben mehreren Exemplaren des „Vorwärts“ und des „Damenburger Echo“ wird die „Brandenburger Zeitung“ in etwa 200 Exemplaren bezogen, die „Gleichheit“ sowie der „Wahre Jacob“ werden von je 100 Genossen und Genossinnen gelesen.

An gerichtlichen Verfolgungen fehlte es nicht. Es wurden nach dem 14. Januar die Wahlflugblätter in mehreren Orten beschlagnahmt und 21 Strafmandate gegen die Verteiler verfügt. Einige dieser Verfügungen wurden auf Einspruch zurückgenommen, bei einigen endete das Verfahren mit Freispruch, bei anderen mit Verurteilungen bis zur Höhe von 30 M. Sogar während der letzten Reichstagswahl wurden in Rütlich Flugblätter beschlagnahmt und die Verteiler angeklagt, aber freigesprochen. Schikanierung der Wahlkontrollen, von denen einige sogar Prügel bekamen, waren nebenbei auf der Tagesordnung.

Wenn auch die letzte Wahl namentlich in den Dörfern einen Stimmenverlust gebracht hat, so sind die Erfolge der im letzten Jahre geleisteten Agitation doch zufriedenstellend.

Der Kassenbestand weist inklusive der Kosten für die Reichstagswahl eine Einnahme von 2529,90 M. auf, der eine Ausgabe von 2180,87 M. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand von 349,03 M. verbleibt.

Von der Gesamtsumme haben die Genossen des Kreises 820,90 M. selbst aufgebracht.

Die „Radel“ wird in etwa 1000 Exemplaren nach circa 80 Orten des Kreises gesandt. Neben den diversen Flugblättern wurde der „Rätkische Landbote“ in 15 000 Exemplaren im Kreise verbreitet.

Das rote Zürich.

Auf den Sieg der sozialdemokratischen Partei vom vorigen Sonntag in Winterthur folgte am diesem Sonntag ein noch glänzender Sieg unserer Genossen in Zürich, indem ihre vier Kandidaten, Vogelzanger mit 20 679, Wyß (die beide auf der Listen aller drei Parteien standen) mit 18 547, der von den Liberalen und den Bürgerverbändlern bekämpfte Dr. Erismann (der auch auf der demokratischen Liste stand) mit 12 357 und Klöti, der allein auf der sozialdemokratischen Liste war, mit 12 827 Stimmen in den Stadtrat gewählt wurden. Die bürgerlichen Kandidaten erlitten 18 220 bis herunter zu 10 085 Stimmen; 5 derselben standen auch auf der sozialdemokratischen Liste. Vortrefflich gehalten hat sich das Arbeiterquartier Lühersühl, wo 7634 bis 8002 sozialdemokratische und nur 2090 bis 2096 bürgerliche Stimmen abgegeben wurden. Der Sieg ist ein schöner, selbstherrschender und voraussetzungslos auch dauernder; über ihn darf sich die gesamte Sozialdemokratie herzlich freuen. Nun ist auch bis zum sozialdemokratischen Stadtpresidenten für das rote Zürich nicht mehr weit. Die „R. Zürcher Ztg.“ klagt über die Niederlage ihres Polizeidirektors Welti und nennt das Wahlergebnis „betäubend“.

Ein italienisches Tagesblatt.

Nun haben auch die italienischen Genossen in Triest ein Tagesblatt. Der „Laboratore“, der bisher dreimal wöchentlich herausgegeben wurde, erscheint seit Donnerstag täglich. Das Format des Blattes ist das große Format der meisten italienischen Blätter. Wir beglückwünschen den neuen Kämpfer, der wohl jetzt bei den Wahlen wie auch späterhin seine Pflicht im Dienste der Partei tun wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Genosse Emil Meier von der Mannheimer „Volksstimme“ wurde gestern wegen Verleumdung des Kriegsgerichts von Mannheim vom Schwurgericht zu Mannheim zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verleumdung wurde in einer Kritik des Kriegsgerichtsbeschlusses erblickt, der den Hauptmann v. Ruchowitz außer Verfolgung setzte, weil es annehmbar, der Hauptmann sei schon bei der Anpöbelung des Genossen Dr. Franz auf einer Kontrollversammlung verrückt gewesen.

In Staatspension nach Hoheneck hat sich gestern (Mittwoch) Genosse Seger von der „Leipziger Volkszeitung“ begeben, um vorläufig vier Monate Freiheit der sächsischen Gerichtsbarkeit zu opfern. Ueber weitere 25 Tage Gefängnis hat noch die Berufungsinstanz zu befinden, und außerdem steht ihm noch ein Prozeß bevor.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher-Gewässen, Berl. Zeit. Donnerstag, den 25. April, abends 10 Uhr, Versammlung im Lokale Dierckstr. 48.

Verband der Freireuergewässen Deutschlands (Zweigverein Berlin und Borussia). Außerordentliche Generalsammlung heute Donnerstag, den 25. April, abends 9 1/2 Uhr, Sophienstr. 18. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Eingegangene Druckchriften.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Neueste Fassung. Preis 0,50 M. — Neue vollständige Gewerbeordnung für das Deutsche Reich einschließlich des Innungs- und Handwerksgesetzes nebst Reichs-Richtbefehlsbuch. Preis 1 M. Verlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 80.

Der Aufrufkampf der Kirche, von Paulus Sauter. Verlag von Rudolf Krentz, Dresden 1907. 0,75 M.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Boch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen wegen der Ueberfüllung von Briefemplacaten sofort ihre Adresse ändern, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Achtung! Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeninhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

Bohne, Landsbergerstr. 79.
Lucian, Landsbergerstr. 56.

Süden:

Kommandithaus Schendel, Drantienstr. 38.
Edders u. Dyckhoff, Drantienstr. 48.
Karl Stier, Drantienstr. 166.
Konfektionshaus Böhm, Stallherstr. 39.
Schulmeister, Dresdenstr. 4.

Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan Edders, Kaiser Wilhelmstr. 41.

Die Firma **Leineweber**, Köllnischer Fischmarkt und Drantienstraße, lehnt es ab, die von ihr ausgesperrten Kollegen wieder einzustellen. Die Werkstätte ist mit Streifbrechern besetzt. Die Firma **Peel u. Cloppenburg** lehnt die Entlassung der Streifbrecher ab. Wir bitten dies in gebührender Weise zur Kenntnis zu nehmen.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Unsere Forderungen anerkannt bezw. Verträge mit uns abgeschlossen haben folgende Firmen:

„Goffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.
Baer Sohn, Chausseestr. 24, Brückenstr. 12 und Große Frankfurterstraße.
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141 und Franzosistr. 15.
Gaake, Landsbergerstr. 91.
Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.
„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137, Chausseestr. 80, Rosenthalerstr. 9 und Kommandantenstr. 43.
Max Mannheim, Frankfurter Allee 112.
Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.
Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.
Bernh. Baer, Rosenthalerstr. 5.
Nietmüller, Rollenmarkt.

Norden:

Schendel, Rosenthalerstr. 8.

Westen:

Kaplan, Friedrichstr. 1.
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.
Landsberger, Friedrichstr. 108.
Thiery u. Sigrand, Friedrichstr. 179.
Wandsburger, Friedrichstr. 7.
Wandsburger, Turmstr. 30.
Edders u. Dyckhoff, am Dönhofsplatz.

Th. Juras, Chausseestr. 79.
Amerikan. Verkaufshallen, Weinmeisterstr. 1.
F. Wand, Chausseestr. 80a.
Veste u. Lehrer, Kottbuser Damm 78.
Ad. Wormann, Kottbuser Damm 77.
Gebr. Schweriner, Chausseestr. 118.
Verkaufshalle Vulkan, Große Frankfurterstraße 5 und Frankfurter Allee 134.
Behrendt, Grüner Weg 84.
Ringel, Chausseestr. 31 und Brunnenstr. 47.
Levy u. Co., Brunnenstr. 50 und Wilmersdorferstr. 47.
Wendit, Brunnenstr. 68.
Vornstein, Brunnenstr. 181.
Littmann, Drantienstr. 2.

Verband der

Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Berlin, Michaelkirchplatz 1, parterre. 120/26*

Kolossale Auswahl
Erstklassiges Fabrikat

::: Nie :::
dagewesen

Sensationelle
unerreicht billige Preise!

Ausnahme-Woche

Nur Neuheiten in Original-Modellen, Kopien, Reisemuster, schick, hochelegant, reizende Kostüme, Kleider, Röcke, Jacketts, Liftboys, Blusen, Jupons usw., Paletots, Seiden-, Reise- und Gummimäntel.

Tailor made Abteilung

Serie	1.	2.	3.	4.	5.	6.	
früh bis	M. 11.-	M. 20.-	M. 36.-	M. 50.-	M. 96.-	M. 210	usw.
jetzt	M. 5.-	M. 9,50	M. 17,25	M. 23,50	M. 46.-	M. 100	

Außerdem vergüte 10% Extra-Rabatt in bar.

Engroshaus Westmann

Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a an den Kolonnaden
Filiale: O. Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstr.

Bestrenommiertes Trauermagazin. Sonntags geöffnet.

Dampfschiffs- Reederei Tismer

Nieder-Schöneweide. Telefon Nr. 14.
Den verehrten Vereinen, Kapitänen usw. empfehle ich meine großen Salon-Dampfer zu günstigen Preisen.
Abfahrtsliste Berlin: Schillingstraße. 4363*



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 44272.
Große Haltbarkeit! Große Arbeitsleistung!

Weltausstellung Grand Prix Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Konfektionerei.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten.



Fahrräder

Reichsweit berühmter
Hühneraugentod „Bosco“
Beseitigt Schmerzen u. gründlich jedes Hühnerauge, selbst veraltet, u. jedwede Hautverhärtung. „Bosco“, das sicherste Mittel der Welt. Dose 75 Pf., R. 1.- franko.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

37868

Letzte Woche!

Inventur-Extrapreise

G

ardinen

abgepaßte Fenster.

weiß und creme

Schallänge pro	2,75 Mtr.	pro	M. 285
Schallänge pro	3,20 Mtr.	pro	M. 435
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr.			M. 585
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores			M. 165
Gestickte echte Spachtel-Stores			M. 625
Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores			M. 435
Tüllbett-Gr. 180/220 decken	cm		M. 285
Reichgest. Erbs-tüllbettdecken			M. 535

Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extralist
billiger Sonderangebote
gratis und franko.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Moabit.)
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 22. April verstarb unser treuer Kollege 33/14
Johannes v. Cysowski.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses Moabit aus nach dem Sankt-Nikolaus-Kirchhofe in Döllschloß statt.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Am 22. April starb meine liebe gute Frau 46905
Emilie Bierwirth
im Moabiter Krankenhaus.
Die Ueberführung von dort nach dem Moabiter Bahnhofe behufs Einäscherung in Hamburg findet am Freitagnachmittag 4 Uhr statt.
Um stille Beileid bitten
Wilhelm Bierwirth
Beußelstraße 50.

Danksagung.
Sage allen Freunden und Bekannten sowie dem Zentralverein der Bildhauer für die herzliche Teilnahme und Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen besten Dank.
Ww. Ottilie Koswig
1925 nebst Kindern.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und vielen Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Arbeiters **Hermann Stolzi** sage ich allen, so auch dem Zentralverein Moabit, dem Arbeiter-Gesangverein „Brig“ und dem Pfanzter-Verein „Rück auf“ meinen herzlichsten Dank.
Ww. Stolzi nebst Kindern.

Orts-Kraufenkasse
d. Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarrensortierer u. deren gewerblich. Hilfsarbeiter zu Berlin.
Raut Beschl. der Generalversammlung vom 28. März 1907 finden die **Kassenstunden wochentäglich von 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittag** statt.
Die bisher üblichen Abendkassenstunden werden hiermit aufgehoben. Sonn- und Feiertage finden keine Kassenstunden statt.
273/17 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Lagerhaller
Wilhelm Gierach
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, vom Frauenhaus, Blumenstraße 37 aus nach dem Gemeindefriedhof, Bornitzstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
14/9 Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Rigdorf.
Todes-Anzeigen.
Am Montag, den 22. April, verstarb unser treuer Kollege
Friedrich Brasch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Kirchhofes am Rariendorfer Weg aus statt.
Der Zweigvereinsvorstand.

Bezirg Zehlendorf.
Am Montag, den 22. April, verstarb unser treuer Kollege
Karl Klein.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes Spandauerstraße aus statt.
33/15 Der Zweigvereinsvorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kränzchen bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Emma Fickert
sagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen sowie dem Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse und dem Gesangverein „Vorwärts“ unseren herzlichsten Dank.
Louis Fickert nebst Töchtern.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Kein Aprilscherz!

sind die unglaublich billigen Verkaufspreise unserer allbekanntesten Konfektionshäuser



Blitz.

Wir empfehlen unserer geehrten Kundschaft sich unsere ungeheuren Lager vor Einkauf zu besichtigen. Unsere Lager betragen zurzeit ungefähr

3/4 Millionen Mark

Hiermit geben wir von einzelnen Artikeln die Preise bekannt:

Herren-Anzug, grau, gestreift und kariert, in hell und dunkel Stück	7 85 M.
Herren-Anzug, blau Cheviot u. gemusterte Buckskin, sehr haltbar	11 50 M.
Herren-Anzug, zweireihig, neueste Fassung, in allen Farben	14 50 M.
Herren-Anzug, prima Kammgarn, in allen erdenklichen Mustern	17 75 M.
Herren-Anzug, das Wunder Berlins, Maß-Ersatz	22 50 M.
Herren-Paletot, hell und dunkel kariert	7 25 M.
Herren-Paletot, in allen Mustern, mit Sattel	9 75 M.
Herren-Paletot, prima Ware, seltene Gelegenheit, das Neueste, mit und ohne Seide	13 50 M.
Herren-Paletot, prima Kammgarn, Modell 1907, auf Seide	18 00 M.
Herren-Paletot, das Wunder Berlins, Maß-Ersatz	22 50 M.

Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzüge und Paletots sowie Herren-, Burschen- und Knaben-Hosen zu jedem nur annehmbaren Preise.

Ein Posten zurückgesetzter Herren-Anzüge und Paletots unglaublich billig. 28/4

Neue Nummer 85 Chausseestr. 85 Neue Nummer 137 Gr. Frankfurterstr. 137
alte Nummer 80 alte Nummer 80

9 Rosenthalerstraße 9, 29-30 Kottbuser Damm 29-30
Ecke Auguststraße

Nur kein Neid. | **Schöneberg, Hauptstraße 10** | Wer kann, kann.
Ecke Vorbergstraße.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Arbeitszeit in Wasch- und Plättanstalten.

Die Erhebungen über die Arbeitszeit in Wasch- und Plättanstalten sind, soweit die Bearbeitung der Fragebogen, die im Oktober 1905 ausgegeben wurden, in Frage kommen, nunmehr vom Reichsstatistischen Amt veröffentlicht.

Table with columns for daily working hours (Tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen) and days of the week (Montag, Dienstag, etc.). Rows show hours from 6 to 18.

Die Feststellung weist den Mangel auf, daß die Arbeitszeiten nicht ermittelt werden konnten, die zu Zeiten besonderen Andranges üblich sind. Es mag dabei auf die große Zahl der Wasch- und Plättanstalten in den Badorten während der Hochsaison hingewiesen werden.

Über die Art der Pausen wird folgendes berichtet: Von der Gesamtzahl der Betriebe waren 10, für welche ausdrücklich mitgeteilt war, daß die darin beschäftigten Personen keine Pausen erhielten.

In der Mehrzahl der Betriebe, und zwar in 2850 = 89,4 Proz., wurden Frühstück-, Mittags- und Nachmittagspausen gewährt. In 160 Betrieben = 5 Proz. wurden außer den drei genannten Pausen auch noch andere Pausen gewährt.

Die Erhebungen über die Sonntagsarbeit haben zu dem Ergebnis geführt, daß erhebliche Arbeit an Sonntagen nicht konstatiert werden konnte. Ein Unternehmer äußert sich darüber wie folgt: „Es kommt oft vor, daß sich die Arbeitszeit vom Sonnabend bis Sonntag hinein ausdehnt, weil die Kundschaft die schlimmste Ungewohnheit hat, die Plättwäsche erst in den letzten Tagen der Woche zu bringen und dieselbe zum Sonntag haben will.“

Bei den Arbeitern ist folgende Aeußerung sehr beachtenswert: „Ich hätte nur die einzige Bitte, daß bald eine Aenderung in unserem Fach stattfinden möchte; denn unter diesen Verhältnissen und diesem jammervollen Verdienst, wofür man Tag und Nacht kauft, muß ich es nicht möglich, daß man sein eigenes Leben als Arbeiterin einigermaßen über Wasser halten kann.“

10. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands.

Die Generalversammlung wurde in Tübingen im Tübingen Stabstättchen in Hamburg abgehalten. Anwesend sind außer drei Vorstandsmitgliedern ein Mitglied der Kontrollkommission und 28 Delegierte; als Vertreter der Generalkommission ist Cohen-Berlin erschienen.

Der Bericht des Vorstandes für die beiden letzten Geschäftsjahre entnehmen wir, daß der Verband nun 1000 Mitglieder, von 2600 auf 3600, gewachsen ist. Dementsprechend sind auch die Einnahmen und Ausgaben gestiegen. Durch die brutale Aussperrungswut der Unternehmer sind auch die indifferentesten Kollegen der Organisation zugeführt worden.

Charakter des Kleingewerbes deutlich erkennen. Kleine Betriebe im engeren Sinne waren 2875 vorhanden. Mittelbetriebe, die 6-10 Personen beschäftigen, waren 262 Betriebe, Betriebe mit 11-15 Personen 44 und Großbetriebe, d. h. solche, die über 16 Personen beschäftigen, waren 18 betriebl.

Table with columns for daily working hours (Tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen) and days of the week (Montag, Dienstag, etc.). Rows show hours from 6 to 18.

Die Feststellung weist den Mangel auf, daß die Arbeitszeiten nicht ermittelt werden konnten, die zu Zeiten besonderen Andranges üblich sind. Es mag dabei auf die große Zahl der Wasch- und Plättanstalten in den Badorten während der Hochsaison hingewiesen werden.

Der Bericht des Ausschusses erstattet Blanschekski-Berlin. Er spricht sich in scharfer Weise aus über die Geschäftsführung des Vorstehenden, der eine ganze Anzahl an ihn von Mitgliedern und Ortsvereinigungen gerichtete Briefe und Anfragen nicht beantwortete.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

3. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands.

Der Kongress tagt im kleinen Saale des Volkshauses. Es sind 14 Orte durch 16 Delegierte vertreten. Außerdem sind zwei Vertreter des Vorstandes, Fauth und Allen, ein Vertreter des Ausschusses, Blanschekski, und der Vertreter des Volksblattes, Lieh, erschienen.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

ausgeschlossen sei, viel erfolgreicher sei der Vorkott, der wiederholt zum Ziele geführt hat. Die von den hochnotierten Gastwirten angefertigten Prozesse sind verchieden ausgefallen.

Der Vorsitzende bespricht noch die finanzielle Gebarung des Verbandes und rügt die wenig exakte Kassengebarung der meisten Ortsvereinigungen. Auf Wunsch des Vertreters der Allgemeinen Leipziger Musiker-Verbindung wird in der Nachmittags-Sitzung zunächst der Anschlag dieser Lokalorganisation — circa 50 Mitglieder — an den Zentralverband ediktet.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

Eine neue Spaltung der französischen Bergarbeiterchaft.

Die Hoffnung, die unerquidlichen Streitigkeiten innerhalb der französischen Bergarbeiterchaft endlich beigelegt zu sehen, hat sich nicht erfüllt. Der Landeskongress, der in der vorigen Woche in Denain tagte, hat vielmehr zu einem neuen, vollständigen Bruch geführt.

Die Hoffnungen, die man seinerzeit betriebs der Entwicklung der Organisation gehabt, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Mitgliederzahl betrage knapp 1000. Es sind sieben neue Filialen gegründet, aber eine ganze Reihe von Verwaltungen sind aufgelöst worden.

erklärte, daß der Kongress auf dem wirtschaftlichen Gebiete bleiben müsse und nicht anarchoistische Politik treiben dürfe. Die von ihm vorgelegte Resolution fordert eine Propaganda zur Aufklärung der Arbeiter im Waffensrock, daß sie auf ihre Brüder nicht schießen dürfen. Dumoulin vom jungen Syndikat forderte eine Erklärung für den Antipatriotismus und den Generalfreistat im Kriegsfalle. Besagnet vom alten Syndikat erwiderte, die Frage sei nicht wirtschaftlicher Natur und darum nach dem Beispiel der Nachbarländer den sozialistischen Kongressen zur Entscheidung zu überlassen. Der Antipatriotismus sei eine anarchoistische Minderheit. Im Interesse des Proletariats sei es, die Unabhängigkeit der Nationen gegen den erobrerischen Militarismus zu schützen. Bouchard wies im Schlußwort auf den Unterschied zwischen sozialistischem Antimilitarismus und anarchoistischem Antipatriotismus hin und erklärte den Generalfreistat im Kriegsfalle nur dann für zulässig, wenn er international sei. Die angenommene Tagesordnung entspricht diesem Standpunkte.

Zur Schlichtung des Konflikts im Pas de Calais hatte der Kongress ein Ehrengericht gewählt. Aber die Vertreter der beiden Parteien vermochten sich über ihre Kompetenz nicht zu einigen. Die Vertreter des alten Syndikats forderten, daß außer der Affäre der Gammelgelder und dem Defraudationsfall Drouthour auch alle übrigen Streitpunkte untersucht werden sollten, und stützten sich auf den diesbezüglichen einstimmig gefaßten Kongressbeschluss. Die Delegierten des jungen Syndikats erklärten hingegen, sie seien über die Tragweite des Beschlusses getäuscht worden und könnten auf eine Untersuchung anderer Affären als der zwei besonders genannten nicht eingehen. Da keine der Parteien nachgeben wollte, ging das Ehrengericht ergebnislos auseinander.

Die unmittelbare Folge war der neuerliche Ausbruch des offenen Kampfes in schärfster Form. In der öffentlichen Versammlung nach Schluß des Kongresses, in der nach ausdrücklichem Beschluss vom Konflikt nicht gesprochen werden sollte, richteten die Redner des jungen Syndikats wütende Angriffe auf das alte und gegen die Kongressbeschlüsse. Die Redner der Kongressmehrheit wurden niedergeschrien und zum Schluß eine Resolution zugunsten der syndikalistischen Generalfreistat angenommen.

In der Versammlung verlas aber auch ein Sprecher der Syndikalisten eine Erklärung, wonach acht Verbände aus der nationalen Föderation austreten und die „Union fédérale“, die vor der vorjährigen Einigung bestand, wieder ins Leben rufen. Die „Unité minière“, die Einigkeit der Bergleute, ist also — gewesen.

Von der „Romantik“ des Seemannslebens.

Ein Gewaltsmensch schlimmer Sorte ist der 55jährige Schiffskapitän Paul Gottlieb Schöber aus Simswarden bei Nordenham a. d. W., der sich am Freitagmorgen vor dem Strafhammer 4 des Landgerichts zu Hamburg wegen schwerer Mißhandlung, besagten an einem großen Teil seiner Mannschaft, grober Ueberschreitung seiner Disziplinarbefugnisse und Freiheitsberaubung zu verantworten hatte. In der Verhandlung wurden Dinge zur Sprache gebracht, wie sie beinahe nicht schlimmer auf den früheren Sklavenschiffen, befehligt von mit despotischen Machtbefugnissen ausgerüsteten Kapitänen, passiert sein können. Kapitän Schöber befehligte in den Jahren 1902/1903 nicht etwa eine chinesische Dschunke, sondern die Hamburger Bark „Ally“, mit der er Reisen nach Afrika, Australien und nach der Westküste von Südamerika machte. Seine damalige Mannschaft hat er zum größten Teil in London angemustert. Bald bekam die Mannschaft das strenge Regiment und die harte Faust ihres stier-nadigen Despoten in unliebbarer Weise zu fühlen. Einen achtzehnjährigen Leutnant, den er zum Aufwärter degradierte, regalierte er mit Backpeifen, so daß der junge Mensch davonlief. Einen Matrosen zerriß er mit Gewalt aus der Kojke, einen anderen Matrosen hat er in seiner Kajüte mit Nähen gestochen. Einem dritten Schiffsmann verabsolgte er Hiebe mit einem Stock aus Rhinoceroshaut, so daß die eine Körperhälfte anschwellte. Einem fünften warf er von hinten ein heißes Plättchen in den Rücken usw.

Die tollsten, etwas ulkig klingenden Dinge verübte er im Hafen von Junin bei Jaique (Chile), wo sein Schiff im Lohfen lag. Außer 15 Reuten von seiner Besatzung waren beim Löfchen auch sechs chilenische Schauerleute tätig. Er verlangte, die Leute sollten pro Tag 75 Tons löfchen. Doch brachten sie es am ersten Tage nur auf 45, am zweiten auf 53 Tons. Der Kapitän glaubte nun ein probates Mittel anzuwenden zu sollen, um die Mannschaft gefügig zu machen; er ließ einfach acht Matrosen an Land bringen und ins Gefängnis setzen, wo sie sich bis zu sechzehn Tagen mit gefesselten Verbrechern aufhalten mußten. Er behauptet nun, sich an den dortigen Hafenskommandanten Kapitän Pordero gewandt zu haben, der nach Kenntnis der Sachlage die Leute ins Gefängnis gesteckt habe. Bei seiner kommissarischen Vernehmung hat Pordero dies entschieden in Abrede gestellt. Er will dem auf ihn einredenden Kapitän nur das Gefängnis überlassen und dabei bemerkt haben, die Veronimierung müsse er, Schöber, tragen. Als Kapitän Schöber eines Tages sein Gefängnis in Junin revidierte, soll der Matrose Schonefeld vor dem Gefängnis gestanden haben, weshalb der Kapitän ihm eine Ohrfeige versetzte. Für die Befreiung der internierten Leute will der Kapitän gesorgt haben, der sie täglich fragte, ob sie mehr arbeiten wollten. Die Leute erklärten, das sei ihnen nicht möglich, worauf der Schiffsthrann sagte: „Wir sprechen uns später.“ Vorliegender: „Das sind ja tolle Sachen. Sie sind ein gewalttätiger Mensch.“ — Angeklagter: „Das ist nicht möglich. Ich habe dem Leutnant Matrosen nur eine väterliche Züchtigung angedeihen lassen.“ — Vorliegender: „Sie meinen eine fürchterliche Züchtigung. Wie kommen Sie dazu, ins Gefängnis zu gehen, wo Sie doch gar nichts verloren hatten und dort einen Mann zu mißhandeln, der doch nicht mehr Ihrer Vormühsigkeit unterstand? Was meinen Sie wohl, was Ihnen passieren würde, wenn Sie in ein Hamburger Untersuchungsgefängnis kämen und einen Gefangenen mißhandeln?“ — Angeklagter: „Chilenische Gefängnisse kann man nicht mit deutschen vergleichen. Schonefeld stand vor dem Gefängnis und tanzte mit einer Köchin des Kommandanten. Ich sagte zu ihm, er solle sich hineinschleichen, worauf er meinte, ich hätte ihm nichts zu sagen, weshalb ich ihn backpeifte.“ — Vorliegender: „Sie hatten ihm doch nichts zu sagen. Das ist doch kaum glaublich, wenn Sie es nicht selbst sagten.“ — Angeklagter: „Er hat meinen Befehlen zu folgen.“ (Die Richter sehen sich gegenseitig lächelnd an.) Der Angeklagte behauptet, der deutsche Konsul habe gesagt, die Leute seien im Gefängnis so gemütsch wie in einem Hotel. — Vorliegender: „Aus den Akten geht etwas anderes hervor. Es befanden sich auch gefesselte Verbrecher im Gefängnis, und zwar in demselben Raum. Die Leute sollen erst nach 14—16 Tagen Freiheitsberaubung aus dem Gefängnis gekommen sein, nachdem sich des Konsuls Sohn ins Zeug gelegt hatte.“ (Der Konsul hat seinen Sitz in Jaique; er wußte zunächst gar nicht, um was es sich handelte.) Der Angeklagte, der sein Verhalten teils zu beschönigen suchte, teils als etwas ganz Selbstverständliches bezeichnete, gab zu, die Leute hätten etwa elf Tage im Gefängnis gewesen sein. Der Vorliegender betonte, daß der Hafenskommandant ebldich erklärt habe, er sei an der Gefangenschaft der Schiffleute unschuldig. Die Aussage des Angeklagten, daß die Matrosen sich elf Tage, aber jedenfalls länger als eine Woche im Gefängnis befunden haben, wurde protokolliert, worauf der Staatsanwalt wegen Unzulänglichkeit des Gerichts, weil ein Verbrechen vorliege, die Aussetzung der Verhandlung und die Ueberweisung der Angelegenheit an das Schwurgericht beantragte. Der Angeklagte gab nochmal die Erklärung ab, sich im Rahmen

seiner Machtbefugnisse gehalten und sich nicht besonders vergangen zu haben.

Das Gericht beschloß im Sinne des Staatsanwalts. Der Angeklagte, der seit 38 Jahren Seemann und seit 17 Jahren Schiffskapitän ist, will am 1. Mai d. J. einen nach Brasilien bestellten Dampfer dorthin überführen.

Bemerkte sei noch, daß der Kapitän in Abrede stellte, ein Trinker zu sein, während die Mannschaft das Gegenteil behauptet. Wie der Vorliegender durchblicken ließ, sind die Aussagen der kommissarisch vernommenen Seeleute, die erst im Schwurgerichtsprozeß zur Verlesung kommen, äußerst gravierend gegen den Angeklagten.

Prinzessin und Kammerfrau.

Die Angeklagte ist freigesprochen.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung protestierte die Angeklagte in sehr energischer Weise gegen die in der gestrigen Verhandlung aufgetauchte Behauptung, sie habe sich, als sie die Tanzschule des Tanzlehrers Wehner in Charlottenburg besuchte, schon vor mehreren Jahren als Freiküchlein oder Gräfin ausgegeben. Sie beantragt, den Tanzlehrer zu laden. Es wird beschloffen, den Tanzlehrer telephonisch zu laden.

Hierauf wird die kommissarische Vernehmung des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein

verlesen, die dieser auf Schloß Primkenau abgegeben hat. Nach einem Spezialgesetz braucht der Herzog sowie ein regierender Fürst vor dem Gericht nicht zu erscheinen, sondern ist in seiner Behausung zu vernehmen.

Der Zeuge hat angegeben, daß die Prinzessin Amalie, seine Tante, ihm gegenüber einmal erklärt hat, daß jene tragischen drei Reichen römischer Perlen von Anfang an unecht gewesen seien. Die Prinzessin habe, soweit ihm bekannt sei, auch niemals unechten Schmutz getragen, auch habe sie ihm niemals mitgeteilt, daß sie der Milewski irgendwelche Schmuckgegenstände geschenkt habe. Zu ihm selbst habe sich die Prinzessin wiederholt in einem sehr ungünstigen Sinne geäußert. Die letzte Bemerkung der Prinzessin über die R. soll gewesen sein: O, diese Lügen, diese Lügen. — Dem Zeugen selbst war es bekannt, daß die Milewski häufig Schmuckgegenstände der Prinzessin trug. Bei sämtlichen Familienmitgliedern sei es auch kein Geheimnis gewesen, daß sich die R. wiederholt den gräflichen Titel zulegte und sich als Gräfin Armin, Gräfin Nicholasla usw. ausgab. „Dies habe sich allmählich so herumgesprochen.“ so erklärt der Zeuge weiter, „daß meine Tante von den übrigen Familienmitgliedern fast gemieden wurde, da sich jeder weigerte, mit derselben Person, die früher am Dienstbotentisch gesessen habe, nunmehr an einem Tische zu sitzen und mit ihr wie mit feinesgleichen verkehren zu müssen.“ In der ungünstigen Beurteilung der Angeklagten seien sich alle Familienmitglieder einig gewesen und wiederholt wären an ihn, als Familienoberhaupt, Eruchen gelangt, die Prinzessin dem Einfluß der Angeklagten zu entziehen. Er habe dies aber zunächst stets abgelehnt, auch als die Kaiserin selbst Einspruch gegen das fernere Zusammenleben der Prinzessin mit ihrer Kammerfrau erhob. Auch die Prinzessin Henriette, jetzige Frau Geheimrat v. Eschard in Kiel, die Prinzessin Hedotta, die Prinzessin Handjery, die Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen u. a. hätten sich wiederholt an ihn gewandt mit dem Eruchen, die Prinzessin dem ungünstigen Einfluß der Milewski zu entziehen, ehe möglicherweise ein öffentlicher Skandal daraus entstehe. Es sei unwahr, daß er, der Herzog, mit seiner Tante irgendwie auf gespanntem Fuße gelebt habe. Im Gegenteil habe zwischen ihnen ein herzliches Verhältnis bestanden; sie habe ihn zum Unberlebenden empfangt und in ihrem letzten Testament als „ihren lieben Neffen“ bezeichnet. Unter Tränen habe ihm die Tante ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß die letzte Phase ihres Lebens in solcher Disharmonie verlaufen müsse und sie solche Trauer über die Familie gebracht habe. Was die Angeklagte von Verfolgungen seinerseits behauptet, entspringe ihrer freien Phantasie. Erst als das Auftreten der Angeklagten, ihre unwahren Angaben über ihr Verkommen, ihren Anspruch auf den Titel „Gräfin“ usw. zum öffentlichen Skandal wurde und diese Vorpostelungen zu den ärgsten Bemerkungen geführt hatten, seien einige Familienmitglieder mit der Aufforderung an ihn herantreten, die Prinzessin von der Angeklagten zu befreien. Die Vermutung, daß die Angeklagte die Geisteskräfte der Prinzessin durch Karikaturen gestandhaft habe, um sie sich ganz willfährig zu machen, werde auch von der Kaiserin, der Prinzessin Friedrich Leopold und der Prinzessin Hedotta geteilt.

Hierauf wird der inzwischen erschienene

Tanzmeister Wehner

vernommen. Er bestätigt der Angeklagten, daß diese in den Tanzstunden sich nie anders als Anna Milewski bezeichnet habe. Sie habe sich nie fälschlich das Adelsprädikat oder den Grafentitel beigelegt.

Ein Fräulein, das 1899 bis 1900

Kammerfrau bei der Herzogin Ernst Günther

in Primkenau gewesen ist, bekundet: Sie hat seinerzeit ihre Stellung aufgefunden, sei aber sofort entlassen worden und hat mit dem Herzog eine Prozeß geführt, der beendet ist. Nach ihrer Behauptung hat die Prinzessin Amalie in Primkenau wiederholt ihre Schmuckgegenstände gezeigt und der Angeklagten einige davon geschenkt. Die Angeklagte habe sie nicht annehmen wollen. Die Prinzessin habe aber gesagt, sie solle es nur annehmen, aber gar nichts den Verwandten der Prinzessin sagen. Die Angeklagte wies hier darauf hin, daß sie diesen Rat auch gefolgt sei und auch dem Dienstpersonal von diesen Schenkungen nichts gesagt habe, um nicht deren Reid zu erregen. Aus der weiteren Befragung der Zeugin geht hervor, daß ihr gegenüber die

Prinzessin Amalie schon damals von einem Perlenhändler

gesprochen

habe, welches

aus römischen Perlen

bestände. Sie habe noch hinzugefügt: sie wünschte, die Perlen wären echt.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Gracse werden

zwei Briefe

verlesen, die die Angeklagte im Jahre 1900 an Fräulein Sch. gerichtet hat. Sie

bellagt

sich schon damals darüber, daß sie der

Herzog Ernst Günther

mit Gefälligkeiten versorge und sie mit Gewalt von ihrer lieben guten Prinzessin trennen wolle. Der Herzog solle sich sogar dahin geäußert haben, daß er nicht rufen wolle, bis er dieses Ziel erreicht habe. Sie tue aber nichts Böses und ihr könne nichts passieren. Der Herzog wisse doch ganz genau, daß die Prinzessin von ihr Geld geliehen habe. Ihr Vater werde, obgleich er nur ein einfacher Bürgermann sei, von dem Herzog Rechenschaft verlangen usw. usw.

Die Zwillingsschwester der Angeklagten, Frau Ida Glawe geb. Milewski, macht von dem ihr zustehenden Recht der Zeugnisverweigerung keinen Gebrauch. Ihr Vater sei nicht mittellos gewesen, denn sie selbst habe eine sehr anständige

Aussteuer im Werte von 10 000 bis 12 000 M.

erhalten. Ihre Schwester habe ein Vermögen von 30 000 M. besessen. — Frau: Woher stammte denn dieses ganz bedeutende Vermögen? — Zeugin: Das weiß ich nicht. — Frau: Das ist doch sehr auffällig, daß Sie danach gar nicht gefragt haben. — Zeugin: Meine Schwester hat ja auch jetzt wieder ein sehr bedeutendes Vermögen. — Frau: Danach habe ich Sie nicht gefragt. — Zeugin: Sie meinen, schon vor Eintritt Ihrer Schwester in den Dienst der Prinzessin hat sie ein großes Vermögen besessen? — Frau: Im Juni 1898 hat meine Schwester meinem Manne 80 000 M. gebracht, damit er das Geld anlege. Die Anlage unterblieb aber wegen ausgebrochener Dividenden; die Schwester nahm das Geld, welches in lauter Tausendmarkstücken bestand, wieder an sich und trat bald darauf ihre Stellung bei der Prinzessin an.

Sie habe das Geld gewöhnlich auf der Brust getragen. Die Prinzessin Amalie habe, wenn sie in Berlin war, sie und ihren Mann mit der Schwester wiederholt besucht. Sie seien mehrfach zusammen gewesen, unter anderem auch im Monopol-Hotel. Die Schwester habe auch einmal mit der Prinzessin im königlichen Schloß gewohnt, als die Kaiserin ihre Tante eingeladen hatte. Bei einer solchen Zusammenkunft mit der Prinzessin habe diese

zugegeben, daß sie der Schwester bereits 16 000 M. schulde.

Als die Schwester das erste Mal die Stellung bei der Prinzessin aufgegeben hatte, habe sie, die Zeugin, sie gewarnt, wieder in diese Stellung zurückzukehren; denn die Schwester habe in schrecklicher Weise die

Nachsucht des Herzogs Ernst Günther

geschilbert. Bei einem Zusammensein mit der Prinzessin im Monopol-Hotel habe diese der Angeklagten eine

Brosche geschenkt,

mit dem Hinzufügen: „Das brauchen die Verwandten nicht zu wissen.“ Diese Brosche habe so ausgesehen, wie die eine, die sich unter den angeblich gestohlenen Schmuckgegenständen befindet.

Frage Bankbeamter Glawe, seit 18 Jahren im Bankgeschäft von Bromberg u. Co., ist der Schwäger der Angeklagten. Auch er weiß, daß die Angeklagte, ehe sie zur Prinzessin Amalie kam, ein

Vermögen von 79 500 Mark besessen

habe, er habe sie aber nie gefragt, woher es stamme. Er bestätigt, daß er das Geld habe anlegen sollen, es aber wegen der Differenzen wieder zurückgegeben habe. Wenn die Prinzessin in Berlin war, seien sie fast täglich mit ihr zusammengewesen. Eines Tages im Monopol-Hotel hat die Prinzessin ihn gefragt: Wie gefällt Ihnen die Brosche, die ich Ihrer Schwägerin geschenkt habe? — Da Fräulein Milewski die Brosche nicht anhatte, hatte sie sie auf ihre Witte anlegen müssen und wir haben sie bewundert. Wir haben und dann noch bedankt durch einen Handluch. Es fehlte in der Brosche ein Stein, den die Prinzessin einsetzen lassen wollte. Sie wollte der Angeklagten auch noch eine andere Brosche, die sie selbst trug, zum Geburtstag schenken.

Beide Broschen

scheinen sich

unter den angeblich gestohlenen

zu befinden. Die Prinzessin sagte auch, sie habe sich

16 000 M. von der Angeklagten geliehen,

die sie zurückzahlen wolle. Da die Angeklagte dann noch für die Prinzessin 3000 M. Rente nach Bau schiden mußte, so sei die Schuld also auf 19 000 M. angeschwollen. Die Angaben seiner Frau bezüglich des Teeservices und der Kleider, die sich die Prinzessin auf dem Namen seiner Frau für 1800 M. habe machen lassen, seien richtig.

Justizrat Bronker: Hatten Sie sich vielleicht gesagt, daß die 80 000 M. aus Beziehungen herrühren könnten, die es Ihnen verboten, indiskretweise nach dem Ursprung zu fragen? — Zeuge: Jawohl. — Vert.: Hat Ihnen Ihre Schwägerin jemals eine größere Summe Geldes geschenkt? — Zeuge: Nein! — Vert.: Hat die Prinzessin nicht erklärt, daß sie der Angeklagten ihre ganzen Schmuckgegenstände verpfändet habe bis zur Zurückgabe des Geldes? — Zeuge: Jawohl, die

Prinzessin

hat auch einmal einen Brief an meine Schwägerin geschrieben, in dem sie

um 20 Mark bat

für die Wäsche, da sie keine Mark bares Geld besitze.

Rechtsanwalt Dr. Gräfe überreicht einen

Brief der Angeklagten aus Paris

an ihren Schwäger. Sie spricht darin von einer Perlenkette, die sie in Paris gekauft hat. Aus einer Depesche der Angeklagten, kurz vor ihrer Verhaftung, verliest der Verteidiger eine Stelle, die dahin geht, daß die Glawe keine Angst haben sollten, denn sie sei sich keiner Schlechtigkeit bewußt. Der Verteidiger verweist ferner darauf, daß alle Briefe der Glawe an die Angeklagte an „Fräulein Anna Milewski“ adressiert seien.

Zeuge Fröh Glawe, der Bruder des Vorzeugen, macht mit diesem übereinstimmende Aussagen. Der Zeuge ist seit 14 Jahren in einem ersten lausnännischen Geschäft angeestellt.

Kammerherr von Blumenthal

ergänzt noch seine gefirgigen Befundungen dahin: Die Angeklagte sei bei ihrer Wegbeforderung aus Kaito mit aller Rücksicht behandelt worden. Er habe auch

keinerlei Absicht gehabt, Strafanzeige zu erlassen,

um die 73jährige Prinzessin nicht aufzuregen. Auch nach dem Tode der Prinzessin habe er nicht diese Absicht gehabt, trotz der Unwahrheiten, die die Angeklagte in den Zeitungen verbreitete. Als er festgestellt hatte, daß die Perlen in dem Koffer falsch waren, habe er die Prinzessin gefragt, wo die echten hingekommen sein mögen. Die Prinzessin habe sich erinnert, daß sie die Perlenkette einmal bei einem Juwelier zum Reaufziehen der Perlen gegeben habe. Da es sich um ein Haus ersten Ranges handelte, sei jeder Verdacht nach dieser Richtung hin hinfällig. Dann seien die Gedanken der Prinzessin wieder zur Milewski hinübergeschweifert und sie habe gesagt: „Sie war ja furchtbar leichtsinnig, aber so schlecht, daß sie die Perlen vertauschte, war sie doch nicht!“

Als Zeuge und

Sachverständiger

wird der Hofjuwelier Dr. Leopold Schröder vernommen. Er erklärte, er selbst wisse persönlich nichts, ein Angestellter habe ihm erzählt, daß die Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein jenes Brillant-Rubinschloß zum Umarbeiten geschickt habe. — Die Angeklagte bemerkt hierzu, sie habe mit diesem Wertstück absolut nichts zu tun. Es sei ihr allerdings bekannt, daß die Prinzessin einmal ein derartiges Schloß habe umarbeiten lassen. Der Zeuge Schröder müsse sich aber darauf besinnen, daß dieses umgearbeitete Wertstück an die Prinzessin selbst nach Kiel in einem Einschreibebrief nachgeschickt worden sei. Der Zeuge kann sich jedoch hierauf nicht mehr besinnen. Als Sachverständiger erklärt Dr. S., nachdem ihm die Schmuckgegenstände vorgelegt worden sind, daß wenige Schmuckgegenstände einen größeren Wert haben. Jenes Perlenhalsband, welches angeblich aus der dänischen Königinfamilie stammen sollte, sei eine sogar

ziemlich schlechte Imitation,

die so gut wie wertlos sei, er selbst wolle sie nicht geschenkt haben. Er sei sehr erstaunt darüber, daß nicht die Prinzessin selbst die sehr plumpe Imitation erkannt habe. Gänzlich ausgeschlossen erscheine es ihm, daß der Schmutz, so wie er jetzt vorliege, ein Präsent der Königin von Dänemark gewesen sei, und daß diese jedem Laien erkennliche Imitationen aus einem königlichen Familienchat stammen könnten.

In eingehender Weise plädiert der

Staatsanwalt

für eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und sechs Monaten. Die

Verteidiger

verlangen Freisprechung. Die

Angeklagte

zum letzten Wort verstatet, bemerkt noch: Alles, was gegen sie vorgebracht werde, sei unhaltbar und beruhe teilweise auf Erfindung. Wenn die Prinzessin Amalie nur noch 8 Wochen länger gelebt hätte, würde sie, die Angeklagte, nicht hier sitzen. Der frühe Tod der Prinzessin habe sie der Möglichkeit beraubt, nur ein einziges Mal sich in Gegenwart der Prinzessin zu verteidigen. Sie habe Herrn von Blumenthal gegenüber wiederholt betont, daß sie der Prinzessin gegenüber gestellt werden möchte. Daß dies nicht geschehen, sei Schuld der ägyptischen Regierung und des Kammerherrn von Blumenthal. Sie sei vollständig unschuldig.

Rach längerer Beratung ergeht das Urteil

Dahin: Bezüglich der zur Anlage stehenden 20 Schmuckstücke habe die Angeklagte sofort erklärt, daß 15 Sachen ohne weiteres auszuscheiden haben, da sie zweifellos der Prinzessin gehören und nur aus Irrtum unter ihre Sachen gekommen sein können.

So hat denn der sechs Jahre lange Prozeß endlich, wenigstens in erster Instanz, ein Ende gefunden, das ohne das eigenartige Vorgehen in Kairo wohl schon vor fünf Jahren eingetreten wäre.

Soziales.

„Wohlfahrts-Einrichtungen“ der J. C. G. A.

Ein eigenartiges Dokument für die Art kapitalistischer Wohlfahrts-Einrichtungen liegt uns in einer Bekanntmachung der Direktion der J. C. G. A. (Englischen Casanalt) vor.

Bekanntmachung.

Die Gesellschaft hat beschlossen, in Zukunft Arbeitern, welche in ihrem Betriebe arbeitsunfähig werden, schon nach 10jährigem ununterbrochenen Dienst und bei einem Lebensalter von mindestens 30 Jahren eine Versorgung in Aussicht zu stellen.

In derselben Weise wird auch für die Witwen der Arbeiter gesorgt werden, sofern die Verstorbenen zur Zeit ihres Todes mindestens 10 Jahre ununterbrochen in Diensten der Gesellschaft stehen und ein Lebensalter von mindestens 30 Jahren haben.

Die Arbeiter der Englischen Casanalt haben alle Ursache, diese neue Wohlfahrts-Einrichtung auf ihren wahren Wert zu prüfen. Der Absatz 2 der Bekanntmachung stellt es vollständig in das Belieben der Verwaltung, wer der Wohltat der Unterstüfung teilhaftig werden soll.

Der Arbeiter will keine sogenannten Wohlthaten, die verschwinden, wenn man nach ihnen greifen will, sondern klare, fahbare Rechte. Die Arbeit in den Casanaltalen gehört zu den anstrengendsten und gesundheitschädlichsten.

Konsumgenossenschaft mit Betriebskapital.

Eine beachtenswerte Vorstufe hat die Konsumgenossenschaft „Vorwärts“, die in Bremen am 2. Mai ihre Verkaufsläden eröffnen soll, bei ihrer Gründung beobachtet.

Bei ihrer Gründung beobachtet. Bevor ein Laden eröffnet und ein Spring verkauft ist, haben sich bereits über 8000 Arbeiter als Mitglieder eingetragen lassen und dafür Sorge getragen, daß die Genossenschaft mit einem Betriebskapital von über 80000 M. den genossenschaftlichen Kampf gegen die Ausbeutung der Konsumenten aufnehmen kann.

Die Sozialpolitik des Nürnberger Rathausfreiwirts

hat wieder einen großartigen Triumph gefeiert. Im vorigen Jahre gründeten eine Anzahl Aerzte einen Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, dessen erste Tat die Errichtung einer Fürsorge- und Beratungsstelle für Lungentranke war.

Volkschulenkend in Pommern.

Wie trübe es in Pommern mit der Schulbildung des Nachwuchses noch aussieht, dürften die nachfolgenden Zahlen beweisen. In der Umgegend von Rausgard besteht schon seit Jahren eine geradezu ungläubliche Ueberfüllung der Volksschulen.

Aus Industrie und Handel.

War es Herr Jacobs?

Der Vorsitzende des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Herr Emil Jacobs, will nicht die Anregung zu der Frage der Weltausstellung gegeben haben. Das stimmt insoweit, als er nicht die Frage angesetzt hat, sondern angefragt hat.

Der Vorsitzende regt sodann an, in Sachen einer Berliner Weltausstellung die Initiative zu ergreifen und die maßgebenden Instanzen in einer Resolution aufzufordern, dem Plane näherzutreten.

Theater. Donnerstag, den 25. April. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Das war ich. Bajazzo.

Neues. Der Dieb. Residenz. Haben Sie nichts zu verkaufen? Lustspielhaus. Sufarenfieber.

Ferdinand Bonn Berlin Theater. Der Hund von Baskerville. Neues Schauspielhaus. Weh dem, der lügt.

Lortzing-Theater. Central-Theater. Schiller-Theater N. Kasino-Theater. Der Dieb. Kleines Theater. Das Rudolfs.

In der Diskussion wurde die Frage eingehend erörtert. Da die Debatte auch sonst noch Interesse hat, geben wir diese ebenfalls zur Kenntnis:

Herr Roffe wünscht Milderung einzelner Punkte der vorgeschlagenen Resolution; Herr Weisemann weist auf die schlechte Vorklage hin und bezeichnet den jetzigen Zeitpunkt als nicht günstig.

Einfluß-Postpakete.

Ueber Einführung eines Paketes von einem Kilo berichtete in der letzten Sitzung der Kölner Handelskammer Herr Dr. Horn. Die R. V. Jg. berichtet darüber: Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands hat beim Reichspostamt die Einführung eines Paketes von einem Kilo mit dem Frachtbetrage von 30 Pf. für alle Zonen ohne Begleitadresse und ohne Bestellgeld beantragt.

„Bedinglich“ — aber „auch“. In einer Notiz im „S. B. C.“ über das letzte Quartalsergebnis der Gewerkschaft „Ewald“ bei Berlin lesen wir:

Wie schon im letzten Quartale des Vorjahres ist das ungünstige Ergebnis auch dieses Quartals bedinglich durch die stetig anhaltende Steigerung der Löhne und durch die ausfallende Leistung herrschende Winterförderung hervorgerufen.

Als „bedinglich“ durch Lohnerhöhungen, aber „auch“ durch Wagenmangel wurde das finanzielle Ergebnis beeinträchtigt. Nach dieser klaren, prägnanten Beweisführung wird natürlich niemand mehr daran zweifeln, daß man nach Begründungen für eine nicht erweislich wahre Behauptung sucht.

Bankrott. Das Bankhaus Groser und Müller hat die Zahlungen eingestellt. Die Inhaber sind verschuldet. Das Defizit soll 200 000 M. betragen.

Arbeiterentlassung. Wie die „Frankf. Zeitung“ aus New York berichtet, hat die Western Electric Company in den letzten Wochen insgesamt 5000 Arbeiter entlassen.

Bären Kaffee. ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pf. in circa 2000 Geschäften.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Traumulus.
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz
und Oskar Jeschke.
Freitag, abends 8 Uhr:
Traumulus.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Helmat.

Groß-Beeren. Sonntag, 28. April,
im großen Saal:
Großer Ball.
Es ladet hierzu alle Vereine ergebenst ein
Otto Heinze, Gastwirt,
Mitglied des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Eine offizielle Frau.
Schauspiel in 4 Akten v. J. Lehmann.
Freitag: Renore.
Sonnabend: Eine offizielle Frau.
Sonntag 8 Uhr: Eine offizielle Frau.
8 Uhr: Komiker von Siedingen.
Montag zum 1. Male: Freie Liebe.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Wegander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schauspiel in 3 Akten v. N. Hennequin
und P. Weber.
Robert de Trivelin: Rich. Wegander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der
Schlafwagenkontrollleur.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Trompeter von
Siedingen.
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Die Geier-Wally.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Schauspiel des Theaters des Westens:
Jeden Abend 8 Uhr bis 30. April inkl.:
Mamselle Nitouche.
Telefon... Ebn. Löwe a. G.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Der Barbier von Sevilla.

Apollo Theater
8 Uhr: Die bedeut. Spezialitäten.
8 1/4: Merians Original-Bauern-
Gunde-Theater:
Ein treuloses Weib.
Nächst. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Letzte Doppelvorstellung.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Kolossaler Erfolg!
Eine Nacht
in der Apotheke.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse
und bei Berthelm.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Die Jüdin von Toledo.

**Walhalla-
Variete-Theater.**
Weinbergsweg 19/20, Kolonnen-
Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Das große April-Programm.
10 Para. **Geni Family** Para.
Circusmäßige Spiele zu Pferde.
Grete Gallus
Charakter-Soubrette.
12 erstklassige Nummern 12.

Sanssouci, Kottbuser
Straß 44.
Direktion Wilhelm Kolmer.
Sonn. Abnd. Donacht:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppe.
Familie Pinte bei
Barons. Pöffe m. Gefang.
Sonn. Ab. 5, wochentl. 2 U.
für die nächste Saison
sind sämtliche Sonn-
abende bereits besetzt. Noch
einige Mittwochabende sind frei.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Donnerstag:
Gustav Gottschalks
Gesellschaftskonzert
(Walzer- und Operetten-Abend).

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Helmat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Endermann.
Freitag, abends 8 Uhr:
Moloch. — Der zerbrochene Krug.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Traumulus.

Zirkus Schumann
Heute abend präglte 7 1/2 Uhr:
**Dank- und Abschieds-
Vorstellung.**
Revue sämtl. Künstler, Damen
und Herren, in ihren Glanz-
leistungen. Die W. Schumanns
neue und moderne Dressuren.
Die Liegenden Menschen
und sämtliche Spezialitäten, Clowns,
Anguste.
Alles übrige siehe Tageszettel.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Holländer. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
**Messary, Wolf, Bender,
Giampietro, Josephl.**
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Armut und Edelsinn.
Vollständ. in 5 Akten von Rogebue.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen und folgende Tage: Armut
und Edelsinn. Vollständ. v. Rogebue.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Strass.
Nur noch kurze Zeit:
Hasson und Jenny
Kugelläufer.
Alcide und Alberti
fliegender Bambus.
Onkel Moritz
Schwanz
und 10 erstklassige Nummern.
Schluß der Saison:
Dienstag, den 30. April 1907.

Gustav Behrens-Theater.
Schöneberg-
Berlin W., Goltz-
straße 9.
Der Clou der
Saison:
Der urkom.
Chausseur
mit seinem
muß. Auto.
Die Gold-
amlein
sowie die neuen Spezialitäten.
J. Schütz die großart. Ausst.-Operette:
Henschuckmann im Sündenpfl. Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Steidl-
Theater- und Konzerthaus,
Brückenstr. 2 (a. d. Nammow-Dr.)
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.
Bureau Piepenbrink!
Ulrich-Burleske von Fritz Steidl.
Tageskasse 11—2 Uhr.
Im Restaurant täglich:
Gr. Dybowski-Konzert.
Borgeliche Ruhe!

Otto Pritzkow, Münzstr. 10.
**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Am. montags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Restaurant.
**Militär-
Konzert.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen
Cleo de Mérode
und das
interessante Programm.

**Gebr. Herrnfeld-
Theater** Borsdorf.
8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstraße 57.
**Ein verrücktes
Hotel.**
Hauptrollen: Anton u. Donat
Herrnfeld.
In Vorbereitung:
**Es lebe das
Nachtleben!**
Eine Separat-Vorführung
von Anton u. Donat Herrnfeld.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Das großartige
April-Programm!
Ki-ta-fuku
die beste Japaner-Truppe der
Welt.
Paul Corradini
Berlins beliebtester Komiker
und die erstklassigen
14 Attraktionen 14.

Soeben erschienen in unserer Verlage:
Ignaz Auer-Postkarte
nach neuester Ws. in seinem Lichtdruck.
100 Stück 3 M.
Rauh & Pohle, Leipzig 119.

Achtung!!
St. Felix - Brasil
hoch. Qualität u. sehr blattig
per Pfd. 1,20.
Hamburger Rohrtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.
(Neuer Vertreter.)

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. auf
H. Rager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

1906er Begehühner
echte Rolle, fleißige Eierleger, gar.
leb. Ankunft. franko 13 St. mit Eiern
23,50 M., 6 St. mit Eiern 14 M.
(Farbe nach Wahl.) 201/19
Schneier, Röhrenh. D. S. 9.

Butter! Honig!
Hefest. fetts. garant. naturrein: Koh-
butter 10 Pfd.-Rolle 7 M., 10 Pfd.-
Dose ff. Blütenhonig 4,50 M., 3 St.
1/2 Butter, 1/2 Honig 5,50 M. Toni
Andermann, Suozasz No. 7 via Breslau.

Möbelfabrik
Julius Apelt
6 Adalbert-Strasse 6
Hochbahnhöf. Kottbuser Tor
(früher: Stallher-Strasse 6).
Großes Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
Musterzimmer
Salons, Herrenzimmer,
Schlafzimmer,
farbige Küchen
u. d. einfachsten bis ele-
gantesten in meinen neuen
ca. 1000 m. umfassend.
Gefährdungen.
Besichtigung ohne Kauf-
zwang erbeten.

Ausverkauf durchgehender
Röbel zu billigen Preisen
bis zur völligen Räumung in den
allen Geschäfts-
räumen **Skaltzer-Str. 8.**

Freie Volksbühne
Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
2./3. Abteilung:
Paracelsus.
Die letzten Masken.
Das Fest des Sankt Matern
Berliner Theater.
13. u. 14. Abteilung:
**Der Richter von
Zalamea.**

2. Oper im Lortzing-Theater
nachmittags 3 Uhr:
Fra Diavolo.
Die Opernhefte liegen in allen Zahlstellen für die Be-
sucher der Opernvorstellungen aus:

Generalversammlung: Freitag, 28. April, abds. 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: Geschäfts- u. Kassenbericht des Vorstandes.
Bericht der Revisoren. Diskussion Bericht über den Stand
unseres Theaterprojektes. Ref.: Robert Schmidt. Dis-
kussion und Verschiedenes.
Das Erscheinen der Mitglieder ist bei der Wichtigkeit
der Tagesordnung besonders erforderlich. Der Zutritt ist
nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
223/18 **Der Vorstand. I. Vtr.: G. Winkler.**

Saisonkarten à 6 Mark
für den Besuch der 317*
Großen Berliner Kunstausstellung 1907
und des
Landesausstellungsparkes
Verkaufsstellen: Pförtner des Ausstellungsparkes (kleine
Pforte, Alt-Moabit), Thormayer, Zigarrengeschäft, König-
grätzerstr. 120, 12 Filialen der Zigarrenfabrik J. Neumann.
Eröffnung: Sonnabend, den 27. April 1907.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Die Ausgesperrten-Versammlung
findet heute nicht statt. 85/9



die Güte zu prüfen, ob die Marke
SALAMANDER
elegante vornehme Stiefel für Damen u.
Herren zum Einheitspreise von 12.50 Mk.
Luxus-Ausführung 16.50 Mk. eine her-
vorrangende Leistung ist, ob der Salamander-Stiefel in Bezug auf
Eleganz und welches Leder den Anforde-
rungen entspricht, die in der guten Gesell-
schaft an einen Stiefel gestellt werden?
Ihr berufenes Urteil soll maßgebend sein
Salamander Schuh-Ges. m. b. H.
:: BERLIN ::
W. Friedrich-Str. 182 :: C. König-Str. 47
SW., Friedrich-Strasse 221
Fordern Sie Musterbuch

Zuckerpreise steigen!
Wer sich für die mechanischen Freihandwägen an den Produktionsbörsen
interessiert, verlange die von Kaufmann Michael Prosser in Wärsberg ver-
fasste Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und
der Zukunft“. — Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen
(Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe,
M. 2. — B, Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von M. 2.40,
bezw. 60 Pfg. für das Inland, M. 2.20, bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden
die Broschüren portofrei vom Verleger versandt, wenn in Buchhandlungen
nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Fingerringchen und Prospekte.

Soeben erschienen: 233/15*
Blut und Eisen
Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit
Von Hugo Schulz
Der 1. Band liegt jetzt komplett vor.
Er enthält 352 Bilder und Dokumente aus der Zeit und eine Beilage.
Preis Broschüre 5 M., in Leinen geb. 7 M., in Halbfranz geb. 8 M.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
Linden-Strasse 69, Laden.

**Orts-Krankenkasse
der Kürschner
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.**
Montag, den 29. April cr.
abends 8 Uhr,
in der **Brauerei Bötzw.**
Brennauer Allee 242-247:
**Ordentliche
General-Versammlung
der Delegierten.**
Tages-Ordnung: 1. Ber-
teilung des Protokolls. 2. Jahres-
bericht und Befandgabe der Reklanten.
3. Bericht der Revisor. 4. Erhöhung
der Beiträge und Eintrittsgelder.
5. Gehaltsberhöhung für zwei Klassen
angestellte. 6. Wenderung des § 49
(Anderweitige Festlegung der Dele-
giertenzahl). 7. Kassenangelegenheiten.
8. Zahlreiches und pünktliches
Erscheinen ist dringend notwendig.
Die zugesandte Einladung legitimiert.
Der Vorstand.
Fr. Grandel, Vorsitzender. 273/16

**Orts-Krankenkasse
der Klempner.**
Am Donnerstag, 2. Mai cr.,
abends 8 Uhr, findet im Gewerk-
schaftshaus, Egel-Wer Nr. 15,
Saal 7, eine
**Außerordentliche
General-Versammlung**
der Vertreter der Kassenmitglieder
und Arbeitgeber unserer Klasse statt.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung über Regulierung der
Beamtenegehälter.
1876 **Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse
der Gürtler.**
Zu der am Sonntag, den 28. April,
vormittags 10 Uhr, im Wärtischen
Hof, Admiralsstr. 180, stattfindenden
**Ordentlichen
General-Versammlung**
werden die Herren Vertreter der
Arbeitgeber und der Kassenmitglieder
hiermit ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Ab-
nahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 25. April 1907.
Der Vorstand.
1905 G. Kneiff, Vorsitzender.

**Invaliden-
Unterstützungskasse
der
Gürtler.**
Sonntag, den 28. April, vormittags
11 1/2 Uhr, im Wärtischen Hof, Ad-
miralsstr. 180:
**Ordentliche
General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme
der Jahresrechnung. 1975
2. Verschiedenes.
Berlin, den 25. April 1907.
Der Vorstand.
Wolff Keller, Vorsitzender.

**Sie fahren
gut**

mit
Dr. Crato's
Backpulver
 puddingpulver
 etc

Generalvertreter für Berlin:
W. 33,
Alfred Hirsch, Augsburgstr. 1
Telephon Amt VI, No. 5787.

Berlin im Bericht der Gewerbeinspektoren.

In mehrfacher Beziehung spiegeln günstige Berichte der Gewerbeinspektoren den Grad der wirtschaftlichen Konjunktur; sie lassen das Anwachsen der Arbeitskräfte im Bezirke erkennen, teilen mit, welche Änderungen im Arbeitsverhältnis eingetreten sind, und geben manchen Fingerzeig zur Beurteilung der sozialen Verhältnisse.

Im Landespolizeibezirk Berlin, umfassend die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf, stieg die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe von 13 048 mit 285 915 Arbeitern im Jahre 1905 auf 14 924 Anlagen mit 311 915 Arbeitern im Jahre 1906.

Die Aufsicht ist durchaus unzureichend. Wie der Berichtende Gewerbeinspektor mitteilt, konnte im Berichtsjahre die Aufsicht erheblich ausgedehnt werden, weil der Inspektion zeitweilig eine größere Zahl Hilfsarbeiter überwiesen worden sind. Die Revisionen sind demnach von 89,1 Proz. der Anlagen mit 72,2 Proz. der Beschäftigten auf 43,2 Proz. der Anlagen mit 79,9 Proz. der Beschäftigten gestiegen; aber mit diesen Ziffern bleibt Berlin noch weit hinter dem Durchschnitt Preußens mit 49,7 Proz. revidierter Anlagen zurück. Von 2091 Anlagen, die nicht zu den Fabriken usw. gehören, wofür aber besondere Bestimmungen erlassen sind, wurden nur 251 revidiert. Leider kann der Gewerbeinspektor über die Gesamtzahl der im Aufsichtsbereich beschäftigten Kinder Angaben nicht machen. Die Zahl der beschäftigten Jugendlichen hat im 1885, die der erwachsenen weiblichen Arbeitskräfte um 7974 zugenommen. In der folgenden Tabelle geben wir für die Jahre 1905 und 1906 eine Uebersicht über den Anteil der Kinder, der Jugendlichen, der erwachsenen Arbeiterinnen und der erwachsenen Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten. In den Fabriken und gleichgestellten Anlagen wurden beschäftigt:

Table with 5 columns: Arbeiter überhaupt, Erwachsene Arbeiterinnen über 16 Jahre, Junge Leute von 14-16 Jahren, Kinder unter 14 Jahren, and Zunahme. Rows for 1905 and 1906, and a total row.

Ueber Lohnverhältnisse kann der berichtende Beamte weiter nichts mitteilen, als daß ihm 40 Vereinbarungen über Lohnsätze bekannt geworden sind. Dafür erfahren wir aber, daß die Zahl der Pensions- und Unterhaltungsstellen zugenommen hat. Auch die Zahl der Fabriken, die den Arbeitern Urlaub gewähren unter Fortzahlung des Lohnes, hat zugenommen; die Firmen werden nicht bekannt gegeben. Die Verkürzung der normalen täglichen Arbeitszeit hat nach dem Bericht weitere Fortschritte gemacht; in manchen Industrien sei eine Arbeitsdauer von neun Stunden und weniger schon fast allgemein üblich geworden. In großen Gasanstalten arbeiten die Ofenleute vielfach in drei achtstündigen Schichten. Betreffs der Kündigungsfristen konstatiert der Bericht sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Unternehmern die Neigung, die Kündigungsfristen abzukürzen oder ganz aufzuheben. Die letzteren wünschen größere Beweglichkeit, um sich dem Wechsel der Konjunktur schneller anpassen zu können; die Arbeiter wollen durch lange Kündigungsfristen nicht daran gehindert sein, sich ihnen bietende Gelegenheiten, die Arbeitskraft besser zu verwerten, auszunutzen.

Die sozialen Kämpfe hielten sich in ziemlich beschränktem Rahmen, steht man von den Ausperrungen aus Anlaß der vorjährigen Waisfeier ab. An diesen Ausperrungen, die sich auf die Dauer von 1—12 Tagen erstreckten, waren 308 Betriebe mit 25 857 Arbeitern beteiligt. Von dem Kampf im Lithographengewerbe wurden 20 Betriebe mit 2300 Arbeitern betroffen. Die Ausperrung dauerte elf Wochen, die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten 700. Bei den bekannt gewordenen 1399 Ausperrungen waren insgesamt nur 13 278 Personen beteiligt; circa 88 Proz. der in den betreffenden Betrieben Beschäftigten.

Ein trübes Kapitel ist das über Gefahren für Gesundheit und Leben. Den Aufsichtsbeamten wurden 18 747 Unfälle (892 mehr als im Vorjahre) gemeldet; mithin pro 1000 Beschäftigte 60 Unfälle. 53 Unfälle hatten den Tod des Verletzten im Gefolge. Und der Beamte kann die Tatsache nicht unterdrücken, daß oft großartige Nachlässigkeit der Unternehmer die Unfälle verschuldet. Als „ungewöhnlich hoch“ wird die Zahl (78 gegen 87 im Jahre 1905) der an Fahrstühlen sich ereigneten Unfälle bezeichnet und dazu bemerkt:

Die Ursachen dieser Unfälle liegen vielfach in der nachlässigen Unterhaltung und Wartung der Anlagen, der schlechten Konstruktion der Liftschächel, dem Verfallen der Hangvorrichtungen, der Abwiedelung der Lauffeile beim Festhängen des Fahrkorbes usw. . . . Verstärkungen von Gewerbeunternehmern wegen Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen zum Schutze gegen Unfallgefahren sind mehrfach notwendig gewesen und erfolgt.

In einem Falle kam ein Arbeiter zu Tode, weil ihm befohlen war, während des Betriebes den Boden des Aufzugschachtes zu reinigen. Er wurde von dem niedergehenden Korbe erdrückt! Der Betriebsleiter wurde zu zwei Monaten, der Fahrstuhlführer zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Durch Einatmen giftiger Dämpfe wird mehrfach Arbeiter schwer geschädigt und getötet worden. Es wird von dem Beamten beklagt, daß den Arbeitern vielfach immer noch das erwünschte Verständnis für den Wert und die Bedeutung der Schutzvorrichtungen fehlt. Auf Antrag der Berufsvereinigungen sind auch in mehreren Fällen Ordnungsstrafen in Höhe von 3 M. gegen Gehilfen und Lehrlinge erlassen, weil sie vorhandene Schutzvorrichtungen nicht benutzt oder gar vollständig entfernt hatten. Der Beamte verweigert sich nicht der Erkenntnis, daß die Gleichgültigkeit der Arbeiter teilweise in der abspinnenden, monotonen Beschäftigung und in der Afordarheit ihre Quelle findet; auch konstatiert er Anlässe einer besseren Wertschätzung der Unfallverhütungsvorrichtungen, was er auf die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen zurückführt. Wie rücksichtslos einzelne Unternehmer sind, erhellt aus der Tatsache, daß die Inspektionsbeamten in mehreren Betrieben die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an besonders gefährlichen Maschinen untersagen mußten. In einer Metallwarenfabrik wurden auf Veranlassung des Inspektionsbeamten Arbeiterinnen aus dem Schieß- und Polierraum entfernt. In mehreren Betrieben wurde Uebersättigung der Räume konstatiert. In einer ganzen Reihe Betriebe mußte die Einrichtung von Ankleideräumen für Arbeiterinnen angeordnet werden, vielfach fehlte es an getrennten Ankleideräumen und Aborten für beide Geschlechter.

Im Berichtsjahre wurden für 1409 erwachsene Arbeiterinnen 44 644 Ueberstunden genehmigt und für 1029 Arbeiter an 40 Tagen 7370 Stunden Sonntagsarbeit. Sehr groß ist wieder die Zahl der von den Beamten ermittelten Verstöße gegen Arbeiterschutzgesetze. Klein 104 Unternehmer wurden bestraft wegen verbotswidriger Beschäftigung von Kindern. Es wurden „Strafen“ festgesetzt von 60 M. bis hinab zu 1 M. Wahrscheinlich weil es nur ganz kleine

Kinder waren, gegen die man sich verständig hatte. Ein bereits dreimal wegen Gewerbevergehen vorbehafteter Bäckermeister mußte die Gefesberachtung im vierten Falle mit 75 M. büßen, ein Kollege von der Schrippennacherzunft, der zum 13. Male bestraft wurde, brauchte nur 45 M. zu zahlen. In 21 Betrieben wurde die verbotswidrige Beschäftigung von Arbeiterinnen an Sonntagen ermittelt. Als Sühne mußten die Gefesberächter 3—50 M. zahlen. Die Uebertretung der Gesetze hat den Leuten sicher viel mehr eingebracht, darum kann solche Strafe nicht fürchten. Zu denselben „hohen Strafen“ wurden 182 Unternehmer und Betriebsleiter wegen unerlaubter Sonntagsarbeit verurteilt. In nicht weniger als in 1378 Anlagen wurden Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutze jugendlicher erlassenen Gesetze und Verordnungen ermittelt und wegen dieser Vergehen insgesamt 252 Personen bestraft; Verstöße gegen die Schutzgesetze für Arbeiterinnen wurden in 1277 Anlagen ermittelt und 278 Personen wurden deswegen in Strafe genommen. Der Respekt vor den Arbeiterschutzgesetzen ist beim Unternehmertum noch sehr schwach entwickelt und die milde Verurteilung der Beipflichtigkeit von den Gerichten dient eher dazu, diese zu erhöhen, als wie jenen zu stärken.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Mitglieder des 5. Kommunalwahlbezirks werden nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Volksbause stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Der Gruppenführer.

Friedrichsdorf, Mark, Cabbow, Bindow und Umgegend. Sonntag den 28. April, mittags 1 Uhr, im Lokal von Fädel, Friedrichsdorf, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Notwendigkeit der politischen Organisation. 2. Diskussion. 3. Renewahl des Vorstandes des Wahlvereins Friedrichsdorf. Sämtliche Arbeiter und Parteigenossen werden dringend ermahnt, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Riebersdörfchen. Die Wahlvereinsmitglieder werden dringend aufgefordert, sich vollzählig an der Handzettelervertellung zur Gemeindevertreterwahl, die am heutigen Donnerstag abend 8 Uhr von den drei bekannnten Lokalen aus stattfindet, zu beteiligen.

Bezirk Waldmannslust. Der Wahlverein veranstaltet seine diesjährige Waisfeier in Waldmannslust im Schweißerbäuhäuschen (Dianastraße) bestehend in Konzert, Tanz und Feste. Die Kaffeelücke steht den Genossinnen von 2 Uhr nachmittags ab zur Verfügung. Das Komitee ist bemüht, die Feier recht würdig zu gestalten und sind Billets, deren Preis auf 10 Pf. festgesetzt ist, bei den Abteilungsleitern und dem Obmann des Komitees Genossen Saged in Vorhölle zu haben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von der Schulnot in Moabit.

Eine Mietskaserne, die als Schulhaus dient, befindet sich auf dem Grundstuck an der Ecke der Deusselstraße und der Straße Alt Moabit. Bereits vierzehn Jahre hindurch wird sie von der Gemeindeschulverwaltung benutz. Doch jetzt bietet sich die Aussicht, daß die Stadtgemeinde dort endlich ein eigenes Schulgebäude errichten muß. Der Mietvertrag endet im Frühjahr 1908, das Wohnhaus wird dann sechzehn Jahre hindurch als Schulhaus gebietet haben. Es ist nicht darauf zu rechnen, daß der Vertrag verlängert werden kann. Das Postamt, das auf demselben Grundstuck untergebracht ist, dehnt sich immer mehr aus und braucht die Räume. Das ist ein Uebel; denn sonst hätte diese als Schulhaus benutzte Mietskaserne es wahrscheinlich noch „erlebt“, daß sie ihr fünfundzwanzigjähriges „Dienstjubiläum“ feiern durfte, wie es im vorigen Herbst der Mietschule in der Weidenburgerstraße beschieden war. Der Magistrat beantragt jetzt bei der Stadtverordnetenversammlung den Ankauf eines zwischen Alt-Moabit und Zwinglistraße liegenden Grundstücks, auf dem ein Schulhaus erbaut werden soll. In seiner bezüglichen Vorlage sagt er, daß „der stetig wachsende Verkehr auf diesem Postamt schon häufig zu Störungen des Unterrichtsbetriebes Veranlassung gegeben“ hat. Der Magistrat gesteht hiermit selber ein, wie bedenklich die Benennung solcher Mietshäuser ist. Aber das hindert die Gemeindeschulverwaltung nicht, an einer und derselben Stelle sich ein bis zwei Jahrzehnte hindurch oder noch länger mit gemieteten Räumen zu behelfen. Hinterher wird dann dreißt hinausposaunt, das Bedürfnis nach Schulhäusern trete manchmal so „plötzlich“ auf, daß wirklich nur übrig bleibe, zu dem Notbehelf der Mietschulen zu greifen. Moabit ist ein Stadtteil, der von jeher ganz besonders unter der Schulnot zu leiden gehabt hat. Auch gegenwärtig bestehen dort außer der oben genannten Mietschule ganz in der Nähe noch zwei andere, eine auf dem Grundstuck Wittstoderstraße 18 und eine auf dem Grundstuck Wicelstraße 2. Zwar hat die Stadtgemeinde da draußen auch mehrere eigene Schulhäuser aufgeführt, aber sie schiebt die Erfüllung dieser ihr lästigen Pflicht immer so weit wie möglich hinaus. Es handelt sich ja „nur“ um Gemeindeschulen! Die Freisinnigen des Rathhauses sind der Meinung, daß die minder steuerkräftige Bevölkerung, die ihren Nachwuchs in Gemeindeschulen bilden muß, eigentlich „gar nichts zu verlangen“ hat.

Wie ein „ganzgebildeter“ Christenmensch kämpft! In Nr. 98 hatten wir gezeigt, in wie drohlicher Weise das Stöckerche „Reich“ seine Gläubigen darüber zu trösten suchte, daß der Absall von der Kirche immer mehr zunimmt. Das Blättchen, das gar zu gern noch einmal im „Vorwärts“ genannt sein will, quält sich jetzt eine Antwort ab. Es beginnt mit der Behauptung, der „Vorwärts“ habe über die Wehrung der Freireligiösen einen „Triumphbesang“ angestimmt, und jammert dann: „So sieht's halt immer: Christliche Religion ist Privatsache, freireligiöse Propaganda ist Parteisache.“ Auf den Satz „Religion ist Privatsache“ beruft diese gottesfürchtige Remonstrante sich allemal dann, wenn sie in der Polemik gegen uns mit ihrem Latein zu Ende ist. Spricht sie davon, daß die Kirche den Besitzenden als Bollwerk gegen die Arbeiterklasse dient — gib Acht, da greift du die „Religion“ an! Bist du einem schelmlichen Verbreiter die Nase von seinem Heuchlergesicht reißten — sieh dich vor, da verständigt du dich wiederum an der „Religion“! Oder wagt du es, kühl und ruhig die Tatsache festzustellen, daß eine immer wachsende Schaar von Arbeitern den Pastoren und ihrer Kirche den Rücken kehrt und den Besitzenden selber ihr Bollwerk überläßt — halt ein, auch diese Feststellung ist schon ein Verbrechen an der „Religion“! Das Stöckerche „Reich“ scheint sogar das schon als Verstoß gegen den Satz: „Religion ist Privatsache“ zu empfinden, daß wir diesem Pastorenblättchen vorgehalten haben, welchen Ansturm es über den Anteil der Arbeiterbevölkerung an den Austritten aus der Kirchengemeinschaft zusammengekehrt hat. Aus Wut hierüber schwindelt es jetzt, der „Vorwärts“ habe „gefalscht“. Das Blättchen batte aus einzelnen Gemeinden die Zahl der dort wohnenden Dissidenten mitgeteilt und im Anschluß daran behauptet, daß man nicht sagen kann, die Dissidenten wohnen in den Arbeitervierteln. Zwar

hatten wir diese einseitige Bemerkung wörtlich zitiert. Aber das Stöckerblättchen erzählt jetzt dreist und gottesfürchtig seinen Lesern: „Dies fälscht der Vorwärts“ dahin, als hätte unser Blatt behauptet, daß die Dissidenten nicht in Arbeitervierteln wohnen“. Die von uns aus einer Versammlungsbere zitierte Äußerung des Herrn Plumm, die gegenwärtige Bewegung zum Austritt aus der Kirchengemeinschaft finde ja fast nur in der Arbeiterbevölkerung Anhang, gibt dem „Reich“ Anlaß, die „Gebildeten“ (soll heißen: die Besitzenden) darob zu preisen, daß sie gegenüber dieser Bewegung sich ablehnend verhalten. Die „Bildung“ ist schließlich auch der Haupttrumpf, mit dem das „Reich“ den „Vorwärts“ schlägt. Den „Gebildeten“ des Stöckerischen Pastorenblättchens sind wir die „Halb- und Viertelgebildeten“; so werden wir dort tituliert. Diese Armen im Geiste Stöckers ahnen nicht, daß zwischen Schulwissen und Bildung noch ein gewaltiger Unterschied besteht. Niemand spricht so viel von „Bildung“ und niemand prahlt so viel mit „Bildung“ als diejenigen, die trotz ihres auf Gymnasium und Universität erworbenen Wissens aller wahren Bildung bar geblieben sind.

Mit der Verabsichtigung des Rettungswesens hat sich auch eine Sitzung der Vereinigung der Berliner Sanitätswachen beschäftigt. Wesentlich beschränkt sich der Magistrat in seiner der Stadtverordnetenversammlung zugegangenen Vorlage im wesentlichen auf die Organisation des Rettungswesens und der Uebernahme der Rettungswachen; weitergehende Wünsche auf Uebernahme der ersten Hilfe sowie des Krankentransportwesens legt er ab. Daß die Vorschläge des Magistrats nur Halbsheiten sind, geht auch aus den Darlegungen des in dieser Sitzung erschienenen Bürgermeisters hervor. Er nahm das Wort, um zu erklären, daß von einer Verabsichtigung des Berliner Rettungswesens heute noch nicht gesprochen werden könne; der Vertrag mit dem Ärzteverein sei notwendig geworden und laufe mit dem 1. April 1908 ab. Das letzte Wort sei also noch nicht gesprochen. Es bestehe der Wunsch, daß die Sanitätswachen, Unfallstationen und der Verband für erste Hilfe mit dem Krankentransport usw. sich weiter entwickle. Jetzt handle es sich nur um die Sorge für fünf Rettungswachen. Den Wünschen dieser Organisationen würde der Magistrat in der Zukunft genau so wie dies in der Vergangenheit geschehen sei, Rechnung tragen.

Der Vorstand der Vereinigung der Sanitätswachen war einmütig der Ansicht, daß die fundamentalen Einrichtungen der Sanitätswachen und Unfallstationen mit ständigen Ärzten versehen bleiben müßten. Von einer Verabsichtigung wurde aber nach den Erklärungen des Bürgermeisters Abstand genommen.

Die Polizei, die helfen soll.

gibt durch die Art ihrer Polistätigkeit und manchmal die schwierigsten Rätsel auf. Was hat sie z. B. zu tun, wenn sie am späten Abend auf der Straße einen arg zerhauenen Menschen findet? Ruft sie ihn einem Arzt zuführen, damit der ihn zusammenflickt? Oder ist es zweckmäßiger, ihn nach der Wunde zu schleppen und ihn dort die Nacht hindurch zu verwahren? Diese Frage drängen sich uns auf aus Anlaß eines Vorkommnisses, das vom Gesundheitsamt gemeldet wird.

Einen Arbeiter W. aus der Soldinerstraße ist da ein sehr schlimmes Abenteuer widerfahren. W. ging am 14. April (Sonntag) mit einem Freunde hinüber nach dem Wedding zu einer in der Reuen Hochstraße wohnenden Familie und machte sich abends vor 10 Uhr allein wieder auf den Heimweg. Man sagt, er sei betrunken gewesen, als er aufbrach. Nach Hause kam er erst am anderen Morgen. Als er eintrat, befand er sich in einem Zustand, aber den seine alte Mutter sich entsetzte. Die Stirn war mit Seulen bedeckt, ein Auge schien verletzt zu sein, die Waden waren dick geschwollen, ein Arm war anscheinend verrenkt, der Rücken wies in der Kreuzgegend eine große Wunde auf. Es sah aus, wie wenn man W. am Arm gezerrt, ihn mit Fausthieben traktiert, ihm einen Tritt ins Gesicht gegeben hätte usw. W., der über heftige Schmerzen klagte, erzählte seinen Angehörigen, er sei auf dem Heimwege mit einem Schuttmann zusammengeraten, der habe ihn nach der Polizeiwache in der Hochstraße geschafft, und dort habe man ihn dann so zugerichtet. Von polizeilicher Seite soll inzwischen die Versicherung gegeben worden sein, W. sei zerhauen auf der Straße aufgefunden worden.

W. hat behauptet, auf der Polizeiwache sei er zerhauen worden, aber er hat keine Beschwerde oder Anzeige gegen die Schutzleute eingereicht, von denen er geprügelt zu sein meinte. Hätte er das getan, so hätte er sich darauf gefaßt machen können, noch wegen Schuttmannsbeleidigung belangt zu werden. Und es erscheint sehr fraglich, ob ein Gericht es als strafmildernd angesehen hätte, daß er in der Trunkenheit vielleicht nicht so genau darauf geachtet habe, wo und von wem er die Hiebe bekam. W. hat, wie gesagt, sich nicht beschwert. Er hat aber wider Willen seine Verschuldigungen dadurch zur Kenntnis der Polizei und des Gerichts gebracht, daß er sich ins Bett legte und starb. Wir wollen hier einschalten, daß W. lungenleidend war und wegen Erwerbsunfähigkeit Invalidenrente bezog. Am 15. April war er zerhauen nach Hause gekommen, vom 17. an stand er nicht mehr aus dem Bett auf, am 19. war er aller Schmerzen ledig. Der Arzt, der geholt worden war, als W. bettlägerig wurde, verweigerte die Ausstellung des Totenscheines. Die Leiche wurde dann obduziert; dabei soll sich ergeben haben, daß W. an Lungenentzündung und Bauchfellentzündung gestorben sei. Am 24. April, Mittwoch, ist er beerdigt worden.

Die Angehörigen W.s werden es nun glauben müssen, daß er nicht an den Folgen der Prügel gestorben ist. Da sie aber auf dem Polizeibureau bei der Meldung des Todesfalles auch die Prügelaffäre nach der von W. gegebenen Schilderung mitgeteilt hatten, so ist eine Untersuchung hierüber eingeleitet worden. Dabei entwickelt die Polizei einen Eifer, wie er größer kaum verlangt werden kann. Von dem Bureau Grünhaldenstraße kam alsbald ein Leutnant in eigener Person in die Wohnung des Verstorbenen, um sich zu informieren. Am anderen Tage wurden die Angehörigen vor die Polizei gefordert und dort vernommen. Nachdem das erledigt war, fand sich zwei Tage später in ihrer Wohnung ein Mann ein, der sich als Kriminalpolizist bezeichnete. Er erzählte, W. sei an jenem Abend von der Polizei in der Hochstraße nahe dem Ostentworengeschäft der Firma Schröder aufgefunden worden, ein paar Zivilisten hätten das mit angesehen. Ein Schuttmann habe ihn nach der Unfallstation bringen wollen, aber W. habe sich geweigert.

Uns ist neu, daß in einer solchen Affäre die Polizei das Ergebnis ihrer Ermittlungen den Angehörigen eifertig ins Haus trägt. Indes, dem Liebesdienste dieses Mannes verdanken wir nun wenigstens die Kenntnis der Darstellung, daß versucht worden sei, W. nach der Unfallstation zu bringen. W.s Angehörige versichern, W. selber habe ihnen hierüber nichts erzählt. Rätselhaft bleibt freilich auch so noch manches. Wird jemand annehmen wollen, daß W., nachdem er die Hilfe abgelehnt hatte, zur Wache gebracht und dort verwahrt wurde und ohne Hilfe blieb? Oder wird einer zu glauben wagen, daß die Polizei sich nun nicht weiter um W. kümmerte, obwohl er ihr eben noch als hilfsbedürftig erschienen war? Wer sich an dem Beschloßen vergreifen hat, das wird ja wohl niemals herauskommen. Aber einwandfrei muß unseres Erachtens

festzustellen sein, wie es um die Pflicht der Beschaffung ärztlicher Hilfe stand.

Abenteuer auf der Polizeiwache. Von einem hiesigen Arzt wird dem „Verf. Tageblatt“ geschrieben: Montagabend 11^{1/2} Uhr erreichte am Bahnhof Alexanderplatz die hin- und her schwankende Gestalt eines betrunkenen Schymanns Kuffchen. Bald gestellte sich der Beamte zu einer Dame, und nach wenigen Minuten wurde diese, ohne zu wissen warum, zur Wache geführt. Die Menge gab ihrer Entrüstung lauten Ausdruck, die noch stieg, als der Beamte auf dem Wege zur Wache in der Gontardstraße blank zog. Mit der einen Hand die Dame vor sich her treibend, mit der anderen den Säbel in der Luft schwingend, gelangte der Schymann, der sich kaum auf den Beinen halten konnte, auf das Revier. Hier boten sich viele Zeugen an, unter anderen wollte auch ich das Geschehene zu Protokoll geben. Zum Dank dafür wurde ich von einem anderen Beamten — einfach in eine finstere Arrestzelle gestochen und eingeschlossen, obgleich ich in ruhiger Tone versicherte, daß ich ja weiter nichts wolle, als meinen Namen und meine Adresse zur Zeugenschaft nennen. Nach wenigen Minuten wurde ich aus meiner unangenehmen Lage durch den Wachmeister befreit, nachdem ich mich durch Klopfen bemerkbar gemacht hatte.

Wie das „Tageblatt“ auf Anfrage an zuständiger Stelle hört, sind die antilichen Ermittlungen über die peinlichen Mißgriffe des betreffenden Schymanns bereits im Gange.

Auch und ist gestern über die Angelegenheit Mitteilung gemacht worden. Danach hat es Kuffchen erregt, daß der in Frage kommende Schymann sich auf offener Straße mit einer Zivilperson, anscheinend einem Schlächtermeister, umarmte und dann in das Bahnhofgebäude hineinging. Hier soll er eine auf ihren Mann wartende Frau in der beleidigendsten Weise angesprochen und sie, da sie sich diese Behandlung nicht gefallen ließ, schließlich mit sich gezogen haben, um sie nach der Wache zu bringen. Auf dem Wege dorthin sammelten sich viele Menschen an, die dieselben Beobachtungen wie der Arzt gemacht haben. Der in Frage kommende Arzt ist an einem hiesigen städtischen Krankenhaus angestellt.

Wir sind wirklich begierig, was aus der Sache herauskommt. Es sollte uns wundern, wenn sie einmal anders verlaufen sollte, als sonst, wo die durch die Polizei Beleidigten noch ein Strafmandat erhielten.

Der Grunewald als Naturdenkmal. Für die Erhaltung des Grunewaldes in seiner natürlichen Beschaffenheit treten jetzt auch die wissenschaftlichen Kreise Berlins ein. In einer ausführlichen Eingabe wendet sich die Ortsgruppe Berlin und Umgegend des Vereins zur Förderung des Unterrichts in Mathematik und Naturwissenschaften an die Magistrat und Gemeindevorstände von Berlin und allen an der unbeeinträchtigen Erhaltung der Grunewaldmoore interessierten Vororte mit der Bitte, baldigst zu gemeinschaftlichem Vorgehen zusammenzutreten. Die Ortsgruppe empfiehlt, zu beschließen: mit der königlichen Staatsregierung Unterhandlungen anzuknüpfen, um das gesamte fiskalische Moorgebiet im Grunewald zu pachten und als wissenschaftliches Reservat dauernd im jetzigen Zustande zu erhalten; ferner: das Terrain des Schlachtenfelds, der Aramunen Lanke und des Niemeierfelds käuflich zu erwerben, um seine Ausschachtung durch Privatunternehmer für alle Zeit zu verhindern. Es wird in der Eingabe besonders auf die verschiedenen Landschafts- und Vegetationsformen des Grunewaldes, wie Hoch- und Flachmoor, Vertorfung, schwingende Wiesen, und auf die ganz eigenartige, interessante Flora hingewiesen, die nicht nur für Geologen und Botaniker, sondern in noch höherem Grade für die Zwecke des praktischen Unterrichts von allergrößter Bedeutung sind.

Neue Spreedampfer. Die Probefahrt eines der neuerbauten Doppelschrauben-Passagierdampfer der Stern-Gesellschaft, des „Berger von Siemens“, hat jetzt stattgefunden. Die Fahrt begann, unter Beteiligung der Direktoren der Werft und der Erbauer, an der Werft der Stettiner Oberwerke und erstreckte sich über das große Haff bis in die Ostsee. Am Rollenlopf bei Swinemünde wendete der Dampfer. Die Teilnehmer landeten am Vollenwerk. Der neue Dampfer ist 33 Meter lang und etwa 6,30 Meter breit. Er faßt etwa 450 Passagiere. Die innere Einrichtung entspricht den heutigen Anforderungen. Das Schiff hat trotz des ziemlich stürmischen Wetters bei entgegenstehendem Winde die Fahrt von Stettin bis Swinemünde in 8 Stunden 8 Minuten zurückgelegt. Es wurde dabei eine Höchstgeschwindigkeit von über 11 Knoten oder 20,5 Kilometer in der Stunde entwickelt. Ende dieser Woche wird das Schwester Schiff des Berger von Siemens fertig und seine Probe zu bestehen haben. Es erhält den Namen „Leopold von Hanke“. Beide Dampfer sind für den Verkehr auf der Ostsee bestimmt.

Was an den Schaltern zu lesen sein wird. Mit Einführung der Tarifreform, 1. Mai d. J., sollen — nach einem Erlaß des Ministers Freickenhach vom 18. d. M. — zur Erleichterung des Verkehrs und der Kontrolle der Fahrkarten, sowie der Gepäcksabfertigung in großer Schrift gedruckte Bekanntmachungen an auffallenden Stellen der Fahrkarten- und Gepäckschalter angebracht werden, und zwar für erstere folgenden Wortlaut:

„Rückfahrkarten werden nicht mehr ausgeben (ausgenommen im Seebäder- und Auslandsverkehr). Wer bei Lösung der Fahrkarte schon entschlossen ist, an demselben oder am nächstfolgenden Tage die Rückreise anzutreten, kann — soweit nicht Doppeltickets vorausgab worden — gleichzeitig mit der Fahrkarte zur Hinfahrt auch eine Karte zur Rückfahrt lösen. Die zur Rückfahrt bestimmte Karte wird durch den Stempel „Rückf.“ als gültig zur Fahrt in umgekehrter Richtung gekennzeichnet. Zur Vermeidung von Verzögerungen bei den Fahrkartenprüfungen wird ersucht, die mit dem Stempel „Rückf.“ versehenen Fahrkarten den Schaltern an der Wahnsteigsperrle oder den Bügen bei der Hinfahrt nicht mit vorzugeben.“

Die an den Gepäckschaltern angebrachten „Bekanntmachungen“ sollen lauten:

„Freigezack wird nicht mehr gewährt. Reisegepäck im Gewicht bis zu 25 Kilogramm einschließlich wird zu folgenden Sätzen befördert: Auf Entfernungen von 1 bis 50 Kilometer (Zone N und 1) 0,20 Mk., auf Entfernungen von 51 bis 300 Kilometer (Zone 2 bis 6) 0,50 Mk., auf Entfernungen über 300 Kilometer (Zone 7 bis 14) 1 Mk. Die Frachttaxe für höheres Gewicht sind aus dem aushängenden Tarife zu ersehen.“

Unfälle auf dem Straßenverkehr. Ein Opfer ihrer Kurzsichtigkeit und ihres schlechten Gehörs ist gestern Abend eine unbekannt etwa 70 Jahre alte Frau geworden. Die Greisin war im Begriff gewesen, an der Kreuzung der Hohenstaufen- und Goltzstraße den Fahrdamm zu überschreiten. Sie bemerkte hierbei nicht das Heranziehen eines Droschkenautomobils und rannte infolge ihrer Kurzsichtigkeit direkt gegen den Kraftwagen. Der Chauffeur bemerkte zwar sofort, konnte es aber nicht mehr verhindern, daß die alte Frau von den Vorderreifen überfahren wurde. Ohne ein Lebenszeichen von sich zu geben, wurde sie unter dem Gefährt hervorgezogen und nach der Rettungswache in der Eisenacherstraße gebracht. Dort konnte bei ihr aber nur noch der Tod festgestellt werden. Ueber die Persönlichkeit der Toten konnte nichts ermittelt werden. — Ein schwerer Unfall ereignete sich am Straßenbahnnetz bei sich gestern Nachmittag an der Ecke der Postfährstraße und Güntelstraße ereignete. Der zehn Jahre alte Sohn des Augenarztes Dr. Mühsam, Mohlt. 79, wollte einen bereits von der Haltestelle abgefahrenen Straßenbahnwagen der Linie 92 besteigen. Er stieß jedoch vom Trittbrett ab, kam zu Fall und geriet nun unter den nachfolgenden Anhängewagen. Die Räder gingen ihm über den rechten Fuß hinweg und zermalmten ihn fast vollständig, so daß er jedenfalls amputiert werden muß. M. fand im Krankenhaus Moabit Aufnahme.

Großes Kuffchen

hat in der Kridstraße der Selbstmord eines fünfzehnjährigen Dienstmädchens erregt. Am Sonntagvormittag stürzte sich plötzlich ein junges Mädchen aus dem Fenster des Hauses in der Kridstr. 44, Ecke der Heimstraße auf die Straße und blieb hier tot liegen. Sofort wurde sie mit einem Wagen nach der Unfallsstation gebracht, es konnte aber hier nur der Tod festgestellt werden. Ueber die Ursache dieses Schicksals werden in der dortigen Gegend die ungeheuerlichsten Gerüchte kolportiert. Es heißt, daß die Behandlung des jungen Mädchens durch ihre Herrschaft, einer Mätin Frau Kleist, sehr viel zu wünschen übrig gelassen habe. Speziell an dem Unglückstage kurz vor dem Selbstmord des Mädchens soll es zu einem Austritt gekommen sein. Es wäre in der Tat sehr wünschenswert, wenn sich die Behörden etwas eingehender um die Verhältnisse kümmern wollten, die über die Behandlung des Dienstmädchens durch besagte Herrschaft im Umlauf sind.

Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich am Montag, den 22. d. M., vormittags zwischen 9 und 10 Uhr in der K. E. G., Hüttenstraße (Turbinenfabrik). Einem jungen Manne aus der Abteilung des Meisters Schulz (Installation) wurde mit einem elektrischen Aufstrich die linke Hand vollständig vom Arme getrennt und der rechte Arm zwei- bis dreimal gebrochen, so daß die Knochen splitter herausfielen. Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Der Meister Schulz ließ von dem betreffenden Berufslernen Installationsarbeiten an der Kranbahn ausführen, während der Kran hin- und herfuhr. Um etwas höher reichen zu können, stellte sich letzterer eine Leiter an die Kranbahn. Er hatte beide Arme auf der Bahn, als der Kran angefahren kam, und nun geschah das Entsetzliche. Der Kran fuhr ihm über beide Arme hinweg, so daß der rechte Arm zwei- bis dreimal gebrochen und die linke Hand vom Arme getrennt wurde. Der Unglückliche stürzte von der Leiter. Er wurde von Kollegen aufgehoben und mittels Droschke sofort nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Wieder ist ein gesunder Mensch zum Krüppel geworden im Dienste des Kapitals.

Das Pferd auf der Unfallsstation. Einen „hohen“ Patienten hatte gestern die Unfallsstation in der Eichendorffstraße zu behandeln. Ein Spektationsfischer war mit seinem Fuhrwerk am Stettiner Bahnhof gegen einen Lastwagen gefahren, wobei eines der Pferde klaffende Wunden an der Stirn und an der Brust davontrug. Auf Anraten eines Polizeibeamten brachte der Kutscher das Tier nach der nahen Unfallsstation 9, wo ihm der starke Klüberlauf durch Anlegen von Verbänden beseitigt wurde. Der festsame Patient hatte natürlich allgemeines Kuffchen erregt.

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen beschäftigt mit dem Bau der Verbindungsstrecke ihrer Bahnen Schleifischer Bahnhof-Treptow und Niederschöneweide-Röpenitz bereits in diesem Sommer zu beginnen. Es braucht nur noch die Verbindung zwischen Treptow und Niederschöneweide geschaffen werden. Alsdann besteht eine neue Verbindung zwischen Köpenitz und dem Schleifischen Bahnhof in Berlin über Treptow und Schöneweide. Die beteiligten Gemeinden haben bereits ihre Zustimmung erteilt. Gleichzeitig soll die alte Dorfstraße in Treptow reguliert und verbreitert werden. Sie soll eine Breite von 22 Metern erhalten, ebenso die Neue Krug-Allee. Die Kosten für die Regulierung der Dorfstraße übernimmt Treptow, die Gemeinde Berlin überläßt dafür das auf beiden Seiten erforderliche ihr gehörige Terrain zur Straßenverbreiterung und leistet für die Verbreiterung der Neuen Krug-Allee als Eigentümerin der dortigen Gelände einen Beitrag von 183 000 Mk. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Treptow noch im Anfang des vorigen Jahrhunderts vollständig zu Berlin gehörte und erst später abgetrennt wurde, gegen die Verpflichtung, daß Berlin einen Teil der Verwaltungskosten trägt.

Bei der Jagd auf seinen davongeflohenen Gut ist Dienstag vormittag der 60 Jahre alte Arbeiter Emil Holschenski ins Wasser gestürzt. Vor dem Hause Rotbuserdamm 44a entführte ihm der Wind seinen Hut und warf ihn auf die Uferböschung des Kanals. Holschenski überstieg das Geländer, verlor dabei das Gleichgewicht und rollte die Böschung hinab ins Wasser. Arbeiter der Igl. Wasserbauinspektion I, die zufällig mit einem Fahrzeuge in der Nähe der Unfallstelle hielten, zogen den Verunglückten wieder heraus, worauf er von einem Schymann in einer Droschke nach dem Krankenhaus Am Urban geschafft wurde, wo neben einer Verletzung des Hinterkopfes ein Beckenknochenbruch festgestellt wurde.

Feuerwehrbericht. In der vergangenen Nacht wurde die Feuerwehr fast gleichzeitig dreimal alarmiert. Im Ritternacht brannten in der Brandenburgstr. 20 Lade, Regale, Leisten u. a. Die Flammen hatten schon eine beträchtliche Ausdehnung erlangt. Durch kräftiges Wassergeben gelang es indes, die Flammen auf einen Raum zu beschränken. Gleichzeitig stand ein Zigarrenladen Reu-Kölln a. B. 20 in Flammen. Holzlasten, Fußböden u. a. waren dort in Brand geraten. Vor dem Hause Alexanderstr. 71 am Alexanderplatz brannte ein Automobil kurz vor Ritternacht. Ferner hatte die Wehr noch in der Krautstr. 1a, Gerichstr. 66 und Blumenstr. 51a zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wenn ein Staatsbürger in die Hände der Polizei gerät, kann er manchmal die sonderbarsten Erlebnisse machen. In der dunklen Zelle der Polizeiwache sollen da oft Sachen passieren, die kaum niedergeschrieben werden können und auch nicht dürfen, weil die Wände nicht als Zeugen vor das Gericht geschleppt werden können. Zu Ruh und frommen weiterer Kreise wollen wir hier eine kleine Geschichte zum besten geben, die sich dieser Tage in Rixdorf ereignet hat. Ein Arbeiter kam mit seinem Arbeitgeber in Differenzen und erhielt seine Entlassung. Als er aufrufen sollte, verlangte er auch seine Papiere. Diese waren wohl noch nicht vollständig angefertigt und so kam es zwischen beiden zu einer etwas lauten Aussprache. Das hörte die Frau des Verwalters des Hauses, Mänschenstr. 51, die ihren Mann herbeiholte, der in seinem Amte Schymann ist. Um den sich etwas laut gebenden Gast los zu werden, packten ihn Arbeitgeber und Verwalter beim Schymann und wollten ihn nach der Polizei bringen. Warum das geschah, ist ganz unverständlich, da ja der Name des Arbeiters dem Arbeitgeber, Badeanstaltsbesitzer Brause, bekannt war. Auf der Straße kamen andere Beamte hinzu und brachten den Mann nach der Wache. Was nun da passiert ist, kann nicht genau kontrolliert werden. Jedenfalls ist der Sisierte in einer Verfassung wiedergekommen, die ein ärztliches Attest wie folgt kennzeichnet:

Rixdorf, 23. 4. 07.

Herrn Ludwig M. beschneige ich hiermit, daß er an der linken Brust- und Rückenleiste bedeutende Schwellung und Schmerzhaftigkeit der Haut aufweist, außerdem sind eine Reihe bis 10 Zentimeter lange Striemen und blutunterlaufene Stellen vorhanden. Herr M. ist infolge dieser Verletzungen arbeitsunfähig.

Nach seinen Angaben verdanken diese Verletzungen ihren Ursprung Rixhandlungen, die er auf einer Polizeiwache erlitten hat.

Dr. Silberstein

Arzt

Rixdorf, Berlinerstr. 93.

Inwiefern die Angaben des Verletzten zutreffend sind, das festzustellen, wäre Sache der vorgehenden Behörde. Jemandem muß der Mann doch diese Verletzungen erhalten haben. Außerdem ist es gar nicht zu verstehen, warum der Mann nach der Polizei gebracht wurde, da doch gar kein Zweifel über die Person des Arbeiters obwalten konnte.

Wilmerdorf.

Das Schwein auf der Polizeiwache. In der vorgestrigen Nacht verursachte ein herrenloses Schwein allgemeine Heiterkeit. Das Tier war seinem Besitzer am Rikoltsburgerplatz entlaufen und nahm den Weg durch die Landhaus- und Berlinstraße. Einem Straßenbahn-Schaffner gelang es, den etwa zwei Zentner schweren Flüchtling bis zur Polizeiwache in der Auguststraße zu laden. Dort aber war guter Rat teuer. Man sah sich schließlich gezwungen, das Vorstentvieh anderweitig unterzubringen und es dort so lange zu lassen, bis sich der Eigentümer gemeldet haben wird.

Lichtenberg.

Tödtlich verunglückt ist gestern morgen der 68 Jahre alte Töpfer Frenke, Oranier Weg 23 wohnhaft. Derselbe wollte auf einem Neubau in der Schornweberstraße Arbeit suchen. Als er den Eingang des Neubaus passieren wollte, fiel plötzlich ein Brett des Gerüstes aus der vierten Etage herunter und traf F. an die rechte Seite des Kopfes. Der Schwerverletzte brach sofort tot zusammen und wurde nach dem Lichtenberger Schauhaus gebracht.

Wetterwirtschaft?

In der bereits erwähnten Provisionsangelegenheit nimmt nun der Magistrat bezw. das Amtsblatt von Schleuditz das Wort. Nachdem bereits andere Zeitungen auf unsere Nachricht hingewiesen, monach der Gemeinde Lichtenberg von der Sparkasse Schleuditz ein Darlehen von 150 000 Mk. gegen 4 Proz. Zinsen angeboten sei, aber auch von einem Vermittler 1 Proz. Provision gefordert würde, erklärt jetzt das „Schleuditzer Wochenblatt“, daß in der am Montag, den 29. April, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung „die ganze Angelegenheit aufgearbeitet werden soll.“ Vorläufig (!) bemerkt das Blatt: Zwischen der Gemeinde Lichtenberg und dem Sparkassen-Direktorium Schleuditz sei nur direkt verhandelt worden! Die Sparkasse zahle keine Provisionen, auch fordere aber erhalte sie keine solche. Ein Vermittler sei von der Sparkasse nicht beauftragt gewesen. Habe die Gemeinde sich eines Vermittlers bedient, um erst auf die hiesige Sparkasse aufmerksam gemacht zu werden, so beruhe das letztere in keiner Weise.

Nun vergleiche man mit diesem Erguß die Erklärung des Lichtenberger Gemeindevorstandes, nach der in der Regel auf direkte An- und Umfrage bei den Kasseneinrichtungen, ob dort Geld vorhanden sei, gar nicht oder verneinend geantwortet wird. Man vergleiche aber auch die Vorlage, die der Lichtenberger Gemeindevertretung zur Beschlußfassung unterbreitet wurde, und man wird zu dem Schluß kommen müssen, daß es sich „um eine offizielle Vermittlung handelt“.

Vorlage zu Punkt 7 der Tagesordnung der Gemeindevertretersitzung am 11. April 1907 betreffend Aufnahme einer Anleihe von 150 000 Mk.

Durch die Vermittlung des Herrn C. Walfisch in Wilhelmstraße bei Berlin kann die Gemeinde Lichtenberg von der städtischen Sparkasse in Schleuditz ein Darlehen von 150 000 Mk. gegen 4 Proz. Zinsen erhalten; für die Vermittlung wird eine Provision von 1 Proz. gefordert. Die Gemeinde Lichtenberg hat zwar bisher für die Vermittlung der Anleihen stets einen niedrigeren Satz gezahlt, doch glaubt der Gemeindevorstand, in dem vorliegenden Falle die Bewilligung der geforderten Provision vorzuschlagen zu können, weil die Beschaffung von Anleihen bei den augenblicklichen Geldverhältnissen äußerst schwierig ist, auch von dem Vermittler für die Beschaffung weiterer und größerer Anleihen eine niedrigere Provisionsforderung in Aussicht gestellt ist.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die Gemeindevertretung wolle beschließen:

1. Bei der städtischen Sparkasse in Schleuditz ein Darlehen von 150 000 Mk. zur teilweisen Deduktion der Kosten des Schulhausneubaus in der Friedrichstraße aufzunehmen. Die Anleihe ist mit 4 Proz. zu verzinsen und mit 3 Proz. zu amortisieren.
2. Die Kündigung wird auf 8 Monate festgesetzt.
3. Für die Vermittlung ist eine Provision von 1 Proz. zu zahlen.

Lichtenberg, den 9. April 1907.

Der Gemeindevorstand.

J. J. J.

Warten wir demnach ruhig ab, was die Stadtverordnetenversammlung in Schleuditz über die Wetterwirtschaft sagen wird. Das eine aber darf wohl schon heute als zweifellos angenommen werden: Die Wetter werden die „lösen Sozis“ nicht segnen! Manches schöne Taufendmarktsgeldchen ist in gleich müheloser Weise — nicht mehr zu ernten! Oder doch?

Nieder-Schönhausen.

Kur ein Tag trennt uns noch von der Gemeindevertretersitzung. Parteigenossen, müßt diese kurze Frist nach Kräften aus, agitiert unermüdet, daß es uns endlich gelingt, einen sozialdemokratischen Vertreter in unser Dorparlament hineinzubringen. Niemand darf am Wahltag fehlen, auch nicht diejenigen Genossen, die am 1. April aus Nieder-Schönhausen verzogen sind. Auch ihnen steht die Ausübung des Wahlrechtes zu. Insbesondere aber bitten wir die Berliner Genossen, die mit Nieder-Schönhauser Arbeiter zusammen in Berliner oder Vorortbetrieben, auf Bauplätzen usw. beschäftigt sind, dafür Sorge zu tragen, daß die Nieder-Schönhauser Kollegen ihr Wahlrecht ausüben. Wir verweisen nochmals darauf, daß jeder, der am Freitag bis 7 Uhr im Wahllokal (Niedemitts Restaurant) ist, wählen darf. Also Parteigenossen, tut Eure Pflicht und Schuldigkeit! Der Freitag muß uns den ersten sozialdemokratischen Gemeindevertreter ins Nieder-Schönhauser Ortsparlament bringen!

Tegel.

Die Schulgemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung am Dienstag zunächst Kenntnis von einem Dankschreiben der Lehrer und Lehrerinnen der Volksschule aus Anlaß der bewilligten Gehaltserhöhungen und dann von der Genehmigung der sechs neuen Lehrstellen (drei zu Ostern und drei zu Michaelis) durch die Regierung. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf einen Antrag auf Einrichtung weiterer Osterklassen und Lehrstellen an der Volksschule. Die Osteraufnahme ist infolge der zunehmenden Zugabe so enorm stark gewesen, daß zwei Klassen über 65 Kinder zählen und infolgedessen geteilt werden müssen. Es sollen nun zwei Klassen neu errichtet und je eine Lehrer- und eine Lehrerstelle neu geschaffen werden. Die Klassen müssen bis zur Vollendung des neuen Schulflügels in den jeweilig freien Klassenräumen untergebracht werden. Geeignete Mieträume sind sehr schwer zu haben. Das Provisorium wird nicht lange dauern, denn schon ist der Neubau bis an den dritten Stock gediehen. Auf die Anfrage an Rektor Wärtens, ob es nicht gut sei, die Anfangsklassen statt von 7 Uhr ab erst um 8 Uhr zu unterrichten, erhielt Genosse Lichtenberg die Antwort, daß die Erfahrung lehre, daß trotzdem die Kinder schon um 7 Uhr auf der Treppe der Schule lärmten. Er sei persönlich für die Anfangsklasse gegen jedes zu zeitige Anfangen des Unterrichts. Aus schulischnischen Gründen habe es sich aber hier in einer Klasse nicht anders machen lassen. Ein Antrag des Genossen Lichtenberg forderte überdies noch, daß den Gemeindevertretern ein Klassenverzeichnis mit der betreffenden Schülerzahl für jede Klasse zum Oster- und Michaelisterrmin zugestellt werde. Die Klassenvermehrung, wie die Lehreranstellung und der Antrag Lichtenberg wurden angenommen. Da der neue Schulflügel zu Michaelis 1908 spätestens voll sein wird, so erwuchs gleichzeitig die Notwendigkeit, für weiteren Ersatz an Schulräumen zu sorgen. In Aussicht zu nehmen war da nur der Bau einer neuen Schule auf dem im südlichen Ortsteil vorgegebenen Gelände zwischen Gafelhorst- und Spanauerstraße. Die Verammlung beschloß, den Schuldvorstand zu eruchen, recht bald geeignete Pläne und Kostenaufschläge vorzulegen. Das Kapital von 250 000 Mk. für die Schulanlage ist jetzt zu 4 1/2 Proz. und 1 Proz. Geschäftsumkosten angeboten worden. Der Vorstand wurde ermächtigt, eventuell abzuschließen. Die Ge-

Halbregelung für Schuldener Hitze wurde auf Antrag des Schöffen Reichelt gegen die Stimmen der Genossen Lichtenberg und Rodeike dem Schulvorstand überwiesen.

Spandan.

In der gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende der im letzten halben Jahre aus dem Leben geschiedenen Genossen. Besonders erwähnte er die große Bedeutung Ignaz Auer's, durch dessen Tod das Proletariat einen seiner besten Streiter verloren hat. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Form. Anschließend hieran gab der Vorsitzende den Vorstandsbericht. Derselbe ist folgendes zu entnehmen: Im letzten halben Jahre haben stattgefunden 28 öffentliche Versammlungen, 8 Sitzungen der erweiterten Parteileitung, 17 Vorstandssitzungen, 2 kombinierte Sitzungen und 5 Sitzungen, in welchen persönliche Angelegenheiten beraten wurden. Die Abonnementzahl des „Vorwärts“ hat sich innerhalb dieses Zeitraums um circa 300 vermehrt und beträgt zur Zeit 1310. Große Anforderungen wurden an die Genossen in bezug auf die Flugblattverteilung gestellt und es muß zur Ehre der Partei gesagt werden, daß die Genossen bis zum letzten Augenblick, von ganz beschwörenden Ausnahmen abgesehen, ihre volle Schuldigkeit getan haben. Im ganzen Kreise in 23 Orten haben 104 Versammlungen stattgefunden, außerdem sind 14 Flugblätter in einer Auflage von circa einer halben Million im Kreise verbreitet worden. Rechnet man die speziellen für Spandan und einige andere Orte herausgegebenen Flugblätter hinzu, so ergibt sich eine Gesamtsumme von circa einer Million Exemplaren. Außerdem wurde noch die Wahlleitung in 100 000 Exemplaren im Kreise verbreitet. Die Stimmengabe gegen die vorliegende Wahl beträgt 1447. Wenn auf dem Lande eine Stimmenabnahme von 443 zu konstatieren sei, so erkläre es sich aus dem Fehlen der Schnitter und Landarbeiter. Allein in Reghin sind 250 Stimmen bei der diesmaligen Wahl weniger abgegeben worden. Daß auch die Unkosten dementsprechend große seien, sei wohl erklärlich. So betragen die Gesamtausgaben für den Kreis rund 18 000 M., dem jedoch eine fast ebenso hohe Einnahme gegenüberstehe. Da die Klassen jedoch leer seien, so sei es an der Zeit, wieder etwas Geld hineinzutun. Redner führte sodann einige Fälle von Wahlbeeinflussung aus dem Kreise an. Aber auch die Spandauer Blätter, besonders das „Tageblatt“ und der „Anzeiger“, dessen Abonnenten ja noch zum großen Teil aus sozialdemokratischen Wählern bestehen, hätten die Sozialdemokratie verleumdet und beschimpft. So habe man für die auf den Namen Pauli lautenden gefälschten Stimmzettel die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen gesucht. Wir waren, meint Redner, von vornherein überzeugt, daß es sich in der ganzen Sache nur um ein Schwindelmondoir des Reichsblätternverbandes oder ihm nahestehender Personen handelte, noch dazu, da bisher auch nicht ein einziger derartiger Stimmzettel zum Vorschein gekommen ist. Beide Blätter haben denn auch auf Verlangen mit Wenden und Drehen eine Verichtigung gebracht. Eine Ausnahme davon mache das Kreisblatt, welches ja die Fälschung direkt dem Genossen Dr. Niebisch unterstellte und folgebessert von demselben wegen Verleumdung verlangt sei. Vorläufig sei bei dem Herrn im Hause bei zwei Kindern der Scharlach ausgebrochen und folgebessert der schon anberaumte Termin abgefragt worden.

Um Zweck der Beratung über die weitere Agitation sei eine siebenkliederige Kommission gewählt worden, jedoch befinde dieselbe sich noch im Stadium der Beratung, weshalb noch nichts mitgeteilt werden könne.

Anschließend hieran gab der Kassierer den Klassenbericht. Derselbe ergibt eine Einnahme von 4316 M. und eine Ausgabe von 4682 M. Den Bericht der Lokalkommission gab Genosse Holz. Wenn, meinte Redner, über die Sperte des Reichsblätternverbandes behauptet werde, wie wollten den Birt schädigen, so sei das falsch. Die Schädigung verursachen unsere Gegner, indem sie nicht mit uns in einem Lokal verkehren wollen.

An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der mehrere Genossen ihre oft erheitend wirkenden Ergebnisse mit der Polizei zum besten gaben. Nupprecht führte an, daß es ähnlich wie der Lokalkommission auch anderen Genossen ergehe. So habe ein Polizeibeamter anlässlich der Ausspernung bei der Firma Reimke die ganze Umgegend abgeklappert und bei den Hauswärtinnen angefragt, ob sie sich durch die Streikposten stehenden Holzarbeiter belästigt fühlen. Nachdem noch mehrere Redner sich geäußert, gelangte ein Antrag zur Annahme, daß in nächster Zeit ein Flugblatt herausgegeben werden soll, welches die Lokalfrage behandelt. Für den aus der Lokalkommission ausgeschiedenen Genossen Wilda wurde Genosse Kallstier gewählt. Da mehrere Bezirke in ihren bisherigen Lokalen am Freitagabend nicht mehr Platz finden, so wurde der Antrag gestellt, dieselben zu teilen. Der Antrag wurde der Parteileitung zur weiteren Beratung überwiesen. Des weiteren wurde beschlossen, am Himmelstörstige einen Ausflug zu unternehmen. Näheres hierüber wird noch mitgeteilt.

Schlechtherrliche und zwei Gesellen hatte der Schlossermeister August Schemmerling im September v. J. in seiner Werkstatt beschäftigt. Das war dem schließlich auch dem Gewerbeinspektor ein so starkes Stück von Lehrlingszücherei und es wurde auf dessen Veranlassung dem zünftigen Meister unterlagt, weitere Lehrlinge einzustellen, so lange wenigstens nicht, als ein besseres Verhältnis hinsichtlich der Zahl der Lehrlinge zu der der Gesellen hergestellt. Doch der biedere Meister, der außerdem ein frommer Mann ist, er gehört der Baptistengemeinde an, wußte sich zu helfen. Er stellte sich wieder drei junge, aus der Schule entlassene Knaben ein, aber nicht als Lehrlinge, sondern als Arbeitsburschen. Hoff sie aber dieselben Arbeiten zu die Lehrlinge machen. Er hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht zu verantworten und führte dort zu seiner Entschuldigung an, er habe geglaubt, ein gutes Werk zu tun, denn er werde von Leuten, die ihre Söhne bei ihm lernen lassen wollen, geradezu überlaufen. Das Gericht ist zwar der Ansicht, daß diese Bestimmung in der Gewerbeordnung, daß ein entsprechendes Verhältnis zwischen der Zahl der Gesellen und Lehrlinge bestehen muß, sehr streng ist; denn heute könne nur der in der Welt ein gutes Fortkommen haben, der etwas Tüchtiges gelernt hat. Eine gute Ausbildung sei aber bei einer solchen Lehrlingszahl nicht möglich. Trotzdem verurteilte es den Lehrlingszüchter nur zu 20 M. Geldstrafe. Die 20 M. schlägt der Schlossermeister durch die Lehrlingsarbeit sehr bald wieder heraus.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilung eines Vaters, weil er für seine Tochter eintrat.

Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verleumdung ist am 30. November v. J. vom Landgerichte Lissa i. P. der Schuhmachermeister Franz Konieczny in Gostyn zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. In der Schule in Gostyn, namentlich in der ersten Mädchenklasse, hatten sich die Kinder geweigert, deutsch zu antworten. So auch die Tochter des Angeklagten, Josefa. Sie hatte auch die anderen Kinder hierzu überredet, und diejenigen, die ihr nicht folgten, Schlägen genannt. Die Lehrerin, der dies angezeigt wurde, ließ sie 40 Minuten in der Ecke stehen. In Gostyn sagte das Mädchen, sie müsse Tropfen nehmen; es sei ihr schlecht geworden. Der Hauptlehrer Schmidt stellte sie am Nachmittag zur Rede, weil sie gesagt hatte, sie mache sich aus den Lehrern und Lehrerinnen nichts. Er ließ sie aus der Bank heraustreten, um sie zu schlagen. Sie trat aber nicht heraus. Darauf schlug er sie mit dem Stabe über den Rücken. Tags darauf erhielt Schmidt vom Angeklagten einen Brief. Es wurde darin gesagt, er habe das Mädchen „ordinär“ geprügelt und bestialisch bestraft. Er selbst, N., habe ihr befohlen, nur polnisch zu antworten, und sie habe sich nach ihren Eltern zu richten. Das Gericht hat in dem Briefe eine Verleumdung und den Versuch erblickt, den Lehrer zur Unter-

lassung einer Amtshandlung zu nötigen. Die Fälschung eines Schulbuchs, so heißt es im Urteil, ist eine Amtshandlung des Lehrers. Durch Drohung mit strafrechtlicher Verfolgung wollte der Angeklagte den Lehrer von weiteren Fälschungen abhalten. — In seiner Revision führte der Angeklagte aus: Die Ueberschreitung des Fälschungsrechtes ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt; nur vor solcher Drohung der Angeklagte seine Tochter schützen. — Das Reichsgericht erblickte in dem Urteile keinen Rechtsirrtum und verwarf am Dienstag die Revision.

Das Urteil ist mit dem gesunden Rechtsempfinden von Eltern unvereinbar. Würden die Richter auch dann noch nicht annehmen, ein solcher Brief sei in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschrieben, wenn ihr Kind geschlagen würde? Würden sie auch dann annehmen, das Verprügeln des Kindes — nach vernünftiger pädagogischer Aufsicht stets ein Beweis für die Unfähigkeit zum Erziehen — sei eine „Amtshandlung des Lehrers“? Und wenn ja: würden sie dann nicht mit allen Kräften darauf hinwirken, daß eine Rechtsordnung, die die Verletzung dieser Fragen erheischt, geändert werde? Mögen die Eltern die erforderliche Rußlandwendung aus dem Prozeß ziehen und ihre Kinder so erziehen, daß derartige Urteile auch in Deutschland unmöglich werden.

Eine Verordnung vom 1. Mai 1804 vor Gericht.

Die Dorf-Polizeiverordnung für das Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz (heutige Provinz Schlesien) vom 1. Mai 1804 ist eine auf Friedrich Wilhelm III. Veranlassung herausgegebene Sammlung von gesetzlichen Bestimmungen, die „für den gemeinen Landmann in allen seinen Verhältnissen von Bedeutung sind“. Ein Abschnitt regelt auch den Nachwächtdienst in den Dörfern. Sein § 2 bestimmt dann: „Die Wächter, die nachlässig sind bei der Ausübung des Dienstes, sind mit Stock- und Haft bestrafen.“ Wegen Uebertretung dieser Bestimmung hatte sich der Wächter Richter vor dem Landgericht Oels zu verantworten. Dieses sprach ihn wegen Ungültigkeit der Vorschrift frei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Ordnung gelte noch, nur daß jetzt nicht mehr auf Stockstrafe, sondern nur auf Haft erkannt werden könne. Das Kammergericht verwarf aber am 18. d. M. die Revision. Es erklärte ebenfalls die Verordnung für ungültig, indem es ausführte: Durch diese Angelegenheit sei der Senat fast zum Altersuntersucher gemorden. Es sei zu untersuchen gewesen, was Stockstrafe bedeute. Die Polizeiverordnung von 1804 enthalte nichts darüber. Auf Grund von archaischen Studien habe der Senat Verordnungen von 1781 und 1784 ermittelt, welche Aufschluß geben. Danach komme Stockstrafe zur Anwendung, indem der Delinquent „mit Händen und Füßen in den Stock eingeschlossen werde“. Es sei anzunehmen, daß die Dorf-Polizeiverordnung von 1804 dieselbe Vorschrift damit verbinde. Dann handele es sich aber um eine Leibstrafe. Solche Strafen seien aber beseitigt, und zwar schon durch das preussische Strafgesetzbuch. Darum sei die Vorschrift ungültig und N. mit Haft freigesprochen.

Vermischtes.

Der Arsenalbrand in Toulon.

Meldungen zufolge sind durch den Brand im Arsenal fünf große Gebäude zerstört. Vierzig Personen sind verwundet, drei davon tödlich. Die meisten Wunden trübten dem Brande des Toulonner Marinearsenals eingehende Artikel und haben hervor, daß dort in der Tat zu häufig Explosionen, Feuerbrände und sonstige Katastrophen vorkämen. Man könnte kaum die Vermutung zurückweisen, daß es sich nicht bloß um ein zufälliges Zusammentreffen handle, und wenn auch die gestrige Feuerbrunst nicht von verdächtigsten Händen angelegt sein sollte, so müßte man doch sagen, daß diese häufigen Brände Zeugnis ablegten von einer ganz ungewöhnlichen Nachlässigkeit seitens der Arbeiter und von einer straflosen Sorglosigkeit seitens der mit der Ueberswachung betrauten Organe.

Der Marineminister erhielt gestern ein Telegramm des Toulonner Seeprefekten, nach welchem die Auffindung der aus Nobelpflanzen und Berg gedrehten Punkte in keinem Zusammenhang mit der Feuerbrunst stehe. Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung hätten keine Anhaltspunkte für die Annahme ergeben, daß ein verbrecherischer Anschlag vorliege.

Eine Explosion schlagender Wetter erfolgte nach Dortmund Meldung gestern früh auf Zeche „Scharnhorst“, bei der 4 Vergleute leichte Verletzungen davontrugen.

Die Ursachen der Schiffskatastrophe der „Berlin“. Das Londoner Seeamt hat jetzt über die Schuldfrage in dem Prozeß wegen Untergangs der „Berlin“ entschieden. Danach war der Grund des Scheiterns eine irtümlische Beurteilung seitens des ertrunkenen Kapitäns, die darin bestand, daß er unter den herrschenden Wetterverhältnissen verfuhrte, in die neue Wasserstraße einzulassen. Ferner: Das Schiff wurde nicht zu allen notwendigen Zeiten mit der gehörigen fernmännlichen Sorgfalt navigiert und gehandhabt. Der Verlust des Schiffes und so vieler Menschenleben wurde durch eine irtümlische Beurteilung, bestehend in dem Einlaufen in die neue Wasserstraße unter den herrschenden Wetterverhältnissen und der Unterlassung genügender Verächtlichung des Windes und Segens veranlaßt. Der Gerichtshof weist in seiner Entscheidung auf die drohende Gefahr eines Unglücks hin, welche diejenigen Kapitäne liefen, die, wenn ihnen viele Menschenleben und wertvolle Gegenstände anvertraut wären, die Verantwortlichkeit auf sich laden infolge übermäßigen Selbstvertrauens oder des Wunsches, ihren Dienstherren gefällig zu sein.

Die Genickstarre tritt, wie aus St. Ingbert gemeldet wird, dort wieder stärker auf. Täglich werden Kranke den Isolierbaracken zugeführt. Mehrere Fälle sind wieder tödlich verlaufen. Im ganzen dürften im Bezirk bis jetzt etwa 100 Personen von der Krankheit heimgeführt worden sein.

Acht Arbeiter verlegt. Auf der Lokalbahnstrecke Döhlenfurt-Neettingen fuhr gestern abend eine mit Arbeitern besetzte Drahtbahn auf einen auf dem Gleise stehenden Schotterwagen. Hierbei wurden acht Arbeiter mehr oder weniger schwer verlegt.

Ein Riesenbrand brach, wie das Regensburger „Vormittagsblatt“ meldet, gestern früh in Donaustauf in einem Sägewerk am Fuße des Schloßbergs aus, dem bis 8 Uhr 18 Häuser zum Opfer fielen. Dieser Teil des Ortes war bei dem großen Brande im Jahre 1890 verschont geblieben.

Ein russischer Anekel. Warschauer Blätter melden aus Lublin: Ein von der Polizei verfolgter Räuber namens Litz versteckte sich in einer Schmiedewerkstätte. Polizei und Militär umzingelten dieselbe. Litz gab Feuer, tötete einen Polizeibeamten und verwundete einen andern. Hierauf wurden Kanonen aufgeführt und die Schmiede zerstört. Litz wurde dabei schwer verwundet.

Aus dem Eruptionsgebiet. Nach einer Meldung aus Valparaiso finden immer noch heftige vulkanische Erdschütterungen im südlichen Chile statt. Ueber die Stadt Valdivia sind schwere Wüstenregen niedergegangen.

Wasserstand am 24. April 1897 bei Klaff. — Meter, bei Dresden + 14 Sp. — Höhe bei Ragdeburg 2,95 Meter. — Oder bei Rastow 2,32 Meter. — Oder bei Breslau + 0,14 Meter. — Oder bei Bries 2,96 Meter. — Rheingebirgsbahn 2,35 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsbühne) Sprechstunde, Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Gründerbriefe. Sie leben, falls nicht anders vereinbart ist, mit Ihrer Frau auch ohne besonderen Vertrag außer Gütergemeinschaft. Sie können das Vermögen Ihrer Frau noch ausdrücklich anerkennen. Eine Uebertragung Ihres eigenen Vermögens an Ihre Ehefrau in der Absicht, allen Gläubigern die Möglichkeit des Zugriffs zu nehmen, wäre ungültig, gleichviel ob der Vertrag nur schriftlich oder notariell oder gerichtlich geschlossen ist. — **Schickbriefe.** In dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amt finden Sie eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Volkszählung und der Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern nach der letzten Volkszählung. Das Buch können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek einsehen. — **Rixdorf 1901.** Wenden Sie sich an den Vorsitzenden Ihres Wahlvereins mit dem Ersuchen, Ihnen den letzten Jahresbericht zu geben. Der Jahresbericht enthält das von Ihnen Gewünschte und mehr. — **G. N. 111.** 1 bis 3. Ja. Ueber die Höhe des Abzugs ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 4. Ja, mit Ausnahme Verbandsgebühren. Genauere Ausführungen finden Sie in dem Artikel des „Vorwärts“ vom 28. März, 5. Ja. — **S. 1.** Das bei der Steuerreklamation in Abzug gebracht werden kann, ist ausschließlich in dem Artikel Steuerfragen vom 28. März borgelegt. Sie können den Artikel in der Expedition einsehen. — **Tempo.** Geben Sie den Krug heraus. — **C. S. 25.** 1. Nein, Sie können nur Freistellung der Räume verlangen. 2. Nein, nur Klage. — **W. 99.** Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats. — **W. B. 141.** Soweit aus Ihrer Schilderung ersichtlich, hat Ihre Frau, nicht Sie, das Geld zu zahlen. — **Bude 123.** Der Passus würde vom Gericht wohl für gültig erachtet werden. — **P. S. 108.** Wenden Sie sich an die Polizei. Eine Klage gegen den Birt. — **Solz für Hoh.** Dem steht nichts im Wege. Das wir schriftliche Antwort nicht erteilen, ist am Kopf des Briefkastens bemerkt. — **Fürstentum N. S.** Der Birt würde mit einer Klage auf Einstellung der Keinen Speisewirtschaft schwerlich Erfolg haben. — **Wohlf.** 1. Nein, 2. O. J. Wenn aberne Behauptungen von Gegnern aufgestellt werden, so verlangen Sie Beweise. Selbstverständlich können die Gegner in einer Stunde mehr lägen, als in einem Jahre sich widerlegen läßt. — **R. W. 82.** Wenn Sie die von Ihnen angestellten Behauptungen beweisen können, so würde die Klage Aussicht auf Erfolg haben. — **S. 2.** 1. Das Reichstagswahlgesetz können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek einsehen. 2. Konzession zur Herausgabe einer Zeitung ist nicht erforderlich.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 65-70 pr. 100 Pfd., Ia 60-65, IIIa 56-59, Bullenschaf Ia 64-68, Ia 61-62, Röhre, fett 52-58, do. mager 42-50, Pfeffer 50-62, Wullen, dünn 55-66, do. hell 60-66, Rabbinisch, Doppelpuder 108-120, Raffinierter Ia 92-95, Ia 82-90, IIIa 60-66, Rüböl ger. gen. 58-72, do. holl. 55-62, dän. 57-64, Hammelfleisch Rastlamm 65-70, Ia 63-65, Ia 58-63, Schaf 58-66, Schweinefleisch 45-52, Rindfleisch, plom. per Pfd. 0,83, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 0,82-0,80, Dankschaf 0,00, Bäckfleisch 0,48, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch per Stück 0,70-1,00, Dühner, alte, per Stück 1,70-3,00, do. Ia 1,00-1,60, do. junge 1,00, Bolognawurst 1,00-1,50, Tauschen 0,40-0,72, Hallensche 0,00, Unten per Stück 0,00-0,00, dito Eis- per Stück 2,75-2,90, dito Hamburger per Stück 2,50 bis 5,00, Hämle, Hamburger per Pfund 1,20-1,30, dito 0,55, Hechte per 100 Pfund 50-100, Hecht 0,00, grob 58-70, Jander mittel 0,00, do. unsortiert 0,00, Schrote hell, Ia 86-107, klein 125, mittel 115 bis 128, Weiz, grob 119, klein 0,00, mittel 108-116, unsortiert 0,00, Weizen, klein 35-45, do. grob 0,00, do. mittl 32-33, Karvlen unsortiert 0,00, do. 80-100er 0,00, do. 40-50er 00-00, Weiz 00-00, Weiz 0,00, Rente Röhre 53-80, Barle 0,00, do. mittl 0,00, Karavischen 65, Weizsüß 0,00, Weiz 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Weiz Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Sojals 20, Sprossen, Meier, Ball 1,00-1,50, Danziger Röhre 0,50-0,70, Rindfleisch, Meier, Höhe Ia 3-4, do. mittel per Röhre 2-3, Dankschaf 4-5, halbe Höhe 2,00, Wolllinge, per Ball Meier 2,50-3,00, Straß 2,50-3,00, Röhre, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Pfd. 5-9, Schellfische Röhre 3,00-4,00, do. 4/2, Röhre 2-3, Rindfleisch, ger. p. 100 Pfd. 20-25, Dorsch 2,50-3,50, Serränen, 1902er per 100 Pfd. 25, 1904er 25, 1905er 20-25, 1906er 75, Schottische Weiberringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Weizs, per 1/2, To. 60-120, Serränen, russ. Röhre 1,50-1,60, Weiberringe, Höhe (4 Eier) 1,50-1,75, Remaugen, Schodlag 11, kleine 5-6, Meien 14, Eier, Rand, per Schod 2,75-3,00, Butter per 100 Pfd. Ia 105-108, Ia 103-105, IIIa 98-102, abfallende 90-95, Saure Gurken, Schod 4,50, Pfeffergurken 4,50, Kartoffeln per 100 Pfund magnum bonum 2,75-3,00, Dabersche 2,75-3,00, Rosen 0,00, weize 2,50-2,75, Salsparilla 0,00, Serränen per 100 Pfund 15-25, Karotten per 100 Pfund 20-25, Sellerie, Weizs, per Schod 4,00-10,00, do. pomerische 12,00-15,00, Zwiebeln 0,00, per 100 Pfund 4,00, do. kleine 3,50-4,00, do. hiesige (Preis) 0,00, Chardotten 0,00, Peterlinge, grün, Schodbund 1,00-1,50, Rostbraten per Schod 0,00, Rettig, bayr. per Schod 2,40-4,90, Rostbraten per 100 Pfund 3,50-4,00, Letzterer Röhren per 100 Pfd. 6-8, Weize Röhren, große 0,00, kleine 0,00, Rote Röhren 0,00-0,00, Blumenkohl, Ital. per Kopf 3,00-6,00, Kohlraben per Schod 2,00-2,50, Weizsüßholländ., per Schod 20-26, Rostbraten holländ., per Schod 20-30, Weizsüß per 100 Pfd. 0,00-0,00, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Sprutkohl per 100 Pfund 8-10, Rhabarber 100 Pfund 4,00-6,00, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 15-18, dän. 0,00, Ital. 0,00, Apfel, per 100 Pfd. hiesige 8-20, Äpfel, Röhre 0,00, Feinsilber, Röhre 70-110, Amerikanische in Maß 15,00-30,00, Ital., Röhre Ia 10,00-20,00, extra 18,00 bis 26,00, Birnen, Weizs, 300 Stück 7,50-10,00, 350 Stück 8,00-10,00, 200 Stück 6,00-12,00, Äpfelkisten, Jassa, per Röhre 0,00, Purcia 200er Röhre 6-9, do. 300er 7-10, Valencia 420er Röhre 8-24,00, do. 714er 15-20,00, Weizs, 100er 4,00-6, 150er 4,75-6, 180er 8-12,00, 200er 7,50-12, 300er 8-12, 400er 10er 5-7,50, do. 150er 8-9,00, 60er 6,00-8,00.

Witterungsübericht vom 24. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerrand mm	Witterung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerrand mm	Witterung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Emmenten	760	23	3	bedeckt	7	Daparanda	751	RD	2	wolkig	9
Damburg	763	23	3	bedeckt	8	Belersburg	753	SD	1	bed.	4
Berlin	763	23	3	wolkig	8	Scilly	774	23	3	Dunst	10
Frank a. M.	767	23	3	bedeckt	13	Übersee	762	23	3	bed.	12
München	768	23	3	Regen	7	Paris	772	23	3	halb bb.	12
Wien	762	23	4	Regen	10						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. April 1907. Einwohler, zeitweilige Wetter, jedoch unabhängig mit einzelnen Regenschauern und ziemlich frisch nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

INSERTATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erhalten dagegen schon bis

Freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert
× × × × × werden kann. × × × × ×

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Zettl 10,50, Plandleiche...

Handwäscherel - Naturbleiche Rudolf Ehling Adpenid, Kaiser Wilhelmstraße 17...

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere tüchtige Dachdeckergehülfen bei guter Vergütung und dauernder Arbeit...

Bau der Firma Wagenknecht: Spreha, Gärtelstraße 17. Bauten der Firma Schubert...

Verkauf von Möbeln, Teppichen, Gardinen, etc. in verschiedenen Kategorien.

Bauten der Firma Schmidt & Co., Bauten der Firma Handt, Bauten der Firma Pasch...

Vermietungen.

Wohnungen. Cubenarderstraße 37 leere Zimmer und Wohnungen von 17 Mark ab sofort.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Blinder Stubhelfer bittet um Arbeit. Stellenangebote. Jedermann wird herzlichst zum...

Verschiedenes.

Verst die Muttersprache beherrschen! Erfolgreich, leicht lesbaren Unterricht...

Tüchtige Zivirockschneider

finden sofort und dauernde Beschäftigung nach 1. Taxil, Reizegeld nach...

Gesucht

von einem bedeutenden Werk im Nord-Westen Frankreichs erstklassige Handwickler.

Handwickler.

Gerichte Referenzen verlangt. Schriftliche Angebote unter 8 2009 x an Hasenstein & Vogler, Genf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Zur Beachtung! Dieses Inserat erscheint Sonntag Dienstag Donnerstag.

Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: